



Ausgabe IV | 2008

PND ON

PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung
mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region
www.planung-neu-denken.de





PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Umschau

Christian Stegbauer: Raumzeitliche Struktur im Internet.

Dieter Hoffmann-Axthelm: E-Netze, Netzstadt

Michael Lobeck, Wolfgang Müller, Claus-Christian Wiegandt: Gedanken zum Zusammenhang von Stadtentwicklung und Informations- und Kommunikationstechnologien.

Thema 1 | Bürgerinnen und Bürger als Akteure der Stadtentwicklung

Konrad Hummel: Quartiersmanagement, Stadtentwicklung, Bürgergesellschaft.

Thema 2 | Die Mitwirkung öffentlicher Akteure an der Siedlungsflächenentwicklung

Uwe Altrock: Neue Steuerungsformen in der Bestandsentwicklung. Interessengeleitete Durchsetzung, integrative Begleitung oder kreative Gestaltung von Schrumpfungprozessen?

Diskussion

Umfrage zur Planungskultur: Notizen zu einer anhaltenden Diskussion. Ein Beitrag von Uwe Altrock.

Vermischtes

Johann Jessen: Das *Metropolitan Policy Program*, der akademische Wahlkampf und der neue Präsident.

Lesetipps

Markt und Stadt (II). Ein Lesehinweis von Frank Betker.

Anmerkung zu rosafarbenen Einkaufszentrum oder: Ist die Verursachung von Hässlichkeit strafbar? Ein Lesehinweis von Marion Klemme.

Vom König lernen. Bürgermeister und Manager versagen als Bauherren. Und „Das Ende der Architektur mit dem Wow!-Faktor“. Lesehinweise von Magdalena Wilczynski.





PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Editorial IV|2008

Es wird diskutiert! Wir wollen einem Kernanliegen unserer Plattform weiter nachkommen und neben lesenswerten Texten vermehrt in gemeinsame Diskussionen einsteigen. Zu diesem Zweck haben wir eine ebenso betitelte Rubrik neu eingeführt: **Diskussion**. Um diese mit erstem Leben zu füllen, knüpfen wir an unseren Umfrage-Aktivitäten zum Thema „Planungskultur“ an: Die Antworten zu der Experten-Umfrage haben wir bereits fortlaufend in den Ausgaben IV|2007 bis II|2008 präsentiert. Eine erste Zusammenschau der Antworten nahmen Rainer Danielzyk und Klaus Selle vor. Sie schilderten in der Ausgabe I|2008 ihre ersten Eindrücke, die bereits erkennen ließen, wie schwierig die Verständigung über diesen Begriff zu sein scheint. Hier knüpft nun ein aktueller Diskussionsbeitrag von **Uwe Altröck** an. Seinen „Notizen zu einer anhaltenden Diskussion“ ist zu entnehmen, dass das „begriffliche Biest Planungskultur“ und die Vielfalt dieses Begriffes wahrlich nur schwer in den Griff zu bekommen sind...

Umschau

In der Umschau dieser Ausgabe präsentieren wir Beiträge, die sich mit der Rolle neuer Medien und IuK-Technologien in der Stadt befassen: Aus verschiedenen Perspektiven wird sich deren Bedeutung für das Leben in der Stadt

und für die Entwicklung von Stadt genähert. Ist ein „Leben im Internet“, unabhängig von Raum und Zeit vorstellbar? Stehen wir vielleicht sogar schon kurz vor einem raum- und zeitlosen Leben? **Christian Stegbauer** macht sich auf die Suche nach Antworten zu diesen vielfach gestellten Fragen: Anhand alltagsnaher Beispiele wird schnell ersichtlich, wie raumzeitliche Verortungen dem Leben eines jeden Einzelnen eine wesentliche Struktur geben – selbst wenn neue Medien und technische Innovationen viele Lebensbereiche deutlich prägen. Und auch die Nutzung des Internets selbst weist vielfältige und weitgehende Bezüge zu ganz realen Lebenswelten auf. Schaut man einmal genauer hin, wird z.B. schnell ersichtlich, dass sich das Internet selbst als sozialer Raum verstehen lässt, in dem verschiedene soziale Prozesse ablaufen – und ohne, dass diese zwangsläufig lokale Bindungen obsolet werden lassen. An diesem Punkt lässt sich der Beitrag von **Dieter Hoffmann-Axthelm** anschließen. Er fragt: „Was haben technische und soziale Netze überhaupt miteinander zu tun, und was beides mit Stadtstruktur und Stadtentwicklung?“ Ein Beispiel: Wer dank Handy jederzeit und überall erreichbar ist, verzichtet auf einen Teil der Freiheit, die der Wechsel aus dem privaten in den öffentlichen Raum gewährt – eine spezifisch städtische Freiheit, die darin liegt, sich

der Erreichbarkeit beliebig entziehen zu können.“ Anhand dieser und weiterer Alltagsbeobachtungen wird u.a. der Frage nachgegangen, was das Anwachsen der virtuellen Schicht über dem weitergehenden physischen Anwesen im jeweiligen Raum bewirkt. Sind erfolgreich nur diejenigen, die soziale und technische Netze gut zu verknüpfen wissen? Und welche Rolle spielt hier der Stadtraum? An dieser Stelle reiht sich ein weiterer Beitrag zum Thema ein: **Michael Lobeck, Wolfgang Müller und Claus-Christian Wiegandt** verfassen „Gedanken zum Zusammenhang von Stadtentwicklung und Informations- und Kommunikationstechnologien“, um auf diesem Wege eine neue Diskussion dieses Zusammenhangs anzustoßen – insbesondere mit Blick auf raumwissenschaftliche Debatten. Skizziert werden Entwicklungstrends und Eigenschaften von IuK-Technologien sowie ihre räumlichen Implikationen. Die Überlegungen sind dabei in ein Forschungsvorhaben eingebunden, mit dem Auswirkungen von IuK-Technologien auf die Lebensqualität von Bürgern und die Standortqualität von Unternehmen in Friedrichshafen untersucht werden.

Thema 1 | Bürgerinnen und Bürger als Akteure der Stadtentwicklung

„Wie kann eine Gesamtentwicklung mit gleichberechtigten Akteuren und Spielregeln zur Regel und nicht zum Zufall werden?“ fragt der Augsburgener Sozialdezernent **Konrad Hummel** und greift damit einen Aspekt auf, der auch in der Debatte um „urban governance“ immer wieder auftaucht. Anhand verschiedener Beispiele wird das Strukturdilemma zwischen kommunalem Handeln und bürgerschaftlichem Engagement veranschaulicht. Sichtbar wird ein Bedarf, den Prozess des bürgerschaftlichen Engagements mehr zu begleiten und verbindlich zu verankern als nur an ein ressortübergreifendes Querschnittsarbeiten zu appellieren. Dieser Idee entsprechend wird eine „Engagementpolitik“ konturiert, die in ihrem Kern nicht neu sein mag, deren Bedarf sich aber mehr denn je abzeichnen scheint. Doch wie lässt sich diese umsetzen? Auf der Suche nach Antworten zu dieser Frage rückt u.a. das Quartier in den Mittelpunkt der Überlegungen...

Thema 2 | Die Mitwirkung öffentlicher Akteure an der Siedlungsflächenentwicklung

Einmal mehr richtet sich das Augenmerk in diesem Themenschwerpunkt auf die Steue-

rung der Bestandsentwicklung. **Uwe Altrock** befasst sich mit Räumen, in denen sich diese Aufgabe unter erschwerenden Rahmenbedingungen stellt – mit Städten, die durch demographische und wirtschaftliche Schrumpfungprozesse gekennzeichnet sind. Die zentrale Frage ist, inwiefern verschiedene, teils neue Steuerungsformen einen wesentlichen Beitrag zur integrativen Begleitung bzw. kreativen Gestaltung von Schrumpfungprozessen darstellen. Und: Welche Interessen setzen sich durch? Anhand verschiedener Praxisbeispiele wird erkenntlich, was einzelne Steuerungsbemühungen zu leisten vermögen oder eben auch nicht.

Vermischtes

In unserer „vermischten“ Rubrik lässt uns **Johann Jessen** an seinen Eindrücken zu aktuellen Entwicklungen in den USA teilhaben: In seiner Glosse „Das Metropolitan Policy Program, der akademische Wahlkampf und der neue Präsident“ können wir einen ganz besonderen Ausschnitt von Wahlveranstaltung und Programmatik miterleben: Es geht um die Hinwendung von der *Urban Policy* zur *Metro Policy*. Eine neue „Metropolitenpolitik“ kündigt sich an; ihre Umsetzung bleibt allerdings noch abzuwarten. Gewiss ist hingegen bereits heute: Mit Barack Obama ist „nicht nur der erste farbige Präsident der USA, sondern der erste ‚metropolitane‘ Präsident seit langem gewählt worden“...

Zu guter Letzt präsentieren wir in gewohnter Manier eine Reihe an **Lesetipps** aus den Kreisen der Redaktion: Marion Klemme fragt in ihrer Anmerkung zu rosafarbenen Einkaufszentrum: „Ist die Verursachung von Hässlichkeit strafbar?“ Magdalena Wilczynski verweist auf einen Beitrag zum „Ende der Architektur mit dem Wow!-Faktor“. Ein anderer Lesetipp führt in die eher schwierige Welt der „Bürgermeister und Manager als Bauherren“. Und Frank Betker benennt weitere lesenswerte Beiträge aus dem Themenspektrum „Markt und Stadt“ (II).



PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Raumzeitliche Struktur im Internet

Lange Zeit wurde darüber geschrieben, dass Raum und Zeit im Internet abwesend seien. In der Tat kann man mit Blick auf die Technik diesen Eindruck gewinnen. Obgleich dies nicht auf alle Anwendungen im Internet in gleichem Maße zutrifft, sind jedoch soziale Bindungen und soziale Netzwerke sehr stark durch die Verknüpfung in die Bereiche außerhalb gekennzeichnet. Von einem Verschwinden der raumzeitlichen Barrieren kann daher nicht die Rede sein.

1. Das Verschwinden von Raum und Zeit

Wie der Raum medial überwunden wird, das konnten wir kürzlich erfahren, als unser Sohn für ein halbes Jahr in Neuseeland zur Schule ging. Sonntags frühstückten wir immer zusammen. Wir stellten das Notebook auf den Frühstückstisch und damit war die Familie wieder komplett. Wir konnten Woche für Woche über Skype und eine Webcam beobachten, wie die Haare des Sohnes länger wurden. Wir bekamen die Kniewunde nach einem Sturz gezeigt und haben uns auf diese Weise so intensiv mit unserem siebzehnjährigen Jungen unterhalten, wie lange nicht, als er noch zu Hause war.

Wir erlebten es, wir konnten Raum und Zeit für den Moment vergessen, aber waren sie wirklich weg? Während wir in den Tag starteten, war dort durch die Zeitverschiebung bereits später Abend. Eigentlich war es das einzige Zeitfenster in der Woche, an dem ein solcher Kontakt möglich war. Insofern blieben wir zumindest von der Zeit abhängig.

Phantasien darüber, dass mit der Zugänglichkeit von Daten und interpersonaler Kommu-

nikation über das Internet Raum und Zeit verschwinden würden, gab es zuhauf. Das ist auch gar nicht verwunderlich, denn technisch ist es ja auch fast so. Wir können Informationen abrufen vom Ende der Welt. Wir lasen die Evaluationsberichte über die Schule, die unser Sohn in Neuseeland besuchen sollte. Wir fanden die Listen mit den Lehrern und ihre Bilder. Wir haben uns die Schule im Satellitenbild angesehen und auch das Haus der Gasteltern. Wir haben uns aus dem Weltall den Schulweg betrachtet und den Badestrand, an dem der Sohn sich verletzte. Man kann schon sagen, dass durch das Internet die Informationsdichte und die Verbreitungsmöglichkeiten auf eine neue Stufe gestellt werden. Es hat den Anschein, als wären alle Informationen zu jeder Zeit und von jedem Ort aus zugänglich.

Dass europäische oder amerikanische Unternehmen in Indien Belege erfassen lassen oder dorthin ihre Softwareproduktion ausgelagert haben, ist mittlerweile weithin bekannt. Es ist aber auch möglich, mit Hilfe von persönlichen Online-Assistenten tägliche Besorgungen von Indien aus erledigen zu lassen.¹ Der Assistent

¹ <https://www.getfriday.com/> (24.06.2008).



Dr. phil. Christian Stegbauer
ist Privatdozent an der
Universität Frankfurt,
Institut für Gesellschafts-
und Politikanalyse.
E-Mail: [stegbauer@soz.uni-
frankfurt.de](mailto:stegbauer@soz.uni-frankfurt.de)

Dieser Beitrag ist erschienen
in: Aus Politik und
Zeitgeschichte.
39/2008, S. 3-9

sitzt in einem Büro in Bangalore und erledigt Dinge, zu denen gestresste Menschen in den USA oder Europa nicht kommen. Von Indien aus organisieren diese neuen outgesourceten Mitarbeiter Partys in New York, verschicken Blumen an die Gattin, besorgen Schuhe, in dem sie sie im Internet bestellen, oder lesen den Kindern Gute-Nacht Geschichten vor.

Dieser kleine Ausschnitt an Möglichkeiten macht deutlich, dass es sich nicht nur um Phantasien handelt; es wird aber auch plastisch, dass ein anderer Prozess damit verbunden ist, nämlich die Globalisierung. Dieser Prozess läuft sicherlich bereits seit dem Vor-Internetzeitalter. Eigentlich ist er wegen seiner weltweit verteilten Produktion das Projekt der Moderne. In den letzten zwei Dekaden hat sich dieser Prozess beschleunigt. Dies sieht man an den „verlängerten Werkbänken“ in Ländern mit niedrigerem Lohnniveau. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe das Internet dem bereits laufenden Trend einen wesentlichen Schub verliehen. Zu einfach wäre es, diesen Trend auf die Technologie zurückzuführen. Mindestens genauso wichtig oder wichtiger ist der politische Umbruch, der in der Zeit stattgefunden hat, wodurch diese Regionen erst voll in das Weltwirtschaftssystem integriert wurden.

Es wird aber nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung, der Erleichterung von Warenströmen, der Dienstleistungen und einer Vermehrung der familiären Kontakte auch ins Ausland Vorschub geleistet. Es heißt, dass auch der Kontakt zwischen einander fremden Menschen unterschiedlicher Länder und Kulturen auf ein neues Niveau gehoben werde. Virtuelle Gemeinschaften überlagerten geographische und politische Grenzziehungen, so einer der publizistischen Vorreiter (Rheingold 1994). Auf diese Weise seien politische Aktionen unabhängig vom Ort möglich. Tatsächlich wird immer wieder auf die Bedeutung des Internets zur Organisation von politischer Einmischung hingewiesen.

Auch in der Soziologie finden sich zahlreiche Autoren, die dieser Rhetorik folgen. So schreibt Stichweh (2000: 227) von der „Ortsunabhängigkeit von Adressen“. Die Situation wird geschildert als eine, die durch Gleichzeitigkeit und Globalität geprägt ist. Die Bewegung, das Surfen im Internet sei völlig vom Ort, an dem die Daten aufbewahrt werden, unabhängig. Das Gleiten im technischen Netzwerk folge eher Assoziationen und angebotenen Links, als dass es etwas mit Geogra-

phie zu tun habe. Die Information aus Asien, Amerika oder Europa lägen alle auf derselben Ebene, es gäbe keine physische Verortung bzw. diese sei völlig unerheblich, so wird gesagt (vgl. Ahrens 2004: 163). Stimmt diese Einschätzung tatsächlich über die Beobachtung des technischen Ablaufs hinaus? Dieser Frage soll im Verlauf des Textes nachgegangen werden. Zunächst folgen aber ein paar Betrachtungen zur Bedeutung von Raum und Zeit für die Erstellung von sozialen Beziehungen.

2. Was bedeutet Raum und Zeit?

Diese Überlegungen legen die Vermutung nahe, dass Raum und Zeit im Internetzeitalter tatsächlich keine Rolle mehr spielten. In diesem Zusammenhang können wir uns fragen, was am Raum und der damit verbundenen zeitlichen Relationen so bedeutsam ist. Wir leben an einem Ort, arbeiten dort, haben unsere sozialen Beziehungen, gehen Einkaufen und treffen uns dort mit Freunden. Dieser Raum ist physisch vorhanden, wir erleben ihn, wenn wir unsere Besorgungen machen, wenn wir ihn überwinden, um zur Arbeit zu gelangen. Georg Simmel (1992: 690, zuerst 1908) sprach vom „einzigsten allgemeinen Raum, von dem alle einzelnen Räume nur Stücke sind.“ Dieser ausschließliche Raum ist politisch, also sozial strukturiert: Er ist in Stücke aufgeteilt, die als Einheiten gelten und von Grenzen umrahmt werden. Räumliche Grenzen sind zu dieser Zeit zu weiten Teilen auch soziale Grenzen.

Diese Unterscheidung zwischen Raum und Sozialität nimmt Leopold von Wiese (1968: 110, zuerst 1924) explizit in seinen Hauptkategorien der Soziologie (neben sozialem Prozess und Abstand) auf. Er nennt dies den sozialen Raum (oder - im gleichen Sinne - die soziale Sphäre). Dort spielen sich die sozialen Prozesse, die für die Konstitution von Beziehungen und im Sinne von Wieses der Abstandsverhältnisse entscheidend sind, ab. Er schreibt, der soziale Raum ist vom „physischen Räume zu unterscheiden.“ Zwar sei auch der physische Raum für das gesellschaftliche Leben von Bedeutung, aber dies sei kein Gegenstand der soziologischen Forschung. Die sozialen Prozesse spielen sich demnach im sozialen Raum ab, explizit nennt von Wiese (S. 111): „Verbindungen, Trennungen, Bindungen, Lösungen, Brechungen, Verteilungen, Gesellungen.“ Sie seien in sozialräumlicher Hinsicht von Bedeutung, wobei der Sozialraum, so seine Idee durch die Entfernungen zwischen den Personen, beispielsweise nahestehenden

und entfernten Bekannten in ähnlicher Weise wie der physische Raum konstituiert würde. Allerdings sei das „Metermaß“ dabei nicht anwendbar.

Fassen wir, was von Wiese als Sozialraum ansieht, weit, dann gehören die im Internet verfügbaren Informationen dazu. Ebenso dazu gehören die Anwendungen, die explizit dazu konstruiert wurden, um einen Austausch, mithin Beziehungen darin entstehen zu lassen. Man kann auch schematisierte bzw. automatisierte Verbindungen in einem gewissen Sinne dazu rechnen, wenn beispielsweise Bestellungen abgearbeitet werden oder Bankgeschäfte getätigt werden. Informationen werden für Adressaten nach außen und innen ins Internet gestellt. Versand und Handel sind auf rechtliche Rahmenbedingungen angewiesen, deren Entstehung und Durchsetzung als soziale Prozesse begriffen werden können und auch sie kommen nicht ohne Menschen aus, welche die Bestellungen abarbeiten und an den Pforten und Haustüren abliefern. Freilich geschieht das In-Kontakt-Treten in einigen der geschilderten Fälle auf einer solchen Vermittlungsstufe, dass man nur mit Mühe von „sozialen Beziehungen“ sprechen kann. Gleichwohl unterliegen diesen auch soziale Prozesse, nämlich bei der Herstellung der Infrastruktur für solchen Handel oder solche Produktionsprozesse. In anderen Fällen ist es klar, dass soziale Beziehungen aufgebaut werden.

Das Internet lässt sich also als sozialer Raum verstehen, in dem auf ganz unterschiedlichen Ebenen soziale Prozesse ablaufen. Aber bleiben wir noch ein wenig bei der Bedeutung des Raumes. Der britische Soziologe Anthony Giddens (1995, zuerst 1984) hat eine Strukturierungstheorie vorgelegt. Darin wird der Zeit und dem Raum eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Insbesondere geht es um die Kopräsenz als Voraussetzung für die Herausbildung von sozialen Beziehungen. Die gleichzeitige Anwesenheit an einem Ort ist nicht zufällig und genau darum kann man sie als Möglichkeitsrahmen für die Herausbildung von Beziehungsstrukturen ansehen. Das begegnet uns überall in der Gesellschaft. Arbeitende in der Produktion beginnen ihren Arbeitstag meist recht früh oder arbeiten sogar in Schichten. Die Bankangestellten dagegen betreten erst viel später das Büro. Diese Kategorie von Beschäftigten ist allerdings immer noch im Büro, wenn die Arbeiter bereits auf dem Nachhauseweg sind und manche Studierende sind zu Veranstaltungsbe-

ginn um 10.00 Uhr noch nicht ausgeschlafen. Alle drei hier genannten Gruppen haben nur wenige Möglichkeiten im normalen Tagesablauf in Kontakt zu kommen. Die öffentlichen Verkehrsmittel transportieren an einem Morgen zwischen Betriebsbeginn und Mittag je nach Uhrzeit ganz unterschiedliche Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten. Die Strukturierung der Gesellschaft nach Zeit setzt sich aber auch in der Freizeit fort: Die Aktivitäten unterscheiden sich nach Bevölkerungsgruppen gewaltig. In einem etwas außerhalb von Frankfurt liegenden Park, in dem Grillen erlaubt ist, wird man am Wochenende fast nur türkische Familien finden; in der Mitte des Pferderennplatzes wurde ein Übungsgelände für Golfer eingerichtet. Man kann sich vorstellen, dass es nur wenige Schnittflächen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gibt, die beide ihre Freizeit an der frischen Luft verbringen.

Da Begegnungen zwischen den geschilderten Gruppen kaum stattfinden, kommt es nur sehr selten zu Freundschaften, werden keine Ehen untereinander geschlossen. Man lebt nebeneinander her, durchquert zwar denselben physischen Raum, kommt aber nicht in Kontakt, da man es nicht zur selben Zeit tut.

Die geschilderten Beispiele zeigen, dass sich eine Struktur von außen aufdrängt. Es gibt aber auch eine „innere Struktur“, die ebenfalls im Zusammenhang zwischen Zeit und Ort steht. Raumzeitliche Verortungen spielen eine Rolle als Strukturierungselemente auch in einer lebensgeschichtlichen Dimension eines jeden Einzelnen. Der Discobesuch beispielsweise ist weitgehend auf die Phase der Partnerfindung begrenzt. Ältere sind auf „Ü-Partys“ angewiesen, die den Tanztee der Vergangenheit weitgehend abgelöst haben. Die „Seniorenwohnanlage“ mag für die gebrechlich werdenden eine Wohnalternative sein; junge Menschen hingegen wird man dort nur als Pfleger oder Besucher finden.

Bis hierhin wurde die Kopräsenz, also die Möglichkeit zu gleicher Zeit am gleichen Ort zu sein als begrenzendes Strukturierungsmerkmal Beziehungen einzugehen, eingeführt. Der physische Raum ist von Bedeutung, weil an ihn die „Begegnungsorte“ geknüpft sind. Dabei wurde aber auch deutlich, dass der physische Raum durch die Strukturierung in der Zeit bereits gebrochen wird und kaum als eine für alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen zugängliche Einheit angesehen werden kann.

Der physische Raum gerät, wenn wir gedanklich bei der Notwendigkeit von Körperpräsenz bleiben, noch durch die Verkehrsmittel weiter durcheinander. Kann man sagen, dass ein Durchschreiten eines Raumes zu Fuß (abgesehen von natürlichen Hindernissen) die Entfernungen sich in einer einigermaßen gleichen Zeit abbilden ließen, wird dies durch die moderne Verkehrsinfrastruktur neu geordnet.

Autobahnen lassen Regionen „näher zusammenrücken“, Schnellbahntrassen ermöglichen es, täglich zwischen Orten zu pendeln, die in früheren Zeiten mehrere Tagesreisen auseinander lagen. Die Verschiebungen der „Geographie“ durch die Schnelligkeit der Verbindung zeigen sich im Verhältnis der Fernverbindung zum Nahbereich. Plastisch gemacht, bedeutet das, dass man an Wegzeit für die 23 Kilometer zwischen den Stadtteilen von Frankfurt Fechenheim und Frankfurt Zeilsheim eine Stunde und zwanzig Minuten im städtischen Nahverkehr einkalkulieren muss. Zwanzig Minuten schneller ist man von Köln-Deutz am Frankfurter Hauptbahnhof. Betrachtet man die Wegezeit, so ist die Relation der Städte Köln und Frankfurt vergleichbar mit den Verbindungen zwischen den beiden Stadtteilen. Mit dem Verkehrsweg ändern sich auch die Bedingungen der Möglichkeit miteinander in Kontakt zu kommen.

Wozu diese Überlegungen zu Raum und Zeit? Nun, wir sehen, dass es zu Raumverschiebungen durch den Einsatz moderner Verkehrsmittel kommt und damit zeigt sich, dass der physische Raum durch Verkehrstechnologien gebrochen wird und dies sich auf den Sozialraum auswirkt. Der soziale Raum wird in sehr viele kleine, sich überlagernde Cluster zerlegt, die nur an manchen Stellen untereinander in Verbindung stehen. Nehmen wir dieses Bild mit in den nächsten Abschnitt. Dort geht es um die Repräsentation der Raumzeit im Internet.

3. Das Verhältnis zwischen Raum und Zeit im Internet und außerhalb

Im Internet sind Zeit und Raum ja praktisch keine Barrieren. Orte, die schwerer erreichbar wären, wie periphere Stadtviertel oder die gut erreichbar wären, wie die Großstadtverbindungen liegen technisch auf einer Ebene. Ohne die Betrachtung von sozialen Beziehungsregeln würde man annehmen, dass diese Unterscheidung keinerlei Bedeutung mehr besitzt. Das Internet stellt sich zwar stellenweise als eine eigene Welt dar, in der es möglich ist,

sich zu verlieren, sei es als Spieler oder Teilnehmer in einer Netzwerkcommunity. Deswegen ist man trotzdem nicht völlig abgelöst vom Leben außerhalb. Gerade die Verbindung mit den Strukturen außerhalb des Internet machen die meisten Anwendungen so wertvoll.

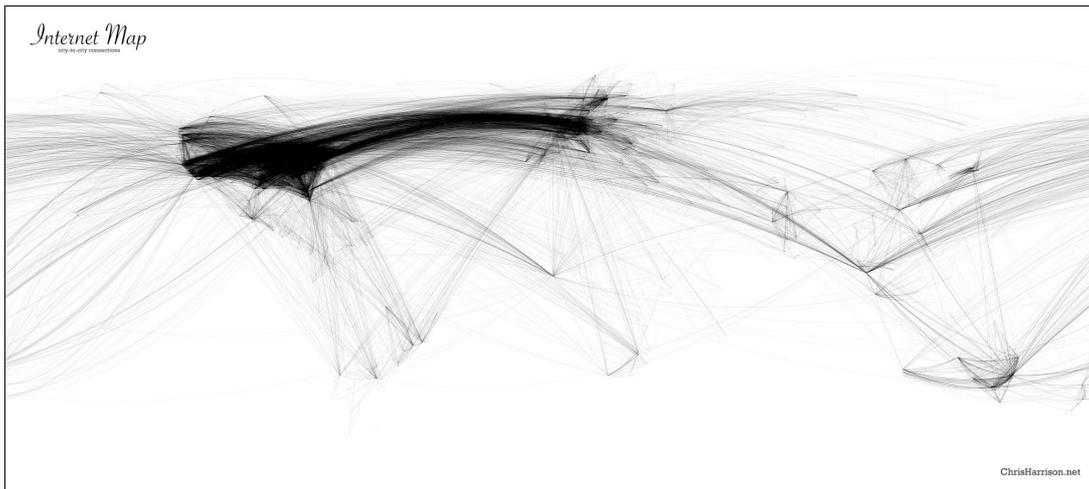
An welchen Stellen wird der Raum bedeutsam?

Geographen entwickeln Karten des Internets, in denen Routerverbindungen aufgezeigt werden. Solche Karten (siehe Abbildung 1) können als Indikatoren für die Beteiligungsmöglichkeiten angesehen werden. Sie sind keineswegs unabhängig vom Raum, was auf den ersten Blick erkennbar ist. Die Erste, Zweite und Dritte Welt werden deutlich sichtbar und mit ihnen die Partizipationschancen der Bevölkerung. Diese sind nicht unabhängig vom Raum und den damit zusammenhängenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie sind sogar sehr abhängig davon. Die Dritte Welt ist nach wie vor abgehängt und die Beteiligungsmöglichkeiten sind dort nur einer kleinen Elite vorbehalten. Nur wenige haben Zugang zur Technik und kaum jemand besitzt einen Computer mit Internetanschluss (Afemann 2004). Ferner sind Sprach- und Bildungsdefizite in den Ländern eine Beteiligungsbarriere.

Die Elite der Drittweltländer mit Zugang besitzt dagegen häufig Kontakte in die Erstweltländer, sei es, dass Familienangehörige dort studieren oder arbeiten, sie für ausländische Unternehmen arbeiten oder selbst über Handelskontakte verfügen.

Was aber, wenn die Sprach- und Bildungsdefizite überwunden wären? Das würde noch nicht viel bringen, denn es kommt noch schlimmer: Diejenigen, die ins Internet können, haben den Nachteil, dass dortige Angebote kaum an ihre Bedürfnisse angepasst sind.

Warum? Weil das WeltWeiteWeb einen Großteil seines Nutzens in Verbindung mit dem sozial definierten Raum außerhalb und der dort vorhandenen Infrastruktur entfaltet. Warum sollte man das Kino-Programm nachschauen, wenn es kein Kino gibt? Onlinebankgeschäfte ohne Bankkonto sind sinnlos. Navigationsdienste im Internet bringen nichts, wenn man kein Auto besitzt und die Informationen über das Hotelangebot sind unbrauchbar, wenn man nicht verreist oder es keine Hotels gibt, die über eine Repräsentanz im Internet verfügen.



Internetgeographie:
Routerverbindungen in der
Welt. Die Daten stammen
von 2007.
<http://www.chrisharrison.net/projects/InternetMap/medium/worldWhite.jpg>
(11.07.2008)

Allerdings ist es keineswegs so, dass in den Ländern, die eine Vielzahl von Verbindungen aufweisen, die Beteiligung gleichverteilt wäre. Und so wie der geographische Raum in eine Vielzahl an sozialen Clustern zerfällt, fehlen hier wesentliche Teile, die es noch wertvoller machen würden. Zu einem solchen sozialen Cluster zu gehören, das über wenige Zugänge verfügt, etwa das der älteren Frauen, ist in der Ersten Welt schlimmer als in der Dritten Welt, denn der Nutzen in der Ersten Welt ist weit größer. Da bei der überwiegenden Mehrheit der Menschen im Konsumentenalter ein Computer mit Internetanschluss zu Hause oder an der Arbeit steht ((N)onliner-Atlas 2008), und vieles sich durch eine Schnittstelle zum Computer produktiver gestalten lässt, wird es zunehmend schwerer ohne Internet auszukommen. Ein kürzlich erlebtes Beispiel: Möchte man eine Prepaidkarte für ein Mobiltelefon aktivieren, ist das übers Internet, Fax oder per Brief möglich. Hat man die erste Möglichkeit, kann das Telefon in wenigen Stunden genutzt werden; steht nur der Postweg zur Verfügung, braucht man mehrere Tage und an einem Wochenende ist die Aktivierung gar nicht möglich. Aber die Nichtnutzung des Internet steht in einem Verhältnis zum sozialen Raum, in dem sich die Nichtbeteiligten bewegen. Die Nichtbeteiligten sind eher Frauen, Ältere und Bildungsferne.

Ein Großteil der populären Anwendungen, seien es interaktive Spiele oder die bekannten Vernetzungssites, zielen auf ein wesentlich jüngeres Publikum (Paul/ Stegbauer 2005). Die Verteilbörsen für das Herunterladen von Musik und Videos, welche bei Jugendlichen so beliebt sind, dürften

kaum ein Angebot haben, welches auf den Geschmack der Älteren trifft. Allerdings gibt es auch Anwendungen, die sich stärker an die Älteren richten, beispielsweise im Gesundheitsbereich. Dort sind es aber auch eher die Gebildeten, welche die Möglichkeiten nutzen können. Sprachbarrieren sind ebenfalls vorhanden, da der Großteil des Internet auf dem Englischen beruht. Die Zugänglichkeit des Internets als Raum ist also keineswegs gleichmäßig über die Bevölkerung verteilt und Ausschlüsse entstehen an ähnlichen Grenzen wie im Raum außerhalb des technischen Netzes auch. Das bedeutet, dass diese sich anhand der bekannten sozialstrukturellen Kategorien rekonstruieren lassen. Nicht alle Räume können von der Bevölkerung gleichermaßen genutzt werden und so verhält es sich auch mit dem Internet.

Betrachten wir interpersonale Kontakte im Internet, so zeigt sich, dass ein Großteil der Kommunikation den vorgängig konstituierten Anschlüssen folgt bzw. diese den Anlass dazu liefern, bestimmte Anwendungen zu installieren und zu benutzen. Dies gilt für die Messaging-Dienste (Skype, MSN oder ICQ) genauso wie für E-Mail und die Netzwerkcommunities. Diese werden in der Regel in soziale Beziehungen integriert (Stegbauer 1995). Es sind Vereinbarungen notwendig, bei denen ausgehandelt oder mitgeteilt wird, welcher Dienst bei wem installiert ist, welche Erfahrungen damit gemacht wurden, wer im Bekanntenkreis außerdem noch darüber verfügt etc. Auf diese Weise werden Kommunikationswege festgelegt, die in einem Zusammenhang zur raumzeitlich verankerten Beziehungsstruktur außerhalb des Netzes stehen. Die relativ neuen Netzwerk-Communities set-

zen genau an bereits vorhandenen Beziehungen an. Meldet man sich beispielsweise bei dem Dienst Facebook an, so wird man gefragt, ob man sein E-Mail-Adressbuch nach ebenfalls teilnehmenden Bekannten abgleichen lassen möchte. Um Kommilitonen oder Ehemalige zu finden, wird man nach der Schule oder Universität sowie dem Abschlussjahrgang gefragt. Hierdurch wird an das Beziehungs- und Freundschaftsnetz angeknüpft, welches sich an einem speziellen Ort konstituierte.

Das heißt keineswegs, dass nicht im Internet auch Beziehungen entstehen würden. Dies findet sogar häufig statt. Es gibt auch eine Reihe von Untersuchungen darüber. Es werden Hinweise darauf gefunden, dass die äußere Möglichkeitsstruktur durch die notwendige Raum und Zeitgleichzeitigkeit (siehe oben), wenn nicht außer Kraft gesetzt wird, so sich doch zumindest ein Stück weit verschiebt. Mesch/ Talmud (2007) haben beispielsweise herausgefunden, dass über das Internet gewonnene Freunde in Israel hinsichtlich ihres Alters, des Geschlechts und der Herkunft etwas inhomogener sind, als die im Jugendalter üblichen Peer-to-Peer Freundschaften. Dies spricht dafür, dass sich die durch die gleichzeitige Anwesenheit an einem Ort relativ starre Beziehungsvoraussetzung lockert. Allerdings bleibt die dort festgestellte Variation in einem geringen Rahmen. Je näher räumlich und sozialstrukturell (Alter, Geschlecht) die online gewonnenen Freunde waren, umso enger war die Beziehung. Aufgehoben ist die Homogenität, die in der klassischen Soziologie als konstitutiv für Freundschaften gilt (Lazarsfeld/ Merton 1954) also keinesfalls. Dies kann man als Zeichen dafür deuten, dass die meisten Anwendungen sich ihr Publikum suchen und dieses Publikum dann in verschiedenerlei Hinsicht homogen sein wird. Die Studie zeigt auch, dass räumliche Bezüge nicht unwichtig sind.

Durch die Begrenzungen des Raums werden politische, kulturelle und soziale Klammern erzeugt. Was im Stadtgebiet passiert, wird in der Lokalpresse aufgegriffen und von den Bürgern diskutiert. Die Fußballmannschaften treffen in den lokalen Ligen aufeinander, alle Stadtteile umfassende Feste, der Karneval, Tage der offenen Tür der Stadt, das kulturelle Angebot, die Schwimmbäder, regionale Essensspezialitäten etc. all dies trägt dazu bei, dass der

Raum als eine Identifikationseinheit ihrer Bewohner aufgefasst wird. Die Ereignisse liefern Gesprächsthemen und durch die lokalen Bezüge wird ein Stück des Bewusstseins der Menschen geformt. Eine grenzenlose Kommunikation enthebt die dort verwurzelten Akteure ihres Kontextes und damit auch einem größeren Teil der Themen, über die kommuniziert werden kann. Diese Art der Verwurzelung erinnert an unmoderne Gesellschaftsformen mit segmentierter Differenzierung (Hahn/ Willems 2002). Segmentäre Gesellschaften sind an die Lokalität gebunden, also die Infrastruktur, auf die „Vor-Ort“ zurückgegriffen wird. Dort sind die sozialen Gebilde, in die man hineinwächst und in denen sich der Symbolvorrat, also die Möglichkeiten für Interpretation herausbilden. Diesen wird von Hahn und Willems die funktionale Differenzierung gegenüber gestellt. Diese ermöglichten Wahlverbindungen. Man muss sich nicht mit den lokal vorhandenen Beziehungen begnügen, sondern man kann, gerade, wenn man in hochqualifizierten Berufen tätig ist, Kontakte rund um die Welt aufbauen. Allerdings sind diese ebenfalls nicht beliebig, sondern sehr stark von der Position der Menschen abhängig. In klassischen Studien (Merton 1968) konnte diese Gegenüberstellung bereits aufgezeigt werden. In ihrer berühmten Studie in Rovere unterschieden die beiden Autoren zwischen Menschen mit stärker lokalen auf der einen Seite und stärker kosmopolitischen Orientierungen auf der anderen Seite. Letztere Gruppe war allerdings meist zugezogen und dadurch nicht in gleichem Maße vor Ort sozialisiert worden.

Für die meisten Menschen spielen die lokalen Zusammenhänge eine Rolle, auch wenn in Modernisierungstheorien (Giddens 1995) immer wieder von Entbettung die Rede ist und hierfür Argumente angeführt werden können, etwa immer werdende berufliche Mobilitätserwartungen und eine Ausdifferenzierung der Berufe. Man könnte auch sagen, dass gerade mobile Menschen auf das Internet angewiesen sind, um ihre Herkunftszusammenhänge nicht zu verlieren. Hinweise darauf finden sich (Hiller/ Franz 2004; Helland 2007) in Untersuchungen zur Aufrechterhaltung der Kontakte zum Herkunftsort per Internet bei Migranten.

Es sind nicht nur die sozialen Beziehungen zum Herkunftsland, die für eine Begren-

zung der Fiktion einer Auflösung von raumzeitlichen Zusammenhängen entgegenstehen: Die Interpretation medial vermittelter Inhalte ist abhängig vom Wissen, den vorgängig vermittelten Normen und Werten und den Erfahrungen, die die Menschen gemacht haben. Am Export von Fernsehsendungen konnte gezeigt werden, dass diese lokal vermittelten Bezüge die Interpretation von Inhalten wesentlich beeinflussen (Liebes/ Katz 1990). Auch hier sind Verbindungen in den Raum vorhanden, die nicht hintergangen werden können.

Man könnte jetzt auf die Idee kommen, dass in der Geschäftswelt, für die angenommen wird, dass eher Rationalität vorherrscht, sich das Internet von räumlichen Bezügen unabhängig machen könne. Untersuchungen (Fuchs 2008) zeigen dagegen, dass virtuelle Unternehmen ebenfalls nicht ohne konkrete Treffen auskommen und damit im Raum gefangen sind. Insbesondere wird Vertrauen geschaffen und der Umgang mit komplexen Anforderungen ist nur schwer durch Medien vermittelbar. Erst wenn man gelegentlich einen Wein zusammen trinkt, lässt es sich auch per E-Mail gut miteinander kommunizieren. Das Vertrauensproblem ist bedeutend, es behindert die Geschäfte über das Internet, obgleich hier erhebliche Wachstumsraten zu verzeichnen sind. Vor Bestellungen im Internet, so wird geraten, schaue man sich die Webpräsenz des Versenders an. Findet sich eine Abbildung eines physisch vorhandenen Ladens, eines Lagers oder der verantwortlichen Personen, so ist man eher geneigt, auf das Angebot einzugehen.

Die Zahl der Beispiele, auf die dies zutrifft sind Legion: So zeichnet sich die Online-Enzyklopädie Wikipedia dadurch aus, dass unterschiedliche Autoren ganz unabhängig vom Ort, an dem sie sich befinden, an Artikeln arbeiten können. In einem Forschungsprojekt zur Kooperation in Wikipedia konnten wir jedoch zeigen (Stegbauer 2009), dass der Besuch von Stammtischen und anderen Treffen ganz wesentlich dazu beiträgt, in eine Führungsrolle in der Organisation Wikipedia aufzusteigen. Ohne dass die Kandidaten einmal gesehen wurden, ist es fast nicht möglich, dort Administrator zu werden. „Prominent“ werden dort auch nur solche Teilnehmer, die nicht nur einmal auf einem lokalen Treffen gesehen wurden. Hierzu ist eine ausgiebige Reisetätigkeit erforderlich.

Ein Leben im Internet, welches unabhängig von Raum und Zeit wäre, ist weder empirisch aufzufinden, noch vorstellbar. Wir bleiben also, trotz stark gewachsener Möglichkeiten des Datenzugriffs und der weltweiten Arbeitsteilung an Orte gebunden. Diese Orte freilich, genauso wie das Internet selbst, müssen heute als stärker differenziert und fragmentiert angesehen werden, als dies noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Unsere raumzeitliche Verortung bleibt dennoch eine wesentliche Konstante, die uns, auch ohne dass wir es unbedingt wollen, Orientierung bietet und aus der unser Handlungsrahmen und unsere Beziehungen auch weiterhin im Wesentlichen erwachsen werden.

Literatur

Afemann, Uwe, Die Dritte Welt und das Internet (Beitrag für e.velop) 2004. http://www.home.uni-osna-brueck.de/uafemann/Internet_Und_Dritte_Welt/Bundespresseamt.pdf (25.06.2008)

Ahrens, Daniela, Internet, Nicht-Orte und die Mikrophysik des Ortes. S. 163-177, in: Alexandra Budke, Detlef Kanwischer, Andreas Pott (Hg.), Internetgeographien. Beobachtungen zum Verhältnis von Internet, Raum und Gesellschaft. Stuttgart, 2004.

Giddens, Anthony, Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt, 1988. (Zuerst: The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration", Cambridge, 1984).

Giddens, Anthony, Die Konsequenzen der Moderne. Frankfurt, 1995. (Zuerst: The Consequences of Modernity, 1990)

Helland, Christopher, Diaspora on the Electronic Frontier: Developing Virtual Connections with Sacred Homelands. Journal of Computer-Mediated Communication (2007) 12 (3) , 956–976.

Hiller, Harry H./ Franz, Tara M., New ties, old ties and lost ties: the use of the internet in diaspora. New Media & Society (2004) 6, 6: 731-752.

Liebes, Tamar; Katz, Elihu Katz, The Export of Meaning. Cross-Cultural Readings of Dallas, New York, 1990.

Paul, Gerd/ Stegbauer, Christian, Is the digital divide between young and elderly people increasing? First Monday, Oktober 2005 (mit Gerd Paul). <http://www.uic.edu/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/1286> (26.06.2008).

Merton, Robert K., Patterns of Influence: Local and Cosmopolitan Influentials. S. 441-474, in: Robert K. Merton, Social Theory and Social Structure. New York, 1968.

Mesch, Gustavo S./ Talmud, Ilan, Similarity and the Quality of Online and Offline Social Relationships Among Adolescents in Israel. Journal of Research on Adolescence 17 (2007) (4): 813–817.

(N)onliner-Atlas, Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, 2008,

http://www.initiaved21.de/fileadmin/files/08_NOA/NONLINER2008.pdf (25.06.2008).

Rheingold, Howard, Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers [amerik.1993]. Bonn u.a., 1994.

Simmel, Georg, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band 11. Frankfurt, 1992 (zuerst 1908).

Stegbauer, Christian, E-Mail und Organisation: Partizipation, Mikropolitik und soziale Integration von Kommunikationsmedien. Göttingen, 1995.

Stichweh, Rudolf, Raum, Region und Stadt in der Systemtheorie. Soziale Systeme (1998) 4, 2: 341-358.

Von Wiese, Leopold, System der Allgemeinen Soziologie als Lehre von den sozialen Gebilden der Menschen (Beziehungslehre). Berlin, 1968 (4. Überarbeitete Auflage, Original von 1924).



PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

E-Netze, Netzstadt

Offenbar ist es Zeit für ein Resümee: Zu deutlich liegen Netzprofite und Wirklichkeit auseinander. Was haben technische und soziale Netze überhaupt miteinander zu tun, und was beides mit Stadtstruktur und Stadtentwicklung? Es hat keinen Sinn, die Gewichtigkeit einer der drei Ebenen zu leugnen oder herunterzuspielen. Gewachsen ist aber die Einsicht, wie kurzsichtig es ist, eine Ebene – und natürlich waren das in der jüngsten Vergangenheit die neuen technischen Netze – zum Taktgeber der Verhältnisse zu machen und andere Instrumente gesellschaftlichen Zusammenhangs reihenweise für erledigt zu erklären.

Dass Kommunikationsmittel und soziale Formen sich wechselseitig beeinflussen, ist selbstverständlich. Die Beziehungen zwischen Buchdruck und frühmoderner Individualisierung (die Reformation u.a.) sind das wohl prominenteste Beispiel dafür - jedenfalls wäre es, am Beispiel geblieben, angesichts dessen, was wir über die gesellschaftlichen Bewegungen des Spätmittelalters wissen, Unsinn zu behaupten, das enger Fassbare, der Buchdruck, habe das Andere hervorgebracht. Und weder das eine noch das andere erklärt die Agrarkrise des 15. Jahrhunderts, die neuen Handelswege, die Börse von Lissabon oder die Rastergrundrisse der neuen Städte. Und doch hat natürlich alles etwas miteinander zu tun.

Wir haben heute tatsächlich einen vergleichbaren technischen Sprung hinter uns, der sich von früheren vermutlich vor allem darin unterscheidet, wie kapillar er die gesamte Wirklichkeit durchsetzt. Aber dies löst nicht die vorhandenen Fach- oder Netzwerke von Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft auf.

Was heraus kommt, ist unter Umständen erschreckend, z.B. der 9.11.2001. Das wäre ohne die neue Schicht nicht möglich gewesen, erklärt sich aus den benutzten Medien aber nicht. Die große Zeit der Medientheorie ist also vorbei. Wie sollte sie auch aus ihren technischen Verabsolutierungen heraus erklären, was tatsächlich vor sich geht? Gegenwärtig sind nicht umsonst Kriegstheorien an ihre Stelle getreten - auch das nur ein Schlüssel unter anderen. Was sich in den letzten 20 Jahren verändert hat, kann überhaupt über viele Zugänge beschrieben werden, von denen die technische Netzrevolution nur einer ist – Effekte von finanzpolitischer Deregulierung und wirtschaftlicher Globalisierung, Abbau des Sozialstaats, fundamentalistische Siegeszüge, weltweite Klimaveränderungen und etliche andere noch, und überall stoßen wir auf Vernetzungen, Interdependenzen, Abhängigkeiten, gegen welche die traditionellen Grenzziehungen, z.B. nationale Institutionen, nicht ankommen.



Dr. theol. Dieter Hoffmann-Axthelm beschäftigt sich mit Problemen der lokalen und kommunalen Selbstverwaltung, in Verbindung von Flächenpolitik, Verwaltungsreform und Kommunalfinanzien und ist Mitglied keiner Akademie, wissenschaftlichen Gesellschaft, Partei, keines Stiftungsbeirats oder Verbandes (<http://dieter.hoffmann-axthelm.de/>).

Dieser Beitrag ist erschienen in: "der architekt" 2/08, S. 36 - 40

Alltägliche Beobachtungen

Eine der auffälligen Eigenschaften des Gebrauchs von Handy und Internet war von Anfang an das Durchlöchern der Präsenz: Jemand steht neben dir, telefoniert aber mit jemandem weit weg oder auch nur auf dem Nachbarbahnsteig desselben Bahnhofs oder an einer anderen Kaufhauskasse. Man sitzt zuhause am Rechner und blättert im Katalog einer amerikanischen Universitätsbibliothek. Statt sich um die ihnen nächsten zu kümmern, tummeln sich immer mehr Zeitgenossen in digitalen Sekundärwelten. Ständig tun sich im Internet neue Marktplätze auf, die nicht nur die Lebenszeit der einzelnen aufsaugen, sondern ihren Erfolg durchaus auch an der Menge Werbung messen, die sie aufsaugen, für Geld, das dann an anderer, realräumlicher Stelle nicht mehr ausgegeben wird.

Das Neue ist nun aber keineswegs das Aussteigen aus der körperlichen Anwesenheit und Gegenwart: das war über Jahrtausende der Grundstock religiöser Erfahrung, dann auch, säkularisiert, der kulturellen Entrückung durch Kunst. Mitten in der Stadt können einen noch heute Erinnerungen oder ein neuer Gedanke auf eine Weise überfallen, dass man um keinen Deut anwesender ist als jemand, der sich in einer elektronischen Parallelwelt einrichtet. Im Übrigen frisst die Internetabwesenheit ja auch aus dem Potential der lange schon eingeübten und auffällig gewordenen Fernsehabwesenheit. Der erhebliche Unterschied liegt also woanders: in der schichtneutralen Verallgemeinerung des Phänomens, in der Ablösung von tageszeitlichen und örtlichen Eingrenzungen, in einer weitgehenden Privatisierung bei anscheinender Veröffentlichung, welche zur herkömmlichen Trennung von Öffentlich und Privat quer steht, sie verschleift oder gar aufhebt.

Letzteres ist schon an dem Ausmaß abzulesen, in welchem die Netzkommunikation aus dem Haus heraus in den öffentlichen städtischen Raum drängt. Mobilfunkstützpunkte und öffentliche Netze machen es möglich, nahezu überall zu telefonieren, sich an einer beliebigen Straßenecke niederzulassen und seine e-mails abzufragen oder im Internet Geschäfte zu tätigen. Aber dieser Umstand erklärt noch nicht, warum dies in solchem Maße wahrgenommen wird. Offenbar handelt es sich um eine instinktive Reaktion auf die gleichzeitig vor

sich gehende Entfernung aus beiden konkreten Umgebungen, der der Wohnung wie der der öffentlichen Stadträume, die Entfernung, die man zwischen sich und die Menschen legt, die neben einem stehen, mit denen man vielleicht eben noch im Gespräch war. Reagiert wird vielleicht noch mehr auf die atmosphärische Dichte dieser Entfernung: ihr Anwachsen zu einer virtuellen Schicht über dem weitergehenden leiblichen Anwesendsein bei anderen und im jeweiligen Raum.

Subjektiv rächt sich das Doppelgängertum über eine dramatisch verminderte Selektionsmacht. Wer dank Handy jederzeit und überall erreichbar ist, verzichtet auf einen Teil der Freiheit, die der Wechsel aus dem privaten in den öffentlichen Raum gewährt – eine spezifisch städtische Freiheit, die darin liegt, sich der Erreichbarkeit beliebig entziehen zu können. Das Risiko, jemanden auf der Straße zu treffen, ist dem gegenüber vernachlässigbar. Wieviel Freistellung das bedeutet, zeigt die Ausnahme, Venedig: da es keine Autos gibt und die Wege von A nach B oder von C nach D unweigerlich durch das Nadelöhr E führen, begegnet man sich und beredet, was zu bereden ist, eine Chance, die jedenfalls der anderen, jemanden im Festnetz zu erreichen, weit überlegen ist.

Das heißt, dass über Vernetzung nicht nur neue Möglichkeiten eröffnet werden, sondern auch neue Verinselungen entstehen. Das Handy vernetzt eben diejenigen engen Welten, in denen man sich ohnehin befindet. Früher gab es Leute, die einen aufwendigen Funkverkehr nutzten, um sich mitzuteilen, dass und wo sie gerade den Hund ausführen. Kaum anders das meiste, was man auf der Straße, in Bus, Bahn oder Café, öffentlich an Handygebrauch mitbekommt. Erst recht scheint im Gebrauch des Internets die technische Öffnung noch die soziale oder fachliche Verinselung der Einzelnen zu verstärken. Wer in lokalen Läden einkauft oder öffentliche Bibliotheken nutzt, bewahrt sich ein dem Aufwand entsprechendes Maß an Selektionsmacht. Im Internet ist scheinbar alles erreichbar, aber Selektionsmacht habe ich nur, wenn ich schon weiß, welche Adresse ich aufsuchen will. Umgekehrt ist das Netz auf der Höhe des Stubenhockers: Man spart sich erhebliche Wege – meist sogar Reisen oder umständliche, zeitraubende Suchvorgänge, ein fantastischer Vorteil. Man verzichtet aber

auch auf die mit städtischen Wegen verbundenen Abenteuer und Blickerweiterungen. Statt ins Kaufhaus oder in den Buchladen zu gehen, vergleicht man Produkte, Leistungen und Preise im Netz, ist dann als Konsument hochgerüstet und bestellt, so dass Tage später die Ware ins Haus getragen wird. Damit habe ich nicht nur auf den Umweg Stadt und lokale Versorgung verzichtet und beides geschädigt, ich habe auch auf die Freiheit verzichtet, das wirkliche Objekt anzuschauen, anzufassen, z.B. im Buch zu blättern, dann vielleicht auch auf Kauf zu verzichten. Selbst der gewaltige Vorteil des wissenschaftlichen, fachlichen Nutzers erweitert nicht nur die Nutzungsmacht, sondern beschränkt gleichzeitig die Selektionsmacht, denn unvermeidlich unterliege ich den Regularien der Suchmaschine. Wer hat schon die Zeit oder die Energie, 15.000 Eintragungen durchzugehen – spätestens mit der siebzigsten oder achtzigsten Eintragung wird er aufgeben. Damit hat man aber nur das im Griff, was im Internet ganz oben schwimmt, weil es die Adressen sind, die am häufigsten angeklickt werden oder am besten verlinkt sind. Will ich dem entkommen, muss ich nach außen gehen, Kollegen fragen, Veranstaltungen besuchen, in die Fachliteratur einsteigen. Alles das verweist mich auf die wirkliche Stadt und ihre Netze.

Netzwerken

Erfolgreich ist also, wer soziale und technische Netze gut zu verknüpfen weiß. Das derzeit viel beredete Netzwerken ist das zugehörige Erfahrungsfeld. Doch aufgepasst, der scheinbare Gleichklang von sozialem Handlungsmodell und technischer Unterlage täuscht.

Die erste Unterscheidung: Wir haben es nicht nur mit einer technischen Auszeichnung zu tun, der virtuosen Benutzung der neuen Medien, sondern auch mit einer sozialen: Die derzeit erklärten Netzwerker sind jung, Studienabsolventen auf der Suche nach einem Platz im Wirtschaftsleben. Sie sind z.B. Architekten, Designer, Grafiker, Modemacher, Musiker, Künstler, Schauspieler. Sie ersetzen durch Handy- und e-mail-gestützte Vernetzung, was ihnen an gesicherter Perspektive und finanziellem Spielraum fehlt, man tauscht aus, kooperiert, vermittelt weiter, ist sich wechselseitig Kunde und Publikum. Gleichzeitig werden alle Mittel genutzt, um nach außen zu kommen und sich als Anbieter zu eta-

blieren – Auftritt im Internet ist so selbstverständlich wie Flyer, Aufkleber, Plakate.

Der Status des Netzwerkers und der gesteigerten Symbiose mit den neuen Medien ist also lebensgeschichtlich auf Überwindung hin angelegt, genau so wie die billigen Räume (Ladenleerstand, Souterrain, Seitenflügel usw.), in denen man sein erstes Büro, seinen ersten Laden, das erste Atelier, die erste Werkstatt einrichtet. Von daher ist es kein Zufall, dass historische Parallelen vorliegen, jeweils in den unordentlichen, unsicheren Übergangsräumen von einer Ordnung der Verhältnisse zu einer anderen. Gerade die Architekten der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die heute als Heroen der Moderne geläufig sind, hielten sich, angesichts der schwierigen Auftragslage und dem geringen Bedarf an erklärter Moderne, über Netzwerke aufrecht. Das Unternehmen Gläserne Kette von Bruno Taut und Paul Scheerbarth – was war es anderes als ein postbrieflich gestütztes Netzwerk?

Die zweite Unterscheidung betrifft die soziale Form. Das Urbild des Netzes ist die Familie. Um dieses Urbild kreisen alle Netzwerke, auch die der Macht oder die der Korruption. Die Gesellschaft ist kein großes Netz, Netzbildung ist immer Fraktionsbildung, Teilinteresse, innerhalb einer Gesellschaft, von den frühesten Stammesstrukturen bis heute. Je größer die Entfernung von offiziellen Netzen der Macht, der Wirtschaft, desto deutlicher der familiäre Charakter der Netzwerke. Auch der Untergang der Familie würde daran nichts ändern. Schaut man sich an, wie insbesondere die jungen, professionell gebundenen Netzwerke funktionieren, so sind das die Großstadtfamilien derer, die ihre familiäre Einbindung in den Kleinstädten hinter sich gelassen haben, um in einem Zentrum aufzutreten und Erfolg zu haben.

Netzwerken ist also, wenn auf die technischen Medien, dann genauso auf reale Stadt angewiesen, auf die Möglichkeit, eben nicht nur im Internet, sondern z.B. auch als Showroom, oder als Aktion, oder als erste Bauaufgabe, aufzutreten. Es ist auf eine Stadtstruktur angewiesen, welche die nötigen Nischen und informellen Gelegenheiten, die billigen Räume bereit hält, desgleichen aber auch Nähe, öffentliche Begegnungsorte und Begegnungskulturen. Netzwerke und Stadtstruktur stützen sich

wechselseitig, und so wichtig wie das Internet ist die begangene Straße. Was wäre die Szene ohne die Kastanienallee in Berlin-Mitte, den Corso der Netzwerker? Und was wäre die Kastanienallee ohne die vorhandene unwahrscheinliche Differenzierung der Baustruktur? In der Karl-Marx-Allee, von der doch alle Modernisten unter den Architekten schwärmen, herrscht dagegen tödliche Leere – weder im berühmten 2. Bauabschnitt noch in der alten Stalinallee ist für Netzwerker Platz.

In Netzen denken?

Das Verhältnis von Stadt und Elektronik, von virtuellen, sozialen und stadtstrukturellen Netzen ist also gar nicht das Problem, Problem ist der ungeheure Graben zwischen der Eignung differenzierter parzellärer Strukturen für die Netzwerker einerseits, und der geringen bis nichtvorhandenen Einsicht von Politikern, Planern, Architekten, Kulturmachern, Künstlern usw. in diesen Zusammenhang. Nehmen wir allein die netzwerkenden jungen Architekten: Sie schwärmen von Moderne und Fließraum, leben aber, soweit sie als Architekten überhaupt ein Bein auf die Erde bekommen, von der traditionellen Stadtstruktur, die für sie noch Platz hat. Wenn sie dann erst einmal erfolgreich geworden sind, planen sie genau die Strukturen und Gebäude, die für Netzwerke nicht mehr brauchbar sind. Wie ihre Vorgänger, die auch einmal klein anfangen.

Wo liegt der Fehler? Die virtuellen Netze verführen offenbar dazu, die anderen Netze zu übersehen bzw. abzuwerten und die Netzwirkung einseitig dem technischen Instrument zuzuschreiben. Oder ist es der allgemeine Privatisierungseffekt: Wir sind vernetzt, der Rest interessiert nicht? Jedenfalls ist in Architektur und Planung auffällig, dass über dem vielen Gerede von Netzen und Netzstrukturen, der Arbeitsorganisation in Netzplänen, der Netzstruktur von Gebäudesystemen, dem metaphorischen Gebrauch des Netzbegriffs in der Entwurfsrhetorik, das Denken in Entwurfsinseln und sich selbst genügenden Großkomplexen ohne Anbindung an oder Fürsorge für die tragenden städtischen Beziehungsnetze die Regel ist. Von Netzen wird geredet, insular wird gedacht und gehandelt.

Netzdenken wäre Stadtdenken. Das Passivenergiehaus mag ein Fortschritt sein, aber

auch der liegt auf der Linie, das einzelne Objekt zur Festung auszubauen. Technisch vernetzt und energetisch autonom, braucht es im Grunde auch keine verantwortlich handelnden Menschen, d.h. es grenzt von der Konzeption her alle anderen Beziehungsnetze und ihre Einwände, Anforderungen und alternativen Handlungsmöglichkeiten aus. Im Großen hat man den gleichen Effekt bei den neueren und neuesten Schlachtschiffen des Städtebaus, vom Potsdamer Platz zur Hamburger Hafencity. Stadtplanung hieße dagegen, alle Netze zusammen zu denken und sich der Komplexität und Möglichkeitsfülle ihrer wechselseitigen Beeinflussung, Kritik, Korrektur und Ergänzung zu stellen.



PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Gedanken zum Zusammenhang von Stadtentwicklung und Informations- und Kommunikationstechnologien

1 Einleitung

Die neuen IuK-Technologien – sei es die mobile Nutzung mit dem Handy oder die inzwischen weit verbreitete Nutzung des Internets – berühren heute große Teile der Gesellschaft und beeinflussen das gesellschaftliche Zusammenleben heute in erheblicher Weise. Damit verbundene Veränderungen werden deshalb auch in der allgemeinen Öffentlichkeit intensiv thematisiert und diskutiert. Eine dreiteilige Serie in der Wochenzeitung DIE ZEIT im Sommer 2008, ein Spiegel Spezial aus dem letzten Jahr mit dem bedeutungsvollen Titel „Wir sind das Netz - wie das neue Internet die Gesellschaft verändert“ oder auch eine neue Ausgabe der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zum Thema „Neue Medien, Internet, Kommunikation“ belegen dies exemplarisch und eindrucksvoll.

In der Debatte der Raumwissenschaften fehlt es derzeit an vergleichbar gehaltvollen Auseinandersetzungen. Nach einer intensiven Diskussion über die räumlichen Wirkungen der IuK-Technologien Anfang der 1990er Jahre (vgl. auch Abschnitt 2 des Beitrags), ist es ruhiger um das Thema geworden – und das trotz der zunehmenden Durchdringung des Alltags mit den neuen Technologien.

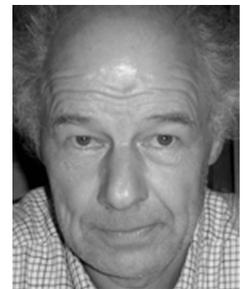
In unserem Beitrag möchten wir deshalb einige Überlegungen zum Zusammen-

hang von IuK-Technologien und Stadtentwicklung vorstellen, um damit eine neue Diskussion dieses Zusammenhangs anzustoßen. Dabei stellen wir im dritten und vierten Abschnitt Trends der technologischen Entwicklung vor, bevor wir dann auf die Veränderungen der Raum- und Stadtstruktur durch die IuK-Technologien eingehen.

Eingebunden sind unsere Überlegungen in ein größeres Forschungsvorhaben, mit dem wir derzeit die Auswirkungen von IuK-Technologien auf die Lebensqualität der Bürger und die Standortqualität der Unternehmen in Friedrichshafen untersuchen (www.e-motion2008.de). Hier hat die Deutsche Telekom in einem Modellvorhaben die infrastrukturellen Voraussetzungen sowohl im Festnetz- als auch im Mobilfunkbereich geschaffen, um in hoher Geschwindigkeit das Netz nutzen zu können und auf dieser Basis neue Anwendungen für Bürger und Unternehmen auszuprobieren bzw. zu entwickeln (vgl. www.t-city.de). Das Projekt läuft bis 2012, empirische Ergebnisse sind daher erst später zu erwarten. Daher werden wir in diesem Beitrag zunächst einige grundsätzliche Überlegungen formulieren, die wir zu einem späteren Zeitpunkt mit Ergebnissen aus unserem Projekt in Friedrichshafen überprüfen wollen.



Dipl. Geogr.
Michael Lobeck



Dipl. Soz., lic. rer. reg.
Wolfgang Müller



Prof. Dr.
Claus C. Wiegandt

2. IuK-Technologien in den Raumwissenschaften

Die Diskussion in den deutschen Raumwissenschaften über die Bedeutung neuer IuK-Technologien für die Stadt- und die Raumentwicklung ist durch merkwürdige Konjunkturen gekennzeichnet. In der ersten Hälfte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts gab es eine breite Debatte über die Auswirkungen des Internets auf die Standortstruktur in den Städten und auf das Verhältnis von Zentrum und Peripherie. Beispielfhaft seien hier die Beiträge aus dem Deutschen Institut für Urbanistik genannt, die noch unter dem Stichwort der Telematik liefen (vor allem durch Henckel und Floeting, z. B. 1998).

Erwartet wurde, dass die IuK-Technologien die Raumstrukturen fundamental verändern:

- neue Produktions- und Arbeitsstrukturen würden ermöglicht und dadurch ein rapides Wachstum von Heimarbeitsplätzen ausgelöst,
- Geographie und Raum würden als Standortfaktoren an Bedeutung verlieren und Unterschiede der Standortqualität von Zentrum und Peripherie eingeebnet,
- die Nachfrage nach Büroflächen in den städtischen Zentren würde sich drastisch verringern, mit durchgreifenden Konsequenzen für den Immobilienmarkt und die Standortstruktur in den Städten.

Im Ergebnis ging man davon aus, dass sich die Tendenzen zur Dezentralisierung von Arbeitsstätten und Wohnflächen verstärken. Umstritten blieb dabei der Stellenwert der IuK-Technologien – waren sie als Auslöser dieser Entwicklungen zu sehen oder lediglich als Verstärker von Trends, die von ihnen unabhängig sind.

Dieser lebhaften Debatte um den Zusammenhang von IuK-Technologien und räumlichen Entwicklungen ist in Deutschland ein „Loch“ gefolgt, das, mit wenigen Ausnahmen, bis heute andauert. In aktuellen Publikationen zur Stadtentwicklung und Stadtpolitik werden IuK-Technologien fast nicht erwähnt (z. B. Häußermann/Läpple/Siebel 2008). Neue Einführungen zur Stadttheorie (z. B. Löw u. a. 2007) geben zwar der Darstellung der

Technologien mehr Raum, bleiben aber im Hinblick auf ihre Wirkung auf die Stadt- und Raumentwicklung im Raum der virtuellen Möglichkeiten. Stattdessen haben sich neue Megathemen in den Vordergrund der raumwissenschaftlichen Diskussion gedrängt: in den Kontroversen, ob zukünftig weiterhin Dezentralisierungstendenzen dominieren werden oder ob sich Reurbanisierungstendenzen durchsetzen werden, wird überwiegend mit dem demographischen Wandel und seinen Auswirkungen auf Infrastrukturkosten und -angebot sowie dem kulturellen Wertewandel argumentiert, selten mit technologischen Entwicklungen.

Zum Versanden der Debatte hat sicherlich auch beigetragen, dass sich die Erwartungen auf fundamentale Veränderungen nicht erfüllt haben, jedenfalls nicht in der prognostizierten Schnelligkeit. Raumstrukturen und bebauter Raum weisen offenbar gegenüber dem Veränderungsdruck neuer Technologien ein größeres Beharrungsvermögen auf als von vielen vorhergesehen. Verweise auf die Bedeutung der IuK-Technologien für die räumlichen Veränderungen sind oft spekulativ, empirische Forschungsergebnisse sind rar – es überwiegt die Argumentationsebene der plausiblen Behauptungen. Zudem sind selbst die empirischen Erscheinungen keineswegs eindeutig und noch weniger eindeutig zu erklären. Die Verfechter einer Auflösung der Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie durch die IuK-Technologien sehen sich durch die Dezentralisierung von Arbeitsplätzen der letzten Jahre bestätigt. Dagegen erwarten die Vertreter der Reurbanisierungsthese, dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Ausbaus der IuK-Technologien (die letzte Meile erfordert hohe Nutzerfrequenzen) die Zentren stärkt (Läpple 2003).

Das weitgehende Fehlen eines Diskurses in Deutschland über den Zusammenhang von IuK-Technologien und Stadt- und Raumentwicklung ist umso bedauerlicher, als sich das Entwicklungstempo der IuK-Technologien beschleunigt hat, die Anwendungsbereiche sich verbreitert haben und immer weitere Bereiche des Alltagslebens und der Arbeitswelt durchdringen – offenbar stellen sich die in den 1990er Jahren erwarteten Veränderungen allmählich, wenn auch in veränderten Formen, ein.

Anders ist die Situation in der angelsächsischen Literatur. Dort ist seit der Jahrtausendwende eine Vielzahl von Studien über räumliche Konsequenzen von IuK-Technologien erschienen, die in der akademischen und auch nicht-akademischen Öffentlichkeit lebhaft diskutiert wurden (z. B. Wheeler u.a. 2000; Mitchell 1999; Kotkin 2000; Graham/Marvin 2001). Auch hier werden jedoch selten Veränderungen der Stadtstruktur durch die IuK-Technologien analysiert (siehe allerdings Moss/Townsend 2000a; Moss/Townsend 2000b). Stattdessen stehen eher großräumliche Entwicklungen im Vordergrund, wie etwa Veränderungen im globalen Städtesystem oder Disparitäten zwischen und innerhalb von Regionen.

3 Entwicklung der IuK-Technologien in den letzten Jahren

Wie schon angedeutet, ist die Entwicklung der IuK-Technologien in den letzten 15 Jahren in Deutschland, begünstigt durch die Privatisierung des Telekommunikationsbereichs, rasant verlaufen. Nachdem aus dem staatlichen Fernmeldedienst der Deutschen Bundespost im Zuge der zweiten Postreform 1994 die Deutsche Telekom AG wurde, die auch heute noch einen großen Teil der technischen Netze für die private und berufliche Nutzung im Festnetz und im mobilen Bereich bereitstellt, haben sich im Rahmen der Liberalisierung des Telekommunikationsbereiches inzwischen zahlreiche weitere Anbieter auf dem Markt etabliert, die untereinander in einem Wettbewerb stehen und die die rasanten Entwicklungen befördert haben.

Entwicklungen im Hardwarebereich

Mit den Veränderungen in den Rahmenbedingungen haben sich gleichzeitig durch die Entwicklung der Technik und die darauf basierenden Anwendungen ungeahnte Möglichkeiten im Telekommunikationsbereich aufgetan. Zum einen tragen ganz neue Geräte, zum anderen vielfältige Anwendungen dazu bei. Ihr gesellschaftlicher Stellenwert und ihre räumlichen Bedeutungen waren Anfang der 1990er Jahre kaum absehbar.

Im technischen Bereich ist zum ersten die weite Verbreitung und Nutzung der PCs eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung im Telekommunikationsbereich. So erfolgt die Nutzung des Internets heute zumeist auf der Basis eines PCs. Ende 2006 verfügen mehr als 75 % aller Haushalte in Deutschland über einen PC, mehr als die Hälfte der Deutschen arbeiten beruflich an einem Computer (vgl. www.bitkom.org/de/markt_statistik/38511.aspx). Eine solche Verbreitung war Anfang der 1990er Jahre noch nicht absehbar. Sie hat dazu beigetragen, dass inzwischen rund 65 % der Deutschen online sind (Kissau 2008, S. 29) und mit einem weiteren Zuwachs der Internetnutzung gerechnet werden kann. Damit wird die Internet-Nutzung immer mehr zum Standard.

Zum technischen Bereich gehört zum zweiten die rasante Verbreitung der mobilen Geräte. So war die Nutzung eines Handys zu Beginn der 1990er Jahre noch eher die Ausnahme und auf geschäftliche Beziehungen beschränkt. Erst mit der Einführung des digitalen Mobilfunks im Jahr 1992, den sinkenden Kosten für das mobile Telefonieren und den enormen technischen Neuerungen bei den Endgeräten, hat sich die Nutzung von Handys vor allem seit Ende der 1990er Jahre in Deutschland schnell ausgebreitet und ist jetzt auch im privaten Bereich vollständig etabliert. Mitte 2006 übertraf die Zahl der Mobilfunkverträge bereits die Zahl der Einwohner. Inzwischen gibt es Handys, die einen mobilen Internetzugang erlauben und damit eine neue Phase in der Nutzung des Internets einleiten.

Schließlich gehören zu den technischen Weiterentwicklungen zum dritten die immer leistungsfähigeren Netze, die heute nicht nur eine Übertragung von Sprache, sondern auch die Übertragung von Texten und Bildern, Filmen und Musik erlauben. Dies gilt sowohl für den Festnetzbereich mit den schnellen Leitungen DSL oder VDSL als auch für den Mobilfunkbereich mit UMTS und HSDPA. Die Breitbandtechnologie eröffnet damit eine Vielfalt neuer Formen von Anwendungen, die wiederum erheblichen Einfluss auf das gesellschaftliche Zusammenleben haben.

Entwicklungen bei den Anwendungen

Die Anwendungen im Telekommunikationsbereich sind ausgesprochen vielfältig. Sie durchdringen inzwischen nahezu alle Lebensbereiche des Alltags- und Berufslebens und verändern bisherige Abläufe und Prozesse. Einkäufe oder die gesundheitliche Versorgung, die Ausbildung oder die Kontakte zur öffentlichen Verwaltung sind nur ausgewählte Beispiele, in denen sich die neuen IuK-Technologien durchsetzen. Prinzipiell eröffnen die neuen IuK-Technologien drei Möglichkeiten der Nutzung:

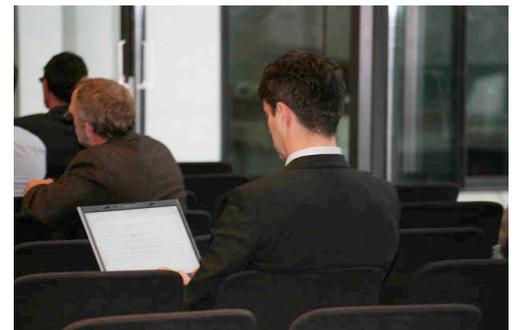
- zum ersten dienen sie der direkten Kommunikation bzw. dem unmittelbaren Austausch von Information zwischen einzelnen Nutzern,
- zum zweiten ermöglichen sie dem Nutzer den einseitigen Zugriff auf eine Fülle von Informationen im Netz („content“) und
- zum dritten – und dies ist die neueste Entwicklung – fördern sie mit speziellen Plattformen die Verbreitung und den Austausch von Inhalten, die die Nutzer selbst produzieren und im Netz bereitstellen.

Mit dem Internet entstehen also schnelle und günstige Möglichkeiten der weltweiten Kommunikation. Dies betrifft zum einen die Übertragung von einfachen textlichen Mitteilungen über e-mails, gilt aber ebenso für die Übersendung von Daten wie Bilder, Musik oder auch Videos. E-Mails haben in den letzten Jahren sowohl im privaten als auch im geschäftlichen Bereich die herkömmliche Kommunikation entscheidend verändert. Weitere Veränderungen werden sich in der Internet-Nutzung zukünftig auch aus der Möglichkeit ergeben, mit ‚Voice over IP‘ kostengünstig über das Internet zu telefonieren und dabei dann auch der Bildtelefonie zum Durchbruch verhelfen.

Das Internet ist seit der Einführung des World Wide Web im Jahr 1993 zum anderen ein weltweites Informationssystem geworden, in dem vielfältige und umfangreiche Informationen über aktuelle Ereignisse aus allen Lebensbereichen oft kostenlos bereitgestellt werden. Suchmaschinen wie

beispielsweise Google haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Nutzer in der Fülle der Informationen auch relativ leicht zurecht finden. So ist das Internet in den letzten Jahren zur weltweit größten Bibliothek geworden.

War das Internet zunächst nur stationär nutzbar, so ist es in der jüngeren Vergangenheit auch in seiner mobilen Form auf dem Vormarsch. Dazu trägt zum ersten die wachsende Zahl der WLAN-Hotspots in Deutschland bei. Diese örtlich begrenzten Funknetze, die sich in Hotels und Cafés, auf Flughäfen und Bahnhöfen finden, erlauben einen drahtlosen, schnellen Internetzugang für den Besitzer eines transportablen PCs. Inzwischen sind mit der Weiterentwicklung der drahtlosen Übertragungstechnologien auch Handys für die mobile Nutzung des Internets geeignet und eröffnen dadurch eine weitere Dimension in der Nutzung der IuK-Technologien.



Neue Möglichkeiten im Internet bietet schließlich das ‚Web 2.0‘ oder auch ‚Social Web‘ genannte Phänomen (zum Begriff: kooptech 2008) mit seinen social networks wie beispielsweise StudiVZ oder Facebook. Damit hat die Netzwerkgesellschaft eine weitere Entwicklungsstufe erreicht (vgl. Meckel 2008). Mit dem ‚Web 2.0‘ wird eine „selbst organisierte Interaktion und Kommunikation der Nutzerinnen und Nutzer durch Herstellung, Tausch und Weiterverarbeitung von nutzerbasierten Inhalten über Weblogs, Wikis und Social Networks“ (ebd.) möglich, die eine neue Form der Kommunikation im virtuellen Raum eröffnet, die nicht ohne Folgen für die Nutzung des physischen Raumes bleiben sollte.

4 Eigenschaften der neuen IuK-Technologien

Die neuen IuK-Technologien zeichnen sich durch neue spezifische Eigenschaften aus, die die Kommunikation und die Informati-

ongewinnung beeinflussen und stellenweise auch verändern. Dazu gehört, als eine erste wichtige Voraussetzung des vermehrten Einsatzes von IuK-Technologien, die Möglichkeit der Digitalisierung von Texten, Bildern oder auch Musik, in deren Folge die vielfältigen Daten mit geringem Aufwand leicht speicherbar und auch verlustfrei kopierbar sind. Gleichzeitig lassen sich diese Daten durch eine weitgehend standardisierte Aufbereitung auch problemlos miteinander verknüpfen. Die relativ geringen Kosten eines Austauschs oder auch des Zugriffs auf die Daten sowie die hohe Zuverlässigkeit bei der Nutzbarkeit im Netz tragen schließlich zur weiten Verbreitung der IuK-Technologien bei. Diese Eigenschaften haben Wirkungen für den einzelnen Nutzer, aber auch für das gesellschaftliche Zusammenleben und auf die Nutzung des Raumes.

Zunächst ist noch einmal zu betonen, dass die neuen IuK-Technologien für alle Internetnutzer den Zugang zu einer Fülle an Informationen bieten, die an fast allen Orten der Welt in das World Wide Web abrufbar sind. In räumlicher Hinsicht ist dabei bemerkenswert, dass es von nahezu jedem PC auf der Welt, der über einen Internetzugang verfügt, möglich ist, Informationen aus wiederum (nahezu) allen Teilen der Welt zu erhalten. Damit erhöht sich prinzipiell die Informationsvielfalt für den Einzelnen beträchtlich und erfordert gleichzeitig aber ein hohes Maß an Kompetenz und neuen Fertigkeiten, die Fülle dieser Informationen auch zu sortieren und zu filtern.

Zum zweiten wird die Möglichkeit der Anzahl der persönlichen Kontakte durch die neuen IuK-Technologien vervielfältigt. Auch hier ist es für die räumliche Betrachtung von Bedeutung, dass zumindest theoretisch Gesprächspartner weltweit gefunden werden können und der einzelne Nutzer mit ihnen über das Internet mit nur geringem finanziellem Aufwand kommunizieren kann. Inwieweit dies Folgen für die konkrete räumliche Erweiterung des individuellen Aktionsraums hat, ist nach unserem Kenntnisstand derzeit noch nicht ausreichend untersucht. Interessant sind hier Ansätze, die die Auswirkungen auf die Integration von Migranten in die aufnehmende Gesellschaft betrachten (Kissau 2008).

Zum dritten werden die Formen der Kontakte durch die neuen IuK-Technologien vielfältiger. So treten neben die Möglichkeiten der unmittelbaren Begegnung, des klassischen Briefs oder des Telefongesprächs neue Kontaktformen durch kurze Textbotschaften per SMS, e-mails oder den direkten Austausch im Netz (Chat). Damit sind neue Formen der Kommunikation vor allem bei der Pflege bestehender Kontakte und dem Austausch von Informationen als auch – in geringerer Bedeutung – bei der erstmaligen Kontaktaufnahme möglich, die auf neue Differenzierungen in sozialen Beziehungen hinweisen (Boyd/Ellison 2007).

Zum vierten verändert sich im sozialen Zusammenleben die Rolle der Kopräsenz, also der Kommunikation zur gleichen Zeit am gleichen Ort (vgl. Stegbauer 2008, S. 5). Neben die direkte face-to-face-Kommunikation oder auch die direkte Kommunikation über das Telefon treten e-mails oder auch die SMS-Kommunikation, die sich durch eine zeitliche Verzögerung in dem Aufeinandereingehen in der Kommunikation auszeichnen. Wie sich Videokonferenzen als eine medial vermittelte Kopräsenz auswirken werden, bleibt abzuwarten.



Zum fünften eröffnet das Internet eine völlig neue Ortsunabhängigkeit für den Nutzer. Der Zugriff auf das Internet erforderte bisher einen PC, der zwar einen Internetzugang brauchte, der aber mit dieser Voraussetzung an nahezu allen Stellen der Welt stehen konnte. Inzwischen erweitern die mobilen Geräte die Möglichkeiten der Ortsunabhängigkeit. Mit den mobilen Geräten wird das Netz jetzt auch von unterwegs zugänglich und ermöglicht Kontakte oder auch Zugriffe zu Informationen von nahezu jedem Ort. War die Nutzung – ob Austausch oder Zugriff – früher also an den Wohnort, den Arbeitsort oder auch an einen kurzfristigen Aufenthaltsort wie ein Café

oder ein Hotel gebunden, so sind heute der Austausch mit weltweit verteilten Gesprächspartnern oder der Zugriff auf räumlich unabhängige Informationsquellen auch mobil – selbst aus dem Auto, der Bahn oder auch gar dem Flugzeug – möglich. Drahtlose Übertragungstechnologien und entsprechende Endgeräte machen dies möglich – auch wenn die gegenwärtigen Tarifstrukturen einen internationalen Austausch noch erschweren.

Zum sechsten wird mit den mobilen Geräten die Erreichbarkeit der Nutzer verändert. Sind die entsprechenden Geräte eingeschaltet, wird der Nutzer an jedem Ort („anywhere“) und zu jeder Zeit („anytime“) ansprechbar (vgl. Hanekop/Wittke 2006, S. 110ff). Man spricht auch vom „always on“, was den Vorteil hat, auch ohne physische Kopräsenz eine gewisse Nähe zu vermitteln („Absent Presence“) (vgl. Gergen nach Hanekop/Wittke 2006), in einigen Fällen für den Nutzer aber auch Nachteile mit sich bringen kann, weil eine ständige Präsenz auch eine ständige Aufmerksamkeit erfordert.

Zum siebten beschleunigen die IuK-Technologien zahlreiche Abläufe. Die ständige Verfügbarkeit der Informationen im Netz trägt dazu ebenso bei wie die unmittelbare Zustellung von e-mails. Hier entsteht die Erwartung, dass Nachrichten sofort gelesen und beantwortet werden müssen.

5 Räumliche Implikationen – Ambivalenzen

Die Auswirkungen der vielfältigen und umfangreichen Anwendungen von IuK-Technologien auf räumliche Strukturen und Prozesse sind in vielen Fällen noch nicht absehbar. Zum einen sind diese Anwendungen häufig noch nicht weit verbreitet, so dass unklar ist, welche Effekte sich bei einer stärkeren Nutzung ergeben werden. Zum anderen ist weitgehend ungeklärt, ob die Anwendungen von IuK-Technologien überhaupt eigenständige räumliche Wirkungen hervorbringen bzw. wie diese mit anderen Einflussfaktoren, beispielsweise dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel, verwoben sind. Die folgenden vier Felder, die offensichtlich räumliche Dimensionen berühren, beschreiben daher Ambivalenzen.

Öffentlichkeit versus Privatheit

Der Einsatz von IuK-Technologien berührt grundlegend das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit. Die Vermutung, dass sich einige Aktivitäten, die bisher im öffentlichen Raum stattfinden, in Zukunft eher am PC in der häuslichen Privatsphäre abspielen werden, impliziert für klassische öffentliche Räume (Plätze, Wege, Parks) einen Verlust an Begegnungen und Kommunikation. Dies könnte problematisch sein, wenn man davon ausgeht, dass die klassischen öffentlichen Räume dazu beitragen, in einer städtischen Gesellschaft durch eine Auseinandersetzung mit Anderen Kompromissfähigkeit einzuüben, die für eine moderne Gesellschaft unerlässlich ist, und virtuelle öffentliche Räume („networked publics“: Boyd/Ellison 2007) eine solche Funktion nicht übernehmen können.

Vergleicht man nun die klassischen öffentlichen Räume mit virtuellen Umgebungen, so scheinen die Unterschiede in dieser Hinsicht geringer als zunächst vermutet. In virtuellen Umgebungen ist zum Beispiel der (störende) Einfluss Anderer für den Besucher nicht leichter ausschaltbar als auf einem realen Marktplatz. Virtuelle Foren kann man verlassen, so wie man auch eine andere Straße in der realen Stadt nutzen kann, wenn einem etwas nicht gefällt. Wenn man einen bestimmten Ort in der realen Stadt aufsuchen möchte und die Störung, die man meiden will, vor der Tür genau dieses Ortes stattfindet, lässt sich eine solche Störung in der realen Stadt ebenso wenig vermeiden wie der Umgang mit störenden Beiträgen in Online-Foren, die man besuchen möchte.

Die eigentliche Frage scheint daher, ob es sowohl im realen wie im virtuellen Raum überhaupt eine Tendenz zum Rückzug ins Private gibt oder ob neue Formen von Öffentlichkeit nur eine Konkurrenz bzw. eine Ergänzung zu klassischen öffentlichen Räumen bilden. Ein solcher Rückzug könnte, wenn er denn stattfindet, prinzipiell durch IuK-Technologie gut unterstützt werden, da diese auch im privaten Rückzugsraum den Zugang zur ganzen virtuellen Welt ermöglicht.

Digital Divides

Unter dem Stichwort der Digital Divides wird eine Spaltung der Gesellschaft debattiert, die sich auf den Zugang zu den neuen Medien bzw. die Kompetenz zu ihrer Nutzung bezieht. Der räumliche Aspekt wird hierbei berührt, wenn informationstechnisch Benachteiligte, die keinen Zugang zum Netz oder keine ausreichende Kompetenz zu dessen Nutzung haben, sich räumlich segregieren oder räumlich segregiert werden.

Die diskutierten Digital Divides – Alter, Herkunft, sozialer Status und Geschlecht – beschreiben in erster Linie soziale und keine räumlichen Dimensionen. Erst über den Effekt der Segregation unterschiedlicher Sozialgruppen im Raum wird daraus ein räumliches Phänomen. Da in einer Wissensgesellschaft die Fähigkeit zur Nutzung von IuK-Technologien für eine gesellschaftliche Integration eine wichtige Voraussetzung ist, verstärkt die räumliche Konzentration von informationstechnisch Benachteiligten die negative Wirkung von räumlicher Segregation. Gleichzeitig weist diese Konzentration auf räumliche Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen wie z.B. Schulungsangebote für IuK-Kompetenz in benachteiligten Stadtquartieren hin. Inwieweit mit privaten oder öffentlichen Mitteln unfreiwilligen Digital Divides entgegen gewirkt werden kann und damit IuK-Technologie auch als Werkzeug von Empowerment und Partizipation genutzt werden kann, ist noch weitgehend unklar.

Wandel von Standortfaktoren

Standortfaktoren beeinflussen die räumliche Verteilung von privaten Haushalten ebenso wie die von Unternehmen. Vor allem bei den Standortentscheidungen der Unternehmen stellt sich die Frage, wie die Entwicklungen von IuK-Technologien auf das komplexe Gefüge der Standortfaktoren wirken.

Informationen sind durch die neuen IuK-Technologien heute überall verfügbar, Kontakte können zu allen Orten der Welt hergestellt werden. Dies gilt jedoch nur für die Standorte, die auch einen schnellen Zugang zum 'Netz' haben – für Datenraten

jenseits von 20 Mbit/s gilt das derzeit fast ausschließlich für die großen Ballungsräume – und auch hier nur für die Kernbereiche. In diesen gut versorgten Regionen könnte man nun davon ausgehen, dass für Unternehmen, die ausschließlich immaterielle Güter produzieren und in hohem Maße auf die Bereitstellung von Informationen angewiesen sind, der konkrete kleinräumige Standort an Bedeutung verliert. Damit könnten sich diese Unternehmen dann aus ihren individuellen Vorlieben statt aus betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten für einen Standort entscheiden. Dies würde dazu führen, dass die Bedeutung anderer, vor allem weicher Standortfaktoren aufgewertet wird. So könnten – je nach Anforderung der Unternehmen – direkte persönliche Informations- und Kontaktmöglichkeiten, aber auch Ruhe und Inspiration solche Standortfaktoren sein.

Auch eine räumlich umfassende Verfügbarkeit von IuK-Technologien würde dennoch die räumlichen Konzentrationen von Unternehmen nicht auflösen, weil andere Standortfaktoren wirksam werden, die nicht ubiquitär vorhanden sind. Die immateriellen (weichen) Standortnotwendigkeiten sind für den einzelnen Betrieb nicht weniger 'hart' als die materiellen. Einige der Standortfaktoren für immaterielle Produktionen scheinen sich nun an eben den Stellen zu befinden, an denen sich auch die Infrastrukturen für die materielle Produktion befinden, u.a. weil der derzeitige Ausbau von schnellen Netzzugängen weitgehend den bisherigen Siedlungsschwerpunkten folgt.

Verhältnis von IuK-Technologien zum Verkehr

Die neuen IuK-Technologien finden vielfältige Anwendungen, die das klassische Verkehrsaufkommen beeinflussen können. So könnten beispielsweise Video-Konferenzen einen Reiseverkehr der beteiligten Akteure ersetzen, so können IuK-Technologien zur Optimierung von Logistik beitragen und Verkehre reduzieren, zur Vorab-Information per Internet in Beschaffungsprozessen oder zum Bezug digitaler statt materieller Produkte eingesetzt werden. Dies könnte dazu beitragen, die seit Jahren zu beobachtende Tendenz der Zunahme von Verkehr (Hesse/Nuhn 2006) zu stop-

pen und eventuell auch umzukehren. Gleichzeitig erzeugen IuK-Technologien auch Verkehr, beispielsweise durch die Zunahme von Online-Bestellungen. Auch Effizienzsteigerungen durch IuK-Technologien, die zur Einsparung von Verkehren beiträgt, können über die Freisetzung von finanziellen und zeitlichen Ressourcen Potenziale für neue Verkehre schaffen.

Generell ist davon auszugehen, dass die gesellschaftliche Entwicklung hin zu mehr Mobilität und Flexibilität – die durch IuK-Technologien unterstützt und vielleicht erst ermöglicht wird – der eigentliche Auslöser der Verkehrszunahmen ist.

6 Auswirkungen von IuK-Technologien auf die Raumstruktur

Über die Folgen der IuK-Technologien für städtische und regionale Strukturen und Räume wird bisher mehr spekuliert als empirisch geforscht. Während der enge Zusammenhang zwischen technischen Infrastrukturen und dem Funktionieren, Leben und Wirtschaften, der baulichen Form der modernen Stadt und dem Selbstverständnis und den Instrumenten der Stadtplanung seit den Werken von Lewis Mumford unstrittig ist, besteht nach wie vor große Unsicherheit über die Auswirkungen der neuen Infrastruktur, die mit den IuK-Technologien verbunden ist.

Bekannt sind die Veränderungen für die Architektur einzelner Gebäude, um sie den Anforderungen der IuK-Technologien anzupassen. Dies betrifft gewerblich genutzte Gebäude (Büros, Handelseinrichtungen, aber auch Stätten des produzierenden Gewerbes) sehr viel stärker als Wohngebäude, und die meisten dieser Veränderungen bleiben nach außen weitgehend unsichtbar (vgl. auch Floeting/Grabow 1998, 19).

Sichtbar werden die IuK-Technologien in den Städten in Form von Infrastrukturen wie Verteilerkästen oder Funkmasten, die aufgrund ihrer eigenschaftslosen Gebrauchsarchitektur nach kurzer Gewöhnungszeit allerdings weitgehend in den Hintergrund der Wahrnehmung treten – dies gilt selbst für die oft umstrittenen Funkmasten. Die bisher deutlichste Veränderung im Erscheinungsbild des öffentlichen Raums ist wohl die Allgegenwart des

mobilen Telefonierens sowie das mobile Arbeiten an notebooks in Cafés, Zügen und anderen Orten. Eigenständigere und auffallendere Ausprägungen der IuK-Technologien sind Internet-Cafés und neue „multimediale Kommunikationszentren“, die die alten Telefonzellen ersetzen und sie durch zusätzliche Anwendungen erweitern. Möglich wird hier das Versenden von e-mails, der Zugang zum Internet, aber auch zu Stadtinformationen, Stadtplänen oder zur Werbung der lokalen Wirtschaft.



Darüber hinaus sind aber die Auswirkungen der IuK-Technologien auf den gebauten und öffentlichen Raum in den Städten bisher wenig auffallend. Und das wird sich wahrscheinlich selbst bei einer weiteren Durchdringung des Lebens- und Arbeitsalltags durch IuK-Technologie kaum ändern, da diese überwiegend in der Form der Ergänzung mobiler Endgeräte um immer weitere Funktionen erfolgen wird. Die Möglichkeiten zur Kommunikation und Information, zur Beschaffung von Waren und Dienstleistungen werden daher immer ortloser und mobiler. Die Erweiterung der Möglichkeiten wird voraussichtlich immer weniger an Infrastrukturen mit physisch-räumlichen Ausprägungen gebunden sein.

Damit ist aber nicht beantwortet, welche längerfristigen Auswirkungen IuK-Technologien auf die städtische Struktur, auf das Verhältnis von Wohnen und Arbeiten, auf die Entwicklung des Verkehrs und damit auch auf die Form von Stadträumen haben.

Graham und Marvin (2001) haben dargestellt, wie Infrastruktur-Netzwerke für Energie, Wasser, Transport und Kommunikation seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die entscheidende Grundlage der modernen Netzwerk-Stadt waren und diese in ihrer Form geprägt haben. Sie waren die ver-

bindende Materie, die Menschen und ihre Funktionen, Orte, soziale Institutionen, die natürliche Umwelt zu städtischen Beziehungen verknüpften. So hat „das Telefon geholfen, die Städte besser, größer, effizienter, aufregender zu machen, indem es, wann immer nötig, sofortige mündliche Kommunikation zwischen allen Teilen der wachsenden Metropolis zu minimalen Kosten ermöglichte“ (Graham/Marvin 2001, 50). Die moderne Stadt erforderte standardisierte und integrierte Netzwerk-Infrastrukturen; diese Anforderungen haben dann Ziele und Methoden der Stadtplanung geprägt. Um die Amortisierung der hohen Investitionen zu sichern, wurden die Infrastrukturen von (privaten oder öffentlichen) Monopolen errichtet und betrieben. Dadurch ergab sich die Möglichkeit der Querfinanzierung zwischen mehr oder weniger ertragreichen Standorten, und die Folge war eine relativ gleichmäßige Erschließung und Versorgung des Raumes, unabhängig von der Zahl der Endabnehmer am jeweiligen Ort. Das Ergebnis waren Städte, die trotz ihrer unterschiedlichen funktionalen, wirtschaftlichen und sozialen Teilräume eine Gesamtheit bildeten, weil sie durch vernetzte Infrastrukturen verbunden waren.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts haben ökonomische, soziale, politische sowie technologische Entwicklungen die Grundlagen für die Einheit der modernen Stadt verändert und Tendenzen zu ihrer „Aufsplitterung“ erzeugt (Graham/Marvin 2001, 137).

Die Wirtschaft war unter dem Druck zunehmender internationaler Konkurrenz durch eine stärkere Durchsetzung von Marktprinzipien, Auflösung von Monopolen und Privatisierungen, Kostensenkung und Spezialisierung gekennzeichnet. ‚Economies of scale‘ verloren relativ an Bedeutung, wissensintensive Wirtschaftszweige (‚New Economy‘) haben Bedeutung für die ökonomische Perspektive von Städten gewonnen.

Im politisch-institutionellen Bereich führten Deregulierung und Privatisierung zur Öffnung der Infrastruktur-Monopole für Konkurrenten und zum „Aufknoten“ des bisherigen integrierten Infrastrukturnetzwerks, mit der Folge eines sehr viel lockeren und ungleicheren Gefüges von Netzen und Knoten. Diese Entwicklung wurde

durch neue Technologien unterstützt, die die Destabilisierung großer technischer Systeme ermöglichten – im Bereich der Information und Kommunikation, der Energie- und Wasserversorgung.

Die wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen hatten tief greifende Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Städten. Produkte und Dienstleistungsangebote, Kommunikationsmöglichkeiten wurden vielfältiger und spezialisierter, die Mobilität für Bürger und Wirtschaft vergrößerte sich. Gleichzeitig wurde die soziale und ökonomische Geographie von Städten fragmentierter, Ungleichheit und Barrieren zwischen städtischen Teilräumen vertieften sich.

7 Fazit

Die Auswirkungen auf die Städte und die Raumstrukturen, die von aktuellen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen erwartet werden, sind derzeit unklar und zum Teil widersprüchlich.

Das globale Städtesystem wird durch neue und intensivere Verflechtungen sowie neue Interaktionsfelder geprägt sein, die maßgeblich von der IuK-Technologie gefördert und bestimmt werden und ohne sie nicht denkbar sind. Sie werden noch stärker als bereits bisher ermöglichen, dass wirtschaftliche Sektoren und Teilräume der Stadt intensivere Verflechtungen mit den entsprechenden Partnern in anderen Städten aufweisen als mit anderen Sektoren und Teilräumen der „eigenen Stadt“. Tendenzen zur Fragmentarisierung der Stadt werden dadurch verstärkt.

Auf der regionalen Ebene werden die IuK-Technologien Dezentralisierungs- und Dispersionstendenzen weiterhin fördern, wenn ein entsprechender Zugang zum Netz gewährleistet wird (vom Kern an den Rand der Verdichtungsräume und in die Fläche). Derzeit ist jedoch ein schneller Netzzugang (jenseits von 20 Mbit/s) nur für ausgewählte Kerne von Ballungsräumen zu erkennen. Selbst so genannte Breitbandanschlüsse mit weniger als 2 Mbit/s stehen derzeit noch mehr als 700.000 Haushalten in Deutschland nicht zur Verfügung (BMWI 2008).

Ob die IuK-Technologien dazu führen, dass innerhalb der Städte der Zusammenhang ihrer Teilräume völlig zerfällt, weil sich einzelne Standorte durch ihr Infrastrukturnetz vollständig von ihrer Umgebung abkoppeln können, ob sich die Städte von einem Netzwerk in Form gleichmäßiger Gitter und Knoten zu einem in Form von Tunneln und Knoten entwickeln (Graham/Marvin 2001), ist gegenwärtig offen. Hier gibt es erheblichen Forschungsbedarf. Empirische Forschung ist darüber hinaus zu der Frage erforderlich, inwieweit sich die genannten Digital Divides räumlich niederschlagen und welche konkreten Effekte dies hat. Ebenso ist die erwähnte Frage der Auswirkung auf das Verkehrsaufkommen in empirischen Detailstudien zu untersuchen.

Aus solchen Ergebnissen könnte dann durch weiterführende Diskussion ein allgemeiner Theorierahmen entwickelt werden. Dieser könnte Hinweise darauf geben, ob die Auswirkungen von IuK-Technologien als eigenständige Effekte betrachtet werden sollten oder ob diese Technologien grundsätzlichere gesellschaftliche oder wirtschaftliche Strömungen lediglich unterstützen oder ermöglichen.

Literatur

BMW I (2008): Pressemitteilung vom 16.7.2008. Online: <http://www.zukunftsbreitbart.de/BBA/Navigation/Service/presse,did=257214.html>, zuletzt geprüft am 18.11.2008.

BOYD, D.M., B.N. Ellison (2007): Social network sites: Definition, history, and scholarship. In: *Journal of Computer-Mediated Communication*, 13(1): article 11. Online verfügbar unter <http://jcmc.indiana.edu/vol13/issue1/boyd.ellison.html>, zuletzt geprüft am 18.11.2008.

FLOETING, H., B. GRABOW (1998): Auf dem Weg zur virtuellen Stadt? Auswirkungen der Telematik auf die Entwicklung der Städte und damit verbundene Handlungserfordernisse. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/1998. Bonn.

GALTUNG, J. (1975): Gewalt, Frieden und Friedensforschung. In: Galtung, J. (Hrsg.): *Strukturelle Gewalt: Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*. Rowohlt. Reinbek.

GRAHAM, S., S. MARVIN (2001): *Splintering Urbanism: Networked Infrastructures, Technological Mobilities and the Urban Condition*. Routledge. New York.

HESSE, M., H. NUHN (2006): *Verkehrsgeographie: Grundriss, Allgemeine et al Geographie*. Paderborn.

MÜLLER-HEIDELBERG, T. et al (Hrsg.) (2008): *Grundrechte-Report*. Fischer Verlag. Frankfurt am Main.

HÄUßERMANN, H., LÄPPLE, D. und W. SIEBEL (2008): *Stadtpolitik*. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

HANEKOP, H., WITTKÉ, V. (2006): Die Entwicklung neuer Formen mobiler Kommunikation und Mediennutzung. In: Hagenhoff, Svenja (Hrsg.): *Internetökonomie in der Medienbranche*, S. 109 – 137. Universitätsverlag Göttingen. Göttingen.

KISSAU, K. (2008): Internetnutzung von Migrantinnen – ein Weg zur Integration? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 29 – 40. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

KOOPTECH (2008): <http://blog.kooptech.de/2008/11/social-media-social-computing-web-20-social-web-oder-kooperative-technologien/>, zuletzt geprüft am 18.11.2008

KOTKIN, J. (2000): *The New Geography – How the Digital Revolution is Reshaping the American Landscape*. Random House. New York.

LÖW, M., STEETS, S., S. STOETZER (2007): *Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie*. Budrich. Opladen u. a.

LÄPPLE, D. (2004): Das Internet und die Stadt – Virtualisierung oder Revitalisierung städtischer Arbeits- und Lebensverhältnisse. In: Siebel, Walter (Hg.), *Die Europäische Stadt*, Frankfurt am Main, S. 406-21

MECKEL, M. (2008): Wie Web 2.0 unsere Kommunikation verändert. IN: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 17-23. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

MITCHELL, W. J.: *E-topia* (1999): "Urban life, Jim-but not as we know it". The MIT Press. Cambridge.

MOSS, M. L., A. M. TOWNSEND (2000): The Internet backbone and the American metropolis. IN: *The Information Society Journal*. 16(1) S. 35-47. Routledge. New York.

ROSENFELDER, A.(2008): *Digitale Paradiese – Von der schrecklichen Schönheit der Computerspiele*. Kiepenheuer und Witsch Verlag. Köln.

Spiegel Special: „Wir sind das Netz – Wie das neue Internet die Gesellschaft verändert“ <http://www.spiegel.de/spiegelspecial/0,1518,ausg-4156,00.html>

STEGBAUER, C. (2008): Raumzeitliche Struktur im Internet. IN: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 3-9. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

WHEELER, J.O., WARF, B., AOYAMA, Y. (Hrsg.) (2000): *Cities in the Telecommunications Age: The Fracturing*. Routledge. New York.

ZURAWSKI, N. (2007): *Surveillance Studies*. Budrich. Opladen.





PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Quartiersmanagement, Stadtentwicklung, Bürgergesellschaft

Stadt im Wandel: wie bürgerschaftlich ist Stadtplanung?

Bei Stadtentwicklungs- und Planungsfragen wird derzeit und gemeinhin an Bürgerbeteiligung aber noch nicht an Bürgerengagement gedacht. Stadt wird als historisch-umbaubares Gebilde und Gegenstand der Planer und Investoren betrachtet.

Die Kommunen sind aber der Ort des Bürgerengagements schlechthin: Natürlich werden die Handlungsebenen des jeweiligen Engagements (lokal bis global) durchdrungen von den Sphären (Staat, Markt, Zivilgesellschaft) und den Rahmenbedingungen (etwa Gesetze, Milieus, Ethnien), die die Kommune wesentlich nachhaltiger steuern als sie selbst in ihrer Geschichte dies mit Selbstverwaltungsrollen, Vereinigungen und Institutionen des bürgerschaftlichen Engagements tun kann.

Kommunen müssen solche Einflüsse „von außen“ aktiv in ihr kommunales Förderkonzept des bürgerschaftlichen Engagements einbauen und nicht als Störung oder rein instrumentell als Möglichkeit zur „Mitnahme von Drittmitteln“ betrachten.

Sehr viel nüchterner drücken das Planer aus (Saubierzweig in Kreft/Mielenz, Wörterbuch des sozialen Arbeit 1996, S.581): „Wirtschaftliche Faktoren und Interessen bestimmen die Entwicklung in den Städten

sehr viel stärker als das überkommene System kommunaler Selbstverwaltung“.

Diese Betrachtung bringt Städte (und ihre Bürger) in eine Opferrolle und es darf tunlichst bezweifelt werden, ob das System der Selbstverwaltung für eine Bürgergesellschaft nicht von höchster Relevanz ist. In der Selbstverwaltung sucht die Kommunalpolitik den Ausgleich der vielen lokalen Interessen.

In der Kommune treffen die Engagementbereiche direkt aufeinander (Sport, Umwelt, Kinder etc.), präsentieren sich in unterschiedlich modernen oder milieugebundenen Formen und vor allem in den Stadtteilen und Quartieren höchst eigensinnigvielfältig, suchen den Ausgleich miteinander, aber auch Abgrenzung an Einfluss und Kampf um Unterstützung. Dabei ist auch das Ausbleiben von Engagement, die Verweigerung oder „negatives kriminelles Engagement“ ein wichtiger Faktor der Stadtentwicklung.

In der Kommunalpolitik spiegeln sich die drei Sphären der Bürgergesellschaft beispielsweise in der Lobby für Wirtschafts- oder Vereinsvertreter. Es spiegeln sich Stadtteilinteressen quer zu Parteien und Milieuintereessen - spätestens wenn es um die Förderung von Kulturinvestitionen geht oder Standortentscheidungen von Bauwerken.

Dr. Konrad Hummel ist
Sozialdezernent in
Augsburg.

Stadtentwicklung und kommunale Entwicklungsplanung sind aber lange rein städte-baulich und infrastrukturell verstanden worden. Entsprechend wurden Indikatoren gebildet und Quartiere identifiziert, Stadtteilbrennpunkte benannt.

Entsprechend den großen Themen der Republik war die Stadtentwicklungsplanung in den siebziger Jahren mit Demokratie und integrierter Stadtentwicklung verbunden, die Bürgerbeteiligung wurde verrechtlicht und die Euphorie der Planung wich der Enttäuschung. Später traten umfassende Leitbildprozesse an deren Stelle.

Das wichtige städtebauliche Förderprogramm „Soziale Stadt“ hat dann zehn Jahre lang seit 1996 Millionen in die Wohnungssanierung schwieriger Stadtteile gesteckt und ist damit diesem Schwerpunkt gefolgt, hat sozusagen die Folgen sozialer Deklassierung bestimmter Gruppen und Stadtteile in der Folge „wirtschaftlicher Faktoren“ (s.o.) durch staatliche Intervention gegengesteuert.

Im Vor- und Umfeld (vgl. Quartierfonds in den Niederlanden, Wohnen in Nachbarschaft in Bremen, Expertisen des DIFU-Institutes, Ergänzung der Programme durch Quartiersmanager) wurde das Programm sozial erweitert, aber nicht auf bürgerschaftliche Beine gestellt.

Mit den großen Fragen des demografischen Wandels, der Migration oder des Wertewandels wird deutlich, dass das innere Gefüge der Stadt sich in größerem Umbruch befindet als der umbaute Raum. Stadtentwicklung muss es gelingen die „typischen“ Städtebaufragen von Wohnen, Infrastruktur, Verkehr, Wirtschaftsansiedlung im ständigen Wechselspiel zu diesem inneren Gefüge zu betrachten, Bürger also nicht nur zu „beteiligen“, sondern im umbauten Raum den Prozessen Ausdruck zu verleihen, die sozialen Prozesse zu befruchten, Bürger zu Mitproduzenten zu machen.

Wichtige Partner der traditionellen Stadtplanung sind Wohnbauunternehmen. Sie werden längst von beiden Seiten der Stadtentwicklung erreicht, der baulichen und der demografisch-sozialen (ihrer Mieter). Viele Unternehmen gestalten inzwischen „ihre eigene“ Engagementpolitik ähnlich wie Kirchengemeinden, Sozialverbände u.a.

parallel zur Stadt und es scheint in vielen Fällen nur ansatzweise vernetzt.

Die Kommune ist, jenseits der Parteien, als Selbstverwaltungsorgan an einem gewissen Interessensausgleich aller engagierten Menschen interessiert - sie muss sozusagen nicht erst interessiert werden für Engagement. Gelegentlich steuert die Kommune gegen alte Strukturen an (alte Stadtteile haben einflussreiche Vereine, neue Stadtteile werden „gepuscht“) oder ringt um rituelle oder paritätische Kompromisse (Träger, Religionsgruppen und Kompromisse zwischen ethnischen Gruppen).

Von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung einer kommunalen Engagementpolitik ist, ob der Interessensausgleich als Befriedung oder als Bereicherung durch Spannung und Vielfalt verstanden wird.

Die jetzigen Kommunalverwaltungen haben sich solcher sozialer Vorgänge mit verschiedener Kompetenz bemächtigt und zur Dienstleistung, zum Verwaltungsvollzug umgewandelt (Ressorts, Stabstellen, Förderrichtlinien, etc.). Für die Stadtplanung haben Kommunen professionelle Bürgerbeteiligungsverfahren vorgesehen, für das traditionelle Ehrenamt die Ressorts und Verbandsförderstrukturen, für Senioren bundesgeförderte Seniorenbüros oder Mehrgenerationstreffpunkte und für neue Engagement-Formen Freiwilligenagenturen - meist bei anderen Trägern.

Darin liegt freilich ein Strukturdilemma: kommunales Handeln folgt prinzipiell rechtlich überprüfbaren, kontrollierbaren, transparenten, mehrheitsfähigen, rationalen Normen. Bürgerschaftliches Engagement ist in seinem inneren Kern und Wesen genau das Gegenteil. Parteilich, emotional, gegensteuernd, gruppenorientiert.

Alle Städte, die sich derzeit auf weitergehende Konzeptionen und Anlaufstellen für Engagement eingelassen haben brauchen darauf eine plausible organisatorische Antwort (Bonn, Augsburg, Nürtingen, Köln, Berlin usw; am ehesten löst das vielleicht noch Nürtingen mit der symbolisch-sprachlichen Trennung von Beteiligung und Engagement).

Die Gefahr liegt auf der Hand, dass sich die Kommunalpolitik der Spannung entzieht

und delegiert an bekannte Institutionen. Für das Engagement ist irgendwer Drittes zuständig. Für die Vereine ein Dezernat, für die Wirtschaft die Parteien, für die Stadtplanung professionelle Planungsbüros.

In anderen Bereichen der (Sozial-) Integration fehlt es in Kommunen an Engagement (und Zivilcourage), weil sich wesentliche Gruppen in eine innere Emigration verabschiedet haben oder hochspezialisiert versorgt werden (Behinderte, Arme, Schwerkranke, etc.). Dort wird dann klassisch um Ehrenamt geworben teilweise in Konkurrenz zu Kirchen.

Bürgerengagement als kommunales Ressort?

Im traditionellen Verständnis von Ehrenamt und kommunaler Selbstverwaltung ist diese Sache des jeweiligen Oberbürgermeisters mit entsprechender Anerkennungskultur der Empfänge und Würdigungen bis zu Auszeichnungen (Bürgermedallien).

Deren satzungsrechtliche Kriterien stabilisieren die Wahrnehmung, dass es um langjährige Treue und Mitarbeit geht. Ebenso wird Engagement sektoral und hierarchisch gedacht. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften ehren ihre Ehrenamtler, Bund, Länder und Kommunen weisen unterschiedliche Ehrungen aus.

Einige Kommunen haben sich um Leitbilder bemüht (Arnsberg, Rheine, Köln) und versuchen den Weg der Lokalen Agenda 21 fortzusetzen, der eine neue nachhaltige Politik auf den alten und für traditionelle Planer verstehbaren Straßen der kommunalen Stadtentwicklung umsetzen will. Dies führt paradoxerweise dann zu Beschlüssen, wonach eine Kommune das Engagement innerhalb von x Jahren um y steigern soll.

Finanziell werden keine Querschnittshaushaltsstellen gebildet, etwa dass jedes städtische Dezernat die Kosten von teilbezahltem Ehrenamt (bei einigen Naturschutzbeauftragten etc), Qualifikation (Schulungen), Versicherungen oder Empfängen einheitlich ausweist oder auch kostenrelevante freie Dienstleistungen für Vereine - vom gebührenbefreiten Infostand bis zur überlassenen Halle - einbezieht.

Ein gewichtiger Bereich ist die koproduktive Dienstleistung. Ein Grünamt stellt Fahr-

zeug und Mitarbeiter um mit Freiwilligen am Samstag Flächen zu bearbeiten. Ein Sozialamt stellt Mitarbeiter, Räume und Fortbildung, um mit Freiwilligen Schuldnerberatung zu machen. Wie wird dies kalkuliert und systemmatisch geplant und evaluiert?

Einige Kommunen haben Freiwilligenpässe oder Ehrenamtskarten entwickelt. Einige haben dies kombiniert mit Vergünstigungen für sozial Schwache (so z.B. Ulm). Einige setzen dafür Steuermittel ein, andere werben bei Unternehmen um Preisnachlässe.

Dahinter stecken z.T. völlig unterschiedliche Staatsverständnisse. Würdigt der Staat in Form von städtischen Geldern und Patronage das Engagement oder moderiert die Stadt einen Prozess wo alle in der Zivilgesellschaft sich gegenseitig auf Würdigungs- und Belohnungsstrukturen einigen (Ansatz in Nürtingen).

Einige Städte greifen bundesweit geregelte Formen, wie das freiwillige soziale Jahr auf, andere delegieren dies an den Stadtjugendring oder bauen selbst Strukturen auf. So wird das Engagement aller vierzehnjährigen angeregt durch ein Austauschprogramm zwischen Schulen, Einsatzstellen, freiwilligen Mentoren und Schülern (in Augsburg das change-in Programm, hinter dem u.a. Mittel im Umfang von ca. 1 Planstelle stehen und das Land Baden-Württemberg mit dem JES-Programm).

Manche Städte bedienen sich ganz der Stiftungen (Zeppelin in Friedrichshafen) oder initiieren Bürgerstiftungen. Wo es umfangreiche Stiftertraditionen gibt (von Augsburg bis Hamburg) stellen sich wieder die gleichen Fragen der Modernisierung. Öffnen sich alte Stiftungen (mit Stiftungszwecken, die nur Katholiken oder nur Mädchen galten) den Erfordernissen einer demokratischen Zeit oder wahren Stiftungshüter Traditionen, die letztlich sogar gemeinwohlschädigend sind?

Viele Städte profitieren von umfangreichen Förderprogrammen der Sozialen Stadt, der Solardächer oder des Ganztageserschulhausumbaus. Wenige bauen Engagement systematisch ein.

Besonders paradox wird dies bei Förderprogrammen für Migranten und Flüchtlingen,

etwa durch das Bundesamt für Migration. Es entstehen Maßnahmenpakete für die betroffene Gruppe z.T. mit der Mobilisierung Einzelner, selten werden örtliche Dachverbände etwa türkischer Vereine einbezogen.

Spannungsreich wird es dort, wo Methoden der Bürgerbeteiligung verbindlich an Bürgerengagementpolitik angedockt wird (derzeit mit den Panels und Kongressen in Rheinland-Pfalz).

Dort bricht der klassische Legitimationskonflikt kommunaler Selbstverwaltung auf. Wie viel darf der Stadtrat allein entscheiden, wie viel ein Bürgerkongreß; was kann von einem Bürgerbegehren wieder gekippt werden? So sehr es Sinn machen mag, dass sich alle Ressorts an Bürgerengagement „versuchen“, braucht es dafür verbindliche Spielregeln, die direkt von der kommunalen Spitze im Zweifel der Person eines Oberbürgermeisters gelebt werden müssen.

Symbolisch sei das kleine Fallbeispiel von Augsburg eingefügt zum Empfang neu zugezogener Bürger. Dieser Empfang wurde von Freiwilligen im Rathaus durchgeführt. Entsprechend war auch der Oberbürgermeister nicht Einladender sondern Gast der Freiwilligen. Die erschienenen Neubürger haben diese Rollendifferenz sofort gespürt und mehrheitlich befürwortet.

Solche Lernprozesse sind ungleich länger geworden durch die Aufteilung des Konzerns Stadt. Tochterfirmen und Betriebe z.B. auch Wohnbaugesellschaften orientieren sich am marktwirtschaftlichen Vorbild und nicht an bürgerschaftlichen Leitbildern. Dort werden sie eingeholt von einer modernen Mieter- und Kundenorientierung, die über Corporate Citizenship/Responsibility-Konzepte abfragt, was Unternehmen für die Bürgergesellschaft tun.

Es erweist sich ein hoher Bedarf, den Prozess des bürgerschaftlichen Engagements mehr zu begleiten als nur zu appellieren an ein „ressortübergreifendes Querschnittsarbeiten“. Es macht Sinn den Prozess verbindlich zu verankern und die Stadtratsausschüsse immer wieder mit dem Fortgang der „Bürgerstadt“ zu konfrontieren.

Nicht vergessen werden darf, dass die Parteien in der Stadt selbst nicht nur Akteure

sondern Objekte der Zivilgesellschaft sind. Auch ihnen gebührt es an generationenübergreifendem Engagement, an Modernisierung und Vernetzung.

Es erfordert deshalb ein Gesamtkonzept der Stadtentwicklung, das Bürgerengagement mit der Infrastruktur zusammen zu entwickeln, das die kommunale Landschaft auslotet in allen Quartieren, Themenfeldern und Gruppen.

Die moderne „urban governance“-Debatte zielt auf den gleichen Tatbestand: wie kann eine Gesamtentwicklung mit gleichberechtigten Akteuren und Spielregeln zur Regel und nicht zum Zufall werden.

Diese Sichtweise ergänzt die bisherige Stadtplanung des umbauten Raumes und die Sozialplanung des Raumes von Gruppen in ungleichen Lebenslagen. Bürgerschaftliche Stadtentwicklung zielt darauf ab, dass alle Bürger (in, neben und ohne ihre Gruppen) Rollen finden können in der Stadtgesellschaft.

Zurück ins städtische Quartier und dessen Management ?

Der Wunsch ist groß mit diesem komplexen ressortübergreifenden Anspruch auf überschaubare Räume zu gehen.

Bürgerengagement und Stadtumbau, demografischer Wandel und Stadtteilbudgets, bürgernahe Sozialpolitik und Mobilisierung der Mieternachbarschaft fokussiert nahezu alle Dimensionen an einem konkreten, vermeintlich fussläufigen, überschaubaren Ort. Moderne Dienstleistungstechniken erlauben die Illusionen dies bündeln zu können. Informationen, Wohnen, Arbeiten - alles so nahe es geht.

Auch die Integration von Migranten scheint nachbarschaftlich leichter zu erfolgen als rechtlich-normativ-abstrakt. Das Alleinsein und der Bedarf haushaltlicher Einfachhilfen im Alter erscheint in aktiver Nachbarschaft leichter. Der Verbleib in der eigenen Wohnung legt den Quartiersansatz auch nahe.

Historisch unterschiedliche Bilder vermischen sich beim Quartier.

Die Arbeitersiedlungen der zwanziger Jahre mit der gemeinsamen Wäschestange

oder der gemeinsamen Sorge, ob die Kumpels unter Tage wieder alle gesund zurückkommen. Die Wohngemeinschaftsbewegung und Campus-Athmosphären niedrigschwelliger Kontakte und solidarischer Tauschgeschäfte, die Betreuung anderer Kinder in den Jugendstilquartieren der Innenstadt. Der Stadtteil, der zur Schlafstadt mutierte, in den zwar viele zugezogen sind aber alle noch die Marktplatzkneipe schätzen. Die dörfliche Gemeinschaft mit Fahrgemeinschaften und gegenseitigen Gartenhilfen.

1884 wurden mit der Toynbee-Hall in London und dann vor allem mit der Settlementbewegung in den USA und später den Nachbarschaftshäusern in Berlin das Gemeinschaftselement aufgegriffen und zur Stadtsozialpolitik gemacht. Community Development, religiöser oder politischer, amerikanischer oder holländischer Prägung, prägte die Nachkriegszeit.

Hoffnungen der Sozialarbeit haben sich an solche Quartiere gehängt. Deren Milieu wurde als Quelle solidarischen Handelns identifiziert. Tatsächlich ist der Milieubegriff im umgangssprachlichen an Quartiere gebunden, in denen bestimmte Normen herrschen oder wie im Rotlichtmilieu außer Kraft sind.

Für das Bürgerengagement ist dieser Diskurs bedeutungsvoll. Er zeigt, wie sehr bürgerschaftliches Engagement kontextgebunden ist, erwachsen oder ersticken kann an bestimmten Orten und geltenden Normen.

Die Milieus haben sich quasi aus den lebensbestimmenden Wohn- oder Arbeitsquartieren herausentwickelt. Heute ist es eher so, dass bestimmte Gruppen ihr Milieu einem Stadtteilquartier „überziehen“, seien es Studenten, die Innenstädte „kippen“ oder deutsch-türkisch dominierte Quartiere, in denen ethnische und Milieumuster sich überlagern.

Die Milieuforschung und Untersuchungen seit ca. 15 Jahren in Deutschland (durch SINUS und SIGMA) haben umfassend weitergeholfen. Sie zeigen, dass die soziale (Klassen)lage in Korrespondenz zu Lebensstilen und Grundorientierungen (im Spannungsbogen von traditionell bis postmodern) zu Milieus (im wesentlichen etwa 10 in deutschen Städten identifizierbare) verschmelzen.

Milieus sind unmittelbare Schnittstellen zu Bürgerengagement. Die Vergewisserung eines eigenen Lebensstiles braucht den Weg über öffentliches Handeln, Konsumieren, Wohnen etc., braucht eine Bühne und Performanz gerade auch jenseits der Schul- oder Arbeitswelt. Wichtige Teile des Bürgerengagements sind geradezu Schaufenster bestimmter Milieus.

Im Umkehrschluss heißt dies für die Quartiersentwicklung, dass ein Verschwinden klarer Milieupräferenzen auch die Formen des Bürgerengagements in solchen Stadtteilen „uneindeutiger“ macht, individueller, zersplitterter. Nicht umsonst versuchen Kampagnen den Gesamtgeist wiederzubeleben etwa mit Parolen wie „Im Quartier x kein Platz für Nazis“.

Wo Raumgrenzen im urbanen Raum völlig diffus sind, wird ein Quartiers- und Milieubewusstsein und damit ein Quellelement von Bürgerengagement blockiert.

Stadtplanung teilt oft lieblos in Bezirke auf. Historische Traditionalisten ziehen Grenzen wie in Kolonialzeiten. Ämter dominieren mit Mess- und Indikationszahlen die Stadtteile. Postleitzahlen und Verkehrslinien beeinflussen Identitäten, Zeitungen mühen sich um Stadtteilausgaben und schalten Informationswege quasi wie Lichtleitungen an und aus.

Deshalb kann es Sinn machen, Zuständigkeitsräume (z.B. Sozialraumplanung) ressortübergreifend neu zu ordnen, um alle einzubeziehen. Von zentraler Bedeutung für die „Quellenergie“ von Bürgerengagement in der Kommune kann sein, diese Stadträume transparent zu ordnen. Beispielsweise können Ämterzuständigkeiten von der alphabetischen Karteiführung zur territorialen übergehen. Es können Ämterteile vor Ort kooperieren, Zuschüsse oder Zuständigkeiten territorial gebündelt werden.

Die Neigung von Trägern, z.B. ihre Schulsozialarbeiter trägerspezifisch zusammenzuführen kann gewandelt werden, sie sozialräumlich in die Kooperation zu schicken. Statistiken können gleiche Räume umfassen wie die vorgefundenen.

Schulsprengel könnten beweglicher werden, Einzugsbereiche von Pflegedienste andere Tarife im Referenzstadtteil erheben.

Diese Räume sind Kunstwerke, weil sie zwischen historisch gewachsenen Strukturen, sozialen Notwendigkeiten und ökonomischen Sachzwängen einen Kompromiss zu finden haben.

Einige Quartiere können 2000 andere 60.000 Menschen haben. Da mögen lange Definitionen herangezogen oder der Begriff „sinnlich und historisch gewachsener Räume“ strapaziert werden um völlig unterschiedliche Quartiere zu begründen, nur hilft dies unter modernen Gesellschaftsbedingungen nicht weiter.

Nur vergleichbare Räume können in innerstädtischen Vergleichen und Strategien bestehen, nur leistungsfähige Strukturen lassen Vielfalt erfahren. Sozialräume müssen geschnitten werden in der Mischung aus kommunaler Leistungsfähigkeit und innerstädtischer Verteilungsgerechtigkeit im Kontext von historisch nachvollziehbaren und kulturell sichtbaren Räumen.

Dann können Budgets Sinn machen, innerhalb derer sich Quartiere andere Prioritätensetzen können, Milieuspezifika pflegen und Stärken entwickeln können und Engagement komplementär entsteht um dieses „Gemeinwesen“ zu verlebendigen.

Symbolisch sei dies am Beispiel eines Volks- und Citylaufes dargestellt, dessen Sonderpreis an denjenigen Sozialraum ging, der mehr Teilnehmer mobilisieren konnte. Dabei mussten sich Jugendinstitutionen, Sportvereine bestimmter Stadtteile, Wohnviertel u.a. finden, wenn sie denn den Sozialraumpreis für Jugendprojekte gewinnen wollten.

Handfest ökonomisch kann dies im Bereich der Jugendhilfekosten dazu dienen, dass Kostenvorteile bei der Vermeidung stationärer Unterbringung dem jeweiligen Sozialraum für Präventivmaßnahmen zugute kommen kann. Mit Energiesparbudgets sind so schon gute Erfahrungen gesammelt worden und zwingen auch Fachinstitutionen mit Vereinen und Normalhaushalten zu kooperieren.

Quartiere im demografischen Wandel

Die Quartiersorientierung erhält große Brisanz in Bevölkerungsbereichen, die nicht unmittelbar der großen Mobilität ausgesetzt sind, den Älteren.

Bisherige Altenhilfe war rein funktional strukturiert mit Versorgungsdienstleistungen wie z.B. Heimen unabhängig wo sie situiert waren. Die ambulanten Dienste wie Sozialstationen erwachsen zwar häufig aus kirchlichen oder arbeiterspezifischen Nachbarschaftsdiensten, folgten aber ebenso schnell den Marktprinzipien der Rentabilität und Effizienz.

Aufwendige Dienste wie Nachtwachen oder niedrigschwellige Dienste wie Besuchs- und Bringdienste fielen der Marginalisierung anheim und schwächten so die „Alternative“ Ambulanz vor stationär.

Verkehrs- Gesundheits- und Wohnungspolitik trugen oftmals nicht dazu bei, den altersbedingten Verbleib in den Quartieren zu sichern. Wenn aber dies in Synergie gelingt und die Dienste sich weniger marktwirtschaftlich kurzfristig sondern zivilgesellschaftlich-ökonomisch nachhaltig engagieren, kann der Durchbruch gelingen auch in schwierigen Lebenslagen jedes Alter werden im Quartier angemessen zu lösen. Dass dies voraussichtlich auch günstiger ausfallen wird zeigt eine engagierte Arbeitsgruppe SONG der Bertelsmann-Stiftung zum Thema Lebensräume im Quartier.

Die AG geht konsequenterweise sogar soweit, dass sie neue Pflegekoordinationsstellen ablehnt, weil sie ernsthafte Vernetzungen aufweicht.

Freilich zeigt die Arbeit auf, dass sich auch Förderstrukturen ändern müssen in Richtung Mix. Nicht alles könne in Einzelfallhilfen wandern. Eine Subjektförderung sei wichtig vor reiner Objektförderung über Verbände.

Wie ist es möglich, infrastrukturelle Investitionen (Verkehr, Schule, Wohnen) und individuelle Subjektförderung sinnvoll zusammenzubekommen? Wie kooperieren Anbieter in Netzwerken, wo doch ihre Kunden als geförderte Subjekte Marktkonkurrenz heraufbeschwören?

Wie gehen Ältere damit um, für die jede Lebenswegentscheidung auch eine ganzheitliche Abwägung ist, ob sie innerfamiliär investieren, ihrem Milieu statt ihren Konsumenteninteressen folgen, die ihre Freiheit und Distanz schützen, wo sie durch

nachbarschaftliche Hilfe der Gegenseitigkeit unter Zwang gesetzt werden.

Wie gehen Ältere mit der intergenerativen Zusammenarbeit um, wenn sie feststellen, dass sie im Tausch nicht bringen können, was Jüngere brauchen- etwa Arbeitnehmerfamilien mit Kinderbetreuung oder Migranten mit Integration- und wenn sie feststellen, dass der Nachbarschaftsbedarf im Alter alle Grenzen sprengt des eigenen Milieus, in dem man sich bewegt hat.

Bürgerengagement auch älterer Bürger ist nicht an der vordergründigen Aktivität des sichtbar aktiven Bürgers festzumachen, sondern daran, ob, wo und wie er/sie die Rolle ausübt – auch wenn es „nur“ die des Schülers oder Kunden ist, der eine städtische Schule oder Altenhilfedienst nutzt, in ihr Rechte und Pflichten hat, aber durchaus etwas zu „leisten“ hat, also seine Rolle mit Leben erfüllt und gestaltet.

„Rechte und Pflichten“, Verhaltensmaximen des Bürgers anzuschauen ist weder ein Rückfall in die soziale Kontrolle des Dorfes oder die kostenlose Mithilfe an Staatsprogrammen, noch die Verpolitisierung aller Alltagsvorgänge.

Es ist die Abwägung, dass dies individuell ein Kompromiss sein muss zwischen den Lebensstilen, Lebensweisen, interkulturellen und religiösen Normen und macht Stadtentwicklungsplanung zu einem dauernden Prozess der Reflexion und des Diskurses. Entsprechend muss dieser Prozess organisiert werden. Es ist eher die Formel, dass künftige Demokratieentwicklung Bürgerengagement nicht mehr am Ende einbezieht, sondern von Anfang an – von der Formulierung bis zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen.

Älter werden im Quartier ist unter bürgerschaftlichen Gesichtspunkten ein Prozess, in dem abgewogen, Kompromisse gemacht und pragmatisch gehandelt werden muss.

Ohne engagierte Bürger gibt es keine integrationsfähige Kommune. Diese Selbstverständlichkeit ist nicht mehr selbstverständlich in der Komplexität heutiger Stadtverwaltung, die oftmals alles über die „Dienstleistungskommune“ lösen will. Engagement ist nicht beliebig herstellbar, ergibt sich nicht von selbst. Engagement im Quartier ist derjenige Anteil öffentlichen Han-

delns, der jenseits vom Helfen und Ausüben ehrenamtlicher Pflichten vorsieht, dass der Einzelne etwas was ihm für seinen Lebensentwurf hilft und einen gewissen gegenseitigen Austausch verbessert und ermöglicht vereint in einem Verhalten, das wir bürgerschaftlich nennen.

Formen der Selbsthilfe, der Bürgerbeteiligung und des Ehrenamtes verbinden sich in der Situation und auf der persönlichen Handlungsebene zu einer Verhaltensdimension, bei der die Betroffenen zu Koproduzenten der lokalen Daseinsvorsorge werden.

Zahlreiche solche konkreten „Koproduktionen“ entstanden im Zuge des baden-württembergischen Modellprojektes der Seniorengenossenschaften.

Von großer Bedeutung ist, dass der individuelle Gewinn und Mehrwert weniger aus dem unmittelbaren Dienstleistungstausch kommt sondern aus der „komplementären Wertschätzung“ (ich tu etwas für Dich, was ich gut kann und nutze was Du gut kannst).

Solche interaktiven Vorgänge erfordern einen sensiblen Umgang mit Nähe und Distanz. Die spektakulären Wohngemeinschaften hinter einer Familientür sind seit 30 Jahren Ausnahmeinseln geblieben.

Ganz anders im Quartier. Dort ist es eine Chance Nähe und Differenzen zu leben.

Für eine Politik der Milieus und der Differenzen

Der hohe Anspruch, sich im eigenen Stadtquartier fürs Gemeinwohl einzusetzen erscheint auf den ersten Blick eine Sache aufgekklärter Minderheiten, gebildeter Bürger, welche über Selbstdisziplin, Empathie und Ressourcen verfügen.

Die historisch beispielhaften Bürgerausschüsse in einigen Nachkriegsstädten Deutschlands bauten auf diesen Gruppen auf und zwar damals schon stellvertretend aus den drei zivilgesellschaftlichen Sektoren: der erfahren Politiker oder Beamte, der selbst „Nichts mehr werden muss“ neben dem mittelständischen Unternehmer, der seinen Anteil fürs Quartier beiträgt und dem eher unpolitischen Vereinsvorsitzenden, dessen Pfund die vielen loyalen Vereinsmitglieder waren.

Moderne Stadtentwicklung darf sich auf solche Selektionen nicht beschränken.

Sie muss veränderte, offene Lebensweise als Chance begreifen, gleich ob kleinere Familien, längere Biografien, ethnische Vielfalt, muss außerfamiliäre Gemeinsamkeiten im Schutze der jeweiligen Milieus herstellen, beispielsweise bei der Kleinstkinderbetreuung junger Familien, muss quer zu Kompetenzen, nicht nur den sprachlich-sozialen auch technische etc. in und außerhalb von Betrieben zusammenbringen, abrufen gerade und auch im hohen Alter. Dort muss es leicht möglich sein, auch Milieugrenzen zu überwinden, auch wenn es Gewerkschaftssenioren und katholische Seniorenarbeit o.ä. ist.

Professionelle Quartiermanager neigen schnell dazu ein vermeintliches Gesamtinteresse für das Quartier zu formulieren. Sie ergreifen Sprecherrollen und suchen die Aktivität der Betroffenen.

Dies lenkt eher davon ab, dass Bürgerengagement eine Voraussetzung aber keine hinreichende Bedingung für direkte Bürgeraktion ist. Bürgerengagement entsteht an den Schnittstellen von privatem und öffentlichem Raum, von Milieus und Generationenunterschieden, dort bewegt es sich und bewährt sich.

Es entsteht umso mehr, wie Menschen sich in der Lage fühlen, Spaltungen an Schnittstellen in Handlungsenergie umzuwandeln. Nicht immer wendet sich dies in eine aufgeklärte emanzipierte solidarische Aktion...

Marcel Spierts hat deshalb in einer breiten Analyse der niederländischen Gemeinde- und soziokulturellen Arbeit (Balancieren und Stimulieren, Luzern 1998) Quartiersmanagement mit der Arbeit eines „Trapezkünstlers“, dem Balancieren verglichen. Der Gemeinwesenartist, der hochsensibel den Stabilitätsausgleich zwischen widerstrebenden Gewichten schafft.

Es geht eben nicht um die Leitung eines Quartiers oder dessen optimierte Versorgung, nicht um dessen Beglückung von Dritten oder um ablenkendes Entertainment, sondern darum, Menschen und Gruppen zu unterstützen, an den Schnittstellen ihrer eigenen Lebensmilieus und Differenzen (zum Anderen) aktiv, prosozial

und handlungsfähig werden zu lassen, statt passiv, reaktiv oder terrainegeistisch.

Kleine Alltagsorgen im Quartier müssen kein Gegensatz zu den großen Strategiefragen sein - entscheidend ist die Handlungschance und selbstbestimmte Handlungsfähigkeit im öffentlichen Raum.

Große Sanierungsprogramme können folgenlos sein, wenn nicht viele Menschen mit dem „Herz“ erreicht werden (wie es der US-Sozialwissenschaftler Bellah beschreibt und auch im französischen Wort *engager* steckt). Wenn die Menschen mithin aus ihrer privaten Haut ein Stück weit heraustreten, ohne Mitläufer zu sein, denn schließlich steckt in der kollektiven Hysterie und Gefolgschaft auch ein Stück Engagement.

Die bekannten Muster der Skandalisierung, der Zuspitzung misslicher Vorgänge im Quartier oder der Lebenslage Benachteiligter, machen das Mittel („Aktivierung, öffentlich Handeln“) zum eigentlichen Zweck während es darum geht, diese Vorgänge und Lebenslagen zur eigenen Sache zu machen und das engagiert-sein als einen Ausdruck dessen zu nehmen, dass es auf gesellschaftliche Lagen nur gesellschaftliche Antworten gibt... Bürgerengagement lebt aus erlebten, gestaltbaren Differenzen - nicht den schutzsuchend abgrenzenden Differenzen -, dem produktiven Versuch, den Anteil Eigensinn und Individualität darin zu erkennen, das Gemeinsame auszuloten in aktiven Grenzverletzungen, Aktionen und vielfältigsten Kooperationen.

Je weniger wirksam große Familien und Institutionen uns ihre Normen überziehen, desto mehr hat jeder sein Alter, sein Alleinsein, seine Religionszugehörigkeit, sein Hobby, seine Neigungen auf der Bühne der Gesellschaft selbst zu verteidigen. In der Regel geschieht dies mit Brauchtumpflege der neuen Art. Frauen, Senioren oder Mitglieder bestimmter Glaubensrichtungen tun sich verstärkt zusammen.

Es kommt darauf an, in der Öffnung dieser Differenzen und Milieus die allseitige Wertschätzung zu erhöhen. Seniorenclubs kochen für Wärmestuben, Motorradfahrervereine gestalten eine Behindertenausfahrt, Umweltgruppen kooperieren mit Managern.

Differenzerfahrungen werden zu Reibungs- und Entzündungspunkten bei jenen Bürgern führen, die nicht von vornherein altruistisches, fürsorgliches Engagement vor sich hertragen. Selbst die Institutionen im Quartier tun sich schwer mit „Zuständigkeitsüberschreitungen“ und haben zahlreiche Rechtfertigungen dafür. Die Fördervorschriften ihrer Zuschüsse erlaubten es nicht, die Professionen hätten dies nicht gelernt, die Haftungsfragen seien ungeklärt, die Überfremdung beim eigenen Klientel...

Im öffentlichen Diskurs gelten Eindeutigkeiten, Sicherheiten, Ausschließlichkeiten, Richtlinien usw. Nun ist aber weder jeder Deutschtürke hedonistisch oder arbeitslos, noch ist jedes Großelternpaar in der eigenen Familie versorgt, weder hat jeder Sponsor immer ganz begriffen, was er fördert noch klären Versicherungen die wirklichen Risiken. Nicht alle Migranten müssen integriert werden aber umgekehrt sind wahrlich nicht alle deutschen Senioren integriert.

Differenz- und Integrationsbedarf ergibt sich nicht exklusiv für bestimmte Menschen sondern gehört als ein Element zur Modernität unserer Lebensformen, trifft also im unterschiedlichen Maß jeden.

Auf kommunaler Ebene ist das der rote Faden quer von demografischem Wandel über Integration bis zur Lebensweisediversität. Die Verschiebungen der einen Gruppe ist ähnlich dem Bild der Festlandplatten eine Verschiebung aller anderen gesellschaftlichen Gruppen und kann zu den bekannten tektonischen Verwerfungen und Erdbeben am Ende einer Kette von kleinen Verschiebungen führen.

Dieser soziale Prozess des Wandels wird nicht zum Stillstand kommen. Ulrich Beck fordert deshalb eine „reflexive Moderne“, in der „die Institutionen lernen, wie mit Unsicherheit, Ungewissheit, Ambivalenz umzugehen ist“ (Entgrenzung und Entscheidung, Frankfurt 2004).

Die Zeit Problem lösender Gesetze oder Ämter ist vorbei. In diesen Kontext gehört aktuell das Bürgerengagement. Es ist Ausdruck und Folge sozialen Wandels. In und bei den Menschen brechen sich diese Widersprüche und es bedarf individueller Entscheidungen in der Gestaltung öffentlicher-gesellschaftlicher Vorgänge. Deshalb su-

chen viele neue Engagierte den Weg direkt in Projekte an ihren Vereinen vorbei.

Quartiersmanagement jongliert bei solchen Lebensentwürfen, Milieus und Teilhabewünschen und balanciert mit Sachzwängen, Ressorts, Großorganisationen oder Verbänden, ohne die Veränderungen nicht nachhaltig sind. Individuelles Fallmanagement und politische Strategiearbeit müssen beim Quartiersmanagement kein Widerspruch sein.

Ziel des Quartiersmanagements ist letztlich der engagierte Bürger nicht das Quartier als solches. Ziel der Stadtentwicklung ist dann die Pflege des Quartiers, in dem Verwurzelung und aktiver Aufbruch möglich sein müssen.

Stadtentwicklung wird sich noch weiter weg von der Bauerschließung und Wohnbebauung bewegen hin zu einer stadtgesellschaftlichen Entwicklungsarbeit. Bürgerengagement ist in der Stadtentwicklung weniger ein Mittel zum Zweck der Baurealisierung sondern ist selbst ein Stück des Zieles, dem Stadtentwicklung zu dienen hat, Menschen Raum zu bieten, in dem sie sich engagieren wollen und Chancen und Anlässe dafür haben.

Es gilt Quartiere zunehmend so zu definieren, dass sie in Abwägung ökonomischer und zivilgesellschaftlicher „Sachzwänge“ einen Aufforderungscharakter, einen Handlungsspielraum für Menschen bieten. Das gilt für den demografischen Wandel im besonderen und für Milieus im allgemeinen. Sie liegen „unter Tage“ und müssen in ihrer Verschiedenheit „gehoben“ werden. Sie schieben Generationen, Geschlechter, Religionen, Einkommensschichten, Ethnien zusammen und auseinander. An ihren Schnittstellen kann Bürgerengagement erwachsen, das die Stadtgesellschaft letztlich zusammenhält.

Was Schule und Qualifikation für die Wissensgesellschaft sind, sind Engagementpolitik mit offenen Institutionen und Teilhabechancen für alle für die Städte der Zukunft. Der Zusammenhalt der Stadtgesellschaften hängt an der Verlebendigung von Bürgerschaft.

Vorübergehend wird es dafür eigene Bürgerzentren, Foren, Ämter oder Stabstellen brauchen mit dem Ziel, sich quer einzumi-

schen, sowohl auf Dezernentenebene als auch auf Ämterebene. Dabei ist nicht zu unterschätzen, dass eine solide Engagementpolitik sehr viel mehr Konflikte auslöst als gemeinhin angenommen wird.

Bürgerschaftskompetenz, Projekte, Netzwerke, individuelles Engagement zu unterstützen, stellt Herrschaftsstrukturen in Frage, schichtet den Stellenwert von Gruppen in der Stadtgesellschaft um. Herrschaftslogiken aufzubrechen ruft Widerstände hervor – auch im zivilgesellschaftlichen Bereich.

Die klassische Stadtplanung tut sich noch schwer, Bürgerengagement anders darzustellen, einzusetzen und wahrzunehmen als in Broschüren (mit Methoden wie den Bürgerzirkeln), Marketingveranstaltungen (mit Slogans wie die beste Bürgerstadt schlechthin) oder empirischen Zählungen (wer die meisten Vereine hat). Stadtplanung muss ein breiteres Bild von Engagement in der Stadt abbilden und sich im Sinne der Aktionsforschung auch an Schnittstellen einsetzen, wo Bürger Alternativen oder Parteilichkeit beanspruchen.

Die Notwendigkeit einer Bürgerengagementpolitik zeigt sich darin, wie nachhaltig erfolgreich vernetzte Projekte auf die daran beteiligten Bürger wirken. Für sie hat sich – manchmal nur eine Wegstrecke lang – ihr eigenes Leben mit der Lebensvielfalt ihrer Kommune und Gesellschaft verbinden lassen und damit Teilhabe ermöglicht. Sie sind „Andere“ geworden, sowohl engagementbereiter als auch kritischer, letztlich aber auch empfindlicher auf Enttäuschungen. Bürgerschaftliche Stadtentwicklung hat auch diese vermeintlich individuelle Entwicklung der Menschen selbst im Blick, weil sie weiß das daran Vertrauensbildung als Bodensatz der Demokratie und „Universalität“ liegt.

So nennt Zygmunt Baumann die Fähigkeit, in größtem „Multikulturalismus“ nicht zwingend zum Konsens sondern zu Kommunikation und wechselseitigem Verstehen zu kommen. „Individuelle Freiheit kann nur das Ergebnis gemeinsamer Anstrengung sein“ (Die Krise der Politik, Hamburg 1999).

Schlussfolgerung

Deutlich wird, dass Engagementpolitik als solche nicht neu ist, aber die Herausforderungen stärker geworden sind durch Wandlungen des Engagements und die Eigenlogik der drei Sphären der Bürgergesellschaft. Insbesondere der Wandel der Stadtgesellschaften mit einer grundlegenden Teilhabe aller Gruppen und die Öffnung der die Gesellschaft tragenden Institutionen über ihren kurzfristigen Nutzeneffekt hinaus, ist die entscheidende Voraussetzung für nachhaltiges Engagement.

Das Engagementprojekt ist ein Kooperationsprojekt.

Alle derzeit aufgezeigten Innovationsbeispiele, die Stiftungen international auszeichnen (wie die Integrationsschule Toronto in Kanada) sind solche Kooperationsprojekte, „Tandem“ - Beispiele. Sie brauchen eine intensive Wechselwirkung von engagierten Bürgern, betroffenen Profis und Institutionen.

In der medialen Darstellung bei solchen Stiftungspreisen steht die Motivation der Helfer und der „Output“, der Mehrwert der Einrichtung im Mittelpunkt, selten die Kooperation und das Geflecht der Rollenbeziehungen zueinander. Das verzerrt den Blick auf das Gesamtprojekt Zivilgesellschaft.

Michael Walzer nennt die Zivilgesellschaft ein „Projekt von Projekten“, das neue Organisationsformen und aber auch neue „Empfänglichkeit auf der lokalen, spezifischen Ebene erfordert“ (Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin 1992).

Dieses „Projekt der Projekte“ entsteht nicht durch die Gewinnung einiger Helfer, sondern durch den Umbau politischer Prozesse. Neben der konkreten Quartiers- oder Projektarbeit erfordert es im größeren kommunalen und politischen Raum ein Vorgehen.

Es gilt

- richtige Fragen zu stellen (lebensweltliche), weil sie motivieren,
- an Informationen teilzuhaben,

- Kompetenzen zu erkennen (vgl. Patensystem),
- richtige Schnittstellenmanager zu finden,
- politische Verlässlichkeit zu schaffen (zB. Bei Migranten),
- Handlungsspielräume aufzumachen ohne Angst,
- Identifikationen / Symbole zu bejahen,
- Anerkennungskultur (Bereitstellen von Sozialräumen, Spielregeln, Wertschätzung) zu pflegen,
- die Besonderheit von lokalen und globalem, universalem Engagement nicht gegeneinander auszuspielen,
- Bürgerengagement im umbauten Raum zu verstetigen.

Wirtschaftsstandorts oder Unterhaltungsjahrmarkts.

Das und nichts weniger ist die Frage angemessener Engagementpolitik.

Dies ist in einigen Städten an vielen Integrationsbeispielen gelungen mit erheblichen Auswirkungen auf Menschen („Betroffene zu Beteiligten machen“) und Institutionen. An anderen Stellen bleibt der Wandel vorläufig, bruchstückhaft und ruft Widerstände hervor, besonders wenn es um die Verkürzung geht, Engagement sei nur reine Interessenvertretung der „Sprechenden“ und nicht aller auch der Unsichtbaren in dieser Gesellschaft.

Stadtentwicklung wird sich auf den alten Auftrag von Alexander Mitscherlich (Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt 1965) besinnen müssen, dass die Kommune als der „Ort der Entstehung der Freiheit als Lebensgefühl“ auch der Ort der Ermöglichung von Bürgerengagement sein muss, also der Umsetzung von Rechten, Pflichten, Rollen und Teilhabechancen aller in der Stadt.

Wo Stadt dazu ihrer Bürgerschaft nicht nur Engagement ermöglicht, sondern auffordert, vernetzt, öffnet, individuell stärkt und mit Herausforderungen des Wandels konfrontiert, wird sie ihrer Rolle als Integrationszentrum gegen die zentrifugalen Kräfte eines gespaltenen, parzellierten Gesellschaft gerecht. So vermeidet die Stadt, sich zurückzuentwickeln zu einem festungsähnlichen, erstarrten, kurzum manipulierenden, passiven Ort einer Burg, Zitadelle,





PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Neue Steuerungsformen in der Bestandsentwicklung: Interessengeleitete Durchsetzung, integrative Begleitung oder kreative Gestaltung von Schrumpfungprozessen?

Die Steuerung der Stadt- und Regionalentwicklung stellt ein äußerst komplexes Geflecht von Governance-Prozessen dar. Ob es angesichts der Vielfalt der daran beteiligten Akteure überhaupt angemessen ist, von »Steuerung« zu sprechen, wird immer wieder implizit und explizit angezweifelt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der baulich-räumlichen Entwicklung eine klar ablesbare Ordnung abgesprochen wird. Gleichwohl können aktive Steuerungsversuche des politisch-administrativen Systems und anderer Akteure beobachtet werden, die sich u.a. in planerischem Handeln niederschlagen. In diesem Sinne sollen hier Steuerungsformen solche Steuerungsversuche bezeichnen, deren Effektivität nicht automatisch vorausgesetzt werden kann.

Die Rolle der Planung ist dabei ganz unterschiedlich einzuschätzen. Deshalb wird hier auch weniger von Planung als von dem umfassenderen Feld der Bestandsentwicklung – insbesondere von Wohnbauten und Wohnquartieren – die Rede sein. Der Begriff der Bestandsentwicklung legt nahe, dass es dabei im Wesentlichen um den Erhalt und die Pflege von existierenden Strukturen und deren kleinräumiger Ergänzung geht. Das nach dem Aufstieg der behutsamen Stadterneuerung und des städtebaulichen Denkmalschutzes im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts breit durchgesetzte Paradigma eines Substanz schonenden Umgangs verzichtete fast vollständig auf Abrisse oder tabuisierte sie vor dem Hintergrund periodisch auftretender »Wohnungsnot«.

Seit den Programmen zum »Stadtumbau« ist dieses Tabu gebrochen; erstmals nach langer Zeit werden in Deutschland wieder

in erheblichem Umfang öffentliche Fördermittel für Abrissmaßnahmen bereitgestellt. Das damit verfolgte Kernziel einer Verknappung des Wohnungsangebots im vereinigten Deutschland stellt eine völlige Umkehrung der Situation in den beiden Teilstaaten vor 1990 und in den darauf folgenden Übergangsjahren dar. Die Förderung einer Stabilisierung der Wohnungsmärkte durch Rückbau von Substanz zum Abbau von Wohnungsleerständen nimmt die dramatischen Folgen der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung in bedeutenden Teilen des Landes mit einem wichtigen Schwerpunkt in Ostdeutschland zur Kenntnis und findet darauf eine Antwort, die weiter reichende wirtschaftliche Verwerfungen durch Konkurse von öffentlichen oder quasi-öffentlichen Wohnungsunternehmen vermeiden soll.

Dies geht zwangsläufig auf Kosten von baulicher Substanz. Die Klage über das im Zu-



Prof. Dr.-Ing. Uwe Altmann, ist Professor für Stadtumbau und Stadterneuerung an der Universität Kassel. Arbeitsschwerpunkte: Planungstheorie, Stadterneuerung, Mega-Cities. Herausgeber der Buchreihe »Planungslandschaft« und Mitherausgeber des Jahrbuchs Stadterneuerung.

Dieser Beitrag ist erschienen in: (Hg.) Gisela Schmitt; Klaus Selle (2008): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt. S. 638-653.

ge von Abrissmaßnahmen irreversibel vernichtete volkswirtschaftliche Vermögen mag eher aus einer gebrauchswertorientierten Denklöge gespeist sein denn aus einer betriebswirtschaftlich schlüssigen Betrachtung. Nichtsdestoweniger sind die beobachtbaren stadträumlichen Folgen von Abrissen in Ostdeutschland schon heute erheblich. Es scheint daher mehr als opportun, geplante Rückbaumaßnahmen sehr sorgfältig abzuwägen und Alternativen zu prüfen. Sie setzen – wie in anderen Fällen eines Umgangs mit strukturellem Leerstand – eine vertretbare Nutzungsperspektive voraus, die in der Situation entspannter Märkte äußerst schwierig zu finden ist und sich nicht von alleine einstellt. Ihre Möglichkeit einfach zu negieren wäre aber gleichwohl unverantwortlich. In diesem verzwickten Umfeld stellt sich die Frage, unter welchen Umständen sich welche Formen einer Steuerung der Bestandsentwicklung herausbilden, die aktiv Nutzungsperspektiven auszuloten und zu verwirklichen suchen, um entweder unvermeidbare Abrissentscheidungen zusätzlich abzuschließen oder vermeidbare Abrisse zu verhindern und so den Verlust von Substanz auf ein Minimum zu begrenzen. Die in der nachfolgenden Suche nach »neuen Steuerungsformen« vorgestellten Beispiele und Phänomene sollen auf ihre Rolle hierbei befragt und dem »Steuerungsalltag« des Stadtumbaus in schrumpfenden Städten gegenübergestellt werden. Ziel ist es, Anhaltspunkte dafür zu finden, ob die Veränderung der Steuerungsformen wesentliche Beiträge zu einer integrativen Begleitung oder gar kreativen Gestaltung von Schrumpfungprozessen leisten kann.

1. Bestandsentwicklung und ihre Steuerung

Die Formen der Steuerung von Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen werden maßgeblich vom Charakter der prägenden Aufgabenfelder mitbestimmt (vgl. für den Stadtumbau auch Altröck 2005, Altröck/Huning/Peters 2006). Diese Erkenntnis durchzieht bereits die planungshistorischen Systematisierungsversuche von Albers (1993) und Selle (1995). Sie wird allerdings seit der »kommunikativen Wende« in der Planungstheorie ein wenig von deren Erklärungsanspruch stadtentwicklungspolitischen Handelns in den Hintergrund gedrängt. Selbst die verschriftlichte Planungspraxis ist heute von gebetsmühlenartigen Bekenntnissen zur Partizipation, zu Kom-

munikation, Kooperation und Moderation sowie zu Runden Tischen und ähnlichem durchzogen (vgl. auch Altröck 2005). Nicht immer ist dabei allerdings klar, welche Anreize es für die betroffenen Akteure etwa zur Kooperation geben soll und warum es deshalb wann für sie opportun ist, sich in ein kommunikatives Regime einbinden zu lassen. Es ist also näher zu beleuchten, wie Bestandsentwicklung gesteuert wird und wie die Spezifik des Aufgabenfelds die Steuerungsformen prägt.

Die oben bereits erwähnte Form der Quartiererneuerung, die insbesondere im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ihre volle Blüte erlangt hat, ist aufseiten der Steuerungsformen eng an die Instrumente des »kommunikativen Paradigmas« gebunden. Versuche einer Top-down-Planung im Bestand mussten sich von Anfang an mit den Eigentümern auseinandersetzen, stießen dann aber zusätzlich vielerorts auf Widerstand, wenn sie in Zeiten knappen Wohnungsangebots an den Bedürfnissen von Zielgruppen vorbei wohlmeinende, aber aufwendige und durch weniger zahlungskräftige Mieter nicht bezahlbare Standardverbesserungen propagierten und teilweise rigide durchzusetzen versuchten. Die Etablierung von »Betroffenenräten« in der behutsamen Stadterneuerung und die an sie teilweise organisierte Abgabe stadtteilpolitischer Verantwortung sowie die Schaffung von öffentlich aufgelegten »Quartiersfonds«, die von Bewohnerjurys verwaltet und zur Umsetzung von bewohnergetragenen Projekten im Quartiersmanagement eingesetzt wurden, sind der Ausdruck eines kommunikativen Planungsverständnisses, das weit über bloße formale Beteiligungsstandards hinausgeht, ganz egal, was man von ihrer Wirkung halten mag. Sie sind getragen von der Notwendigkeit, in einem Umfeld sehr komplexer unmittelbarer Betroffenheit, unterschiedlichster Akteure potentielle Konflikte in der Stadtteilentwicklung möglichst frühzeitig zu erkennen und durch kommunikative Strategien auf ein vertretbares Maß zu reduzieren sowie der Hoffnung darauf, dass eine Förderung von Initiative aus benachteiligten Stadtteilen heraus diese gewisse »Selbsteilungskräfte« zu mobilisieren imstande sind.

Damit wird die Quartiererneuerung zum schlüssigen Hauptwirkungsfeld des kommunikativen Paradigmas in der Stadtentwicklung. Sie ist allerdings auf eine Reihe

von Voraussetzungen angewiesen, um auf diese Weise leidlich funktionieren zu können. Hierzu zählt zunächst die klare Identifizierbarkeit von Betroffenheit: Insbesondere sozial benachteiligte Mieter erkennen in Bestandsquartieren Qualitäten (preiswerter Wohnraum, sozialer Zusammenhang, niedrigschwellige Angebote und Verdienstmöglichkeiten usw.), die sie die Nachteile niedriger Wohnstandards in Kauf nehmen lassen und deren Zerstörung für sie eine große Bedrohung darstellt (vgl. schon Gans 1962). In höchster Zuspitzung lässt sich dies an informellen Quartieren in Metropolen des Südens beobachten, wo selbst ein sehr unsicherer Rechtsstatus von Bewohnern in Kauf genommen wird – und sei es mangels Alternativen. Eine relativ hohe Zersplitterung des Eigentums spielt der Notwendigkeit kommunikativer Erneuerungsstrategien in die Hände, da einfache, radikale, zentral geplante Lösungen schwer durchzusetzen sind. Eine Perspektive auf Wiederherstellbarkeit von leidlich attraktiven Investitionsbedingungen für private Eigentümer durch öffentliche Interventionen und eine Perspektive auf Umsetzbarkeit lokal generierter Entwicklungsvorschläge sind schließlich unerlässlich, um überhaupt Schlüsselakteure zur Mitwirkung bewegen zu können.

2. Steuerung der Schrumpfung

Diese Voraussetzungen sind in stark schrumpfenden Städten nur sehr eingeschränkt gegeben. Daher ist damit zu rechnen, dass sich – ungeachtet vieler löblicher Initiativen für eine kooperative Stadtentwicklung – andere Steuerungsformen herausbilden und das kommunikative Paradigma ins Wanken gerät. Zunächst muss gefragt werden, ob sich überhaupt planerische Anlässe für Kommunikation ergeben, die grundsätzlich der Bearbeitung von Nutzungs- oder Entscheidungskonflikten dient. In Zeiten der Schrumpfung scheint zunächst gar kein Bedarf hiernach zu bestehen. Er kann sich aus der Notwendigkeit der Anpassung quantitativ auf einmal in ausreichendem Maß vorhandener Bestände ergeben, etwa weil sich Bedürfnisse und damit Nachfragebedingungen qualitativ ändern, oder weil die sich verschlechternden Verwertungsbedingungen des Angebots eine Anpassung der Bestände erfordern. Die Auflegung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost, das als die bisher bedeutendste Form öffentlicher För-

derung von Stadtumbau unter Schrumpfungbedingungen in Deutschland angesehen werden kann, ist vor allem eine Reaktion auf den zweiten Fall. Es fördert den Rückbau von Wohnungen bei strukturellen und für Wohnungsgesellschaften existenzbedrohenden Leerständen sowie die Aufwertung der verbleibenden Bestände und ihrer Umfelder.

Das Bild der Steuerung von Schrumpfung ist – das lässt sich bereits an den Ausgangsbedingungen für den Einsatz öffentlicher Fördermittel ablesen – eben gerade nicht von einer Dominanz der erhaltenden Erneuerung geprägt. Der im Stadtumbau Ost postulierte Zweiklang von Rückbau und Aufwertung enthielt von Anfang an die wohnungswirtschaftlich motivierte und förderrechtlich abgesicherte Dominanz des Rückbaus. Doch darüber hinaus gibt es weitere Anzeichen, die auf eine begrenzte Bedeutung von Aufwertungsmaßnahmen – und damit dem »erhaltungsorientierten« Teil des Stadtumbaus – hindeuten. Insbesondere der hohe und vermutlich angesichts der mittelfristigen Verschärfung der demographischen Situation weiterhin bestehende Fördermittelbedarf für Rückbau bringt starke politische Kräfte hervor, die Aufwertungsmaßnahmen in Frage stellen.

Zwar scheinen mit dem Stadtumbau Ost integrative Stadtentwicklungskonzepte eine Renaissance zu erleben, die Voraussetzung für die Gewährung von Fördermitteln sein soll und für eine gesamtstädtisch abgestimmte Abriss- und Aufwertungsstrategie mit einschneidenden Konsequenzen als äußerst sinnvoll angesehen werden kann. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Wohnungsunternehmen und die kurzfristigen Verwertungsmöglichkeiten in Zeiten niedriger Zinsen haben allerdings auch nicht kooperatives Verhalten belohnt, das sich gegen abgestimmte Abrisspläne wendet und mit geringen Mieten in wenig zukunftsfähigen Beständen Profite zu erzielen sucht, dabei aber die Last der für das Marktgleichgewicht als notwendig angesehenen Abrisse auf andere Akteure abwälzt. Vor diesem Hintergrund müssen Stadtentwicklungskonzepte entweder sehr allgemein formuliert oder an die realen Entwicklungen angepasst werden – mit negativer Wirkung für ihren steuernden Einfluss (vgl. Bernt 2006a, 121–124).

Stadtentwicklung in schrumpfenden Städten erfolgt also unter einer Reihe von Hypothesen. Zu den wichtigsten von ihnen gehören der Mangel an Anreizen für Akteurskooperationen und die Finanzknappheit oder gar wirtschaftlich prekäre Situation der beteiligten privaten und öffentlichen Akteure (Bernt 2005, 2006a). Sie befördert eine sehr selektive Kooperation bestimmter Akteure, bei denen den Wohnungseigentümern eine Schlüsselrolle zukommt. Der Stadtumbau scheint deutlich in eine Planungs- und eine Durchführungsphase getrennt zu werden, die sich zwar überlappen, aber dennoch von ihren Steuerungsmechanismen voneinander geschieden werden und vielleicht auch stärker als aus der Implementationsforschung bekannt aufeinander folgend in unterschiedlichen Arenen stattfinden.

Die Planungsphase wird von einem Ringen zwischen den Wohnungsunternehmen und der Stadt um einen Konsens über das Abrissprogramm bestimmt. Sie findet hinter verschlossenen Türen in einem sehr exklusiven Rahmen statt. Bewohner werden häufig auf einer sehr oberflächlichen Ebene einbezogen, eher dann auf Quartiers- oder Umsetzungsebene, und dort vor allem bei der Planung von Aufwertungsmaßnahmen (vgl. auch BMVBS/BBR 2007b, 91–95). Die Umsetzungsphase handelt zwischen den Wohnungsunternehmen und ihren Mietern die konkreten Umstände einzelner Abrissmaßnahmen (Umzüge, Entschädigungen für Einbauten, Möglichkeit einer Ersatzwohnung usw.) aus und wird nach Möglichkeit erst dann eingeleitet, wenn absolute Sicherheit über die Durchführung besteht. Sie stellt gewissermaßen das Pendant zur Bauplanung bei Neubaumaßnahmen dar und ist nur insofern für die Planungsdiskussion von entscheidender Bedeutung, als sie den Ort der eigentlichen – begrenzten – Beteiligung der Bewohner darstellt, während eine Errungenschaft der erhaltenden Erneuerung gerade die intensive Einbeziehung der Bewohner sowohl in die städtebauliche Planung als auch in die Durchführungsvorbereitung der Einzelmaßnahmen war.

Der Steuerungsalltag in schrumpfenden Stadtumbaustädten ist also ambivalent. Er ist geprägt von vielerlei Kooperations- und Integrationsbemühungen, die aber an Grenzen stoßen können, wenn es um die Schlüsselerkenntnisse über den Abriss

geht. Sachzwänge bestimmen den Spielraum der Planung, und die Kommunikationszugänge sind von deutlichen Machtungleichgewichten geprägt. Doch hierbei bleiben längst nicht alle Akteure stehen. Die Bemühungen, mit den Schwierigkeiten umzugehen, bringen unterschiedliche Steuerungsformen hervor, die aus dem Steuerungsalltag herausbrechen. Einige von ihnen sollen im Folgenden vorgestellt werden (vgl. auch die Projektdatenbank von www.stadtumbau-ost.info).

3. Steuerungsformen I: Organisationsmodelle

Neue Organisationsmodelle dienen vor allem dazu, den schwer vermeidbaren Folgen des demographischen Wandels und des Stadtumbaus andere Stadtentwicklungsperspektiven entgegenzustellen oder den Fördermitteleinsatz besonders sinnvoll auszugestalten. Sie gehen von Schlüsselakteuren des Stadtumbaus aus, den Fördermittelgebern, den Städten und den Wohnungsgesellschaften.

Impulsförderung

Hierunter sollen – auch von ihrem Aufbau relativ konventionelle – Organisationsformen verstanden werden, die explizit darauf angelegt sind, innovative Verfahrenselemente und Ideen öffentlich zu fördern. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Konstruktion der IBA Stadtumbau in Sachsen-Anhalt, die keine eigenen Projekte generiert und keine eigenen Fördermittel verwaltet. Vielmehr wird sie mit einer kleinen »Stabsstelle«, von der Stiftung Bauhaus Dessau und der Landesentwicklungsgesellschaft SALEG organisiert und »versteht sich als ›Labor‹, in dem verschiedene ›Werkzeuge‹ des Stadtumbaus exemplarisch zur Erprobung und Anwendung kommen« (iba-stadtumbau 2007a). Die Landesregierung hat mit der IBA ein Instrument geschaffen, das den Fördermitteleinsatz kanalisieren und an flexible Qualitätskriterien binden kann, die eine ständige Überprüfung der städtischen Strategie erlauben. Das wäre allein noch gar nichts Neues. Erst die im gemeinsamen Diskussionsprozess zwischen IBA-Büro und Städten zugespitzten Strategien, die dem Laborcharakter bei gleichzeitigem Nachweis der Durchführbarkeit Rechnung tragen müssen, erlauben einen dezentral organisierten und mittels eines Städtetetzes sowie durch andere Kommunikationsfor-

men in Lernprozesse eingespeisten Innovationsprozess. Ähnlich den Regionalen in NRW erlaubt dabei die Vermittlung der IBA die begleitende Durchsetzung eigener Ziele, die teilweise stark experimentell ausgerichtet sind (iba-stadtumbau 2007b).

Die Grenzen eines solchen Ansatzes sind allerdings schon heute, mitten im Prozess, augenfällig. Zwar ist das »Risiko« eines Fehlschlags eines Projekts oder einer städtischen Strategie vergleichsweise gering, doch bringt die Vermarktungsorientierung der IBA eine übermäßige Ausrichtung auf ein Leitthema, das mit dem Lockmittel Evaluierung des IBA-Status durchgesetzt wird und für jede einzelne Stadt von überschätzter Bedeutung sein kann. Sind die Leitthemen der IBA auch aus den lokalen Potentialen und den vor Ort brennenden Themen abgeleitet, drängt sich doch der Eindruck auf, dass sehr symbolische und nur mit großem Krampf in wirkmächtige Projekte übersetzbare Themen gewählt werden. Kein Wunder, dass sich einzelne Städte aus dem Hamster-Rad der thematischen Fokussierung zu befreien suchen wie Bernburg, das sich zwar zu dem sinnvollen Thema »Zukunftsbildung« bekennt, sich aber gleichwohl nicht auf ein standortmäßig und konzeptionell schwieriges Leitprojekt eines »Campus Technikum« reduzieren lassen möchte, wie dies vom Lenkungsausschuss der IBA Ende 2006 empfohlen wurde (iba-stadtumbau 2007a), sondern weitere Bildungseinrichtungen durch andere Mittelgeber fördern lassen will. Weitere Beispiele für ambivalent anmutende Leitthemen seien hier nur kurz genannt, wie etwa der »Balanceakt Doppelstadt« für Halle, die »Homöopathie als Entwicklungskraft« in Köthen oder die »Aufhebung der Mitte« in Staßfurt – bisweilen schlägt einem die Rhetorik schon im Anspruch des Projekts entgegen (vgl. www.iba-stadtumbau.de), teilweise zeigen eingehende Analysen, auf welche Schwierigkeiten die Akteure vor Ort stoßen. Viel versprechende Strategien sind andernorts ebenfalls zu erkennen, etwa trotz des hohen Anspruchs in Bitterfeld/Wolfen (»Abbau von Doppelangeboten«), Aschersleben (»Von außen nach innen«) oder in Halberstadt (»Kultivierung der Leere«) – um nur einige zu nennen.

Effizienzsteigerung durch institutionalisierte Kooperation

Die Schaffung von Sonderorganisationen zur Planung und Durchführung des Stadtumbaus kann nur mancherorts zur Effizienzsteigerung genutzt werden. Zu komplex sind häufig schon bei wenigen beteiligten Wohnungsgesellschaften die Abstimmungsprozesse und zu groß die Eigeninteressen, als dass wie in Wolfen Nord die von der Stadt, den Stadtwerken, der Wohnungsgesellschaft und der Wohnungsgenossenschaft getragene Erneuerungsgesellschaft Wolfen Nord GmbH (EWN) komplett die bauliche Planung und Durchführung der Rückbaumaßnahmen, teilweise auch Aufwertungsmaßnahmen und das begleitende Stadtteilmanagement im Stadtumbau übernehmen könnte (vgl. www.ewnonline.de). Dennoch lassen sich in »übersichtlichen« Situationen mit Interessenüberlagerungen der Beteiligten informelle und formelle Kooperationen zwischen Akteuren der Wohnungswirtschaft beobachten, die Effizienzvorteile mit sich bringen und die Verbindlichkeit von Vereinbarungen zu Umfang und Ablauf der Rückbaumaßnahmen erhöhen sowie eine gemeinsame Vermietungsstrategie erlauben. Hierzu sind als Kooperationen von Wohnungsgesellschaften z.B. die ähnlich wie in Wolfen strukturierte, aber von einer größeren Zahl von Wohnungsgesellschaften getragene »Stadtumbau GmbH« in Chemnitz, die etwas über 40 Prozent des Wohnungsbestands in der Stadt repräsentiert (vgl. BMVBS/BBR 2007b, 76; Stillger 2005; Stadt Chemnitz 2003, 5) oder die »Lübbonaerbrücke« zu nennen (vgl. Jakobs 2003).

In eine ähnliche Richtung gehen Versuche vor allem von zahlreichen Stadtverwaltungen und Wohnungsgesellschaften, in Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften, Lenkungsgruppen, »Runden Tischen« oder Projektgruppen stabile Vertrauensbeziehungen aufzubauen (BMVBS/BBR 2007b, 74–95; BMVBW/BBR 2003c, 27–30). Die Kooperation gerät allerdings an Grenzen, wenn Interessengegensätze zum Beispiel durch neu hinzutretende Akteure oder nicht repräsentierte Betroffene artikuliert und wirkmächtig werden. Dieses an sich bekannte Phänomen stellt die beabsichtigten Effizienzgewinne deutlich in Frage, wie etwa in Leipzig-Grünau oder Halle-Neustadt zu beobachten ist (vgl. auch Bernt

2005). Der Glaube, dass gemeinsam ausgehandelte informelle Vereinbarungen im Falle existenzieller Probleme für einzelne Akteure eingehalten werden, ist von einer Überschätzung der Bereitschaft zu Gemeinsinn geprägt, die sich in im Zweifelsfall wirkungslosen Appellen an die Beteiligten ausdrückt.

4. Steuerungsformen II: Punktuelle Bindungsstrategien

Auf einer weniger komplexen Ebene setzen Strategien einzelner Akteure an, andere Beteiligte punktuelle Anreize zu einem Engagement in Bestandssituationen zu bewegen. Sie sind von der Hoffnung darauf getragen, dass die stärkere Bindung von Nutzern an einen Stadtteil Schrumpftendenzen minimiert und neue Initiativen im Rahmen des örtlichen Strukturwandels hervorbringt. Die Bindungsstrategien sind nahe liegend und sinnvoll, können aber nur mit vorhandenen Potentialen operieren, nicht jedoch die gesamtstädtischen Rahmenbedingungen grundlegend verändern. Sie setzen also darauf, möglichst keine Möglichkeiten auf eine Stabilisierung im Stadtumbauprozess leichtfertig zu verspielen.

Wohneigentumsbildung

Der geringe Eigentümeranteil in ostdeutschen Städten soll durch eine besonders preiswerte Abgabe ansonsten nicht vermarktbarer Grundstücke oder Gebäude(teile) an Kaufwillige erhöht werden. Die Initiative geht in der Regel von den Städten aus und betrifft eher Bereiche in oder in der Nähe von Altbauquartieren, die durch zusätzliche Bewohner/Eigentümer und deren langfristiges finanzielles Engagement stabilisiert werden sollen. Ein Eingehen auf Schwellenhaushalte und besondere Nachfrageformen im ergänzenden Neubau kann so ermöglicht werden. In Einzelfällen gelingt es auch, Vereinen Mehrfamilienhäuser zu einem geringen Preis abzugeben und – allerdings sehr selten – dadurch sogar Plattenbauquartieren aufzuwerten (vgl. BRR/empirica 2002, 11).

Ein Beispiel hierfür findet sich etwa in Zeitz (BBR/empirica 2002, 97–99). In Frankfurt/Oder wiederum werden junge Familien in innerstädtischen Reihenhäusern und Stadtvillen angesiedelt, was einen auch quantitativ spürbaren Beitrag zur In-

nenentwicklung leistet (vgl. www.zukunftinnenstadt.de). Schwieriger stellt sich dagegen die Situation etwa in Zittau (BBR/empirica 2002, 85–86) oder Bad Langensalza (Haase 2005) dar, wo zwar Flächen geräumt wurden, doch noch kaum Baumaßnahmen stattgefunden haben. Im Fall des »Stendal-Bonus« veräußerte die Stendaler Wohnungsbaugesellschaft SWG ihre von extrem hohen Leerstandsquoten geprägten innerstädtischen Altbauten zum reduzierten Preis mit der Auflage einer zeitnahen Modernisierung und Selbstnutzung (BMVBW/BBR 2002, 39–41; Schader Stiftung 2007).

Die Wohneigentumsbildung bedient auf konventionelle Weise einen bestehenden Markt und bewegt sich im Mainstream des Kampfes gegen den Verlust der einkommensstarken Bevölkerung an suburbane Nachbargemeinden (vgl. etwa MSWV 2004, ExWoSt Informationen 29/1,2,3; BBR/empirica 2002). Eine strategische Komponente im Sinne neuer Steuerungsformen kommt ihr nur dann zu, wenn tatsächlich die öffentliche Hand wesentliche Unterstützung gewährt (verbilligte Abgabe von Grundstücken oder Gebäuden, Beratungsleistungen, Kooperation mit Bau- oder Sanierungsträgern, vgl. unten). Sie bildet aber gleichwohl einen beachtlichen Beitrag zur Innenentwicklung und zur Stärkung bzw. Umstrukturierung ehemals bebauter Flächen mit einem Erhalt der städtebaulichen Grobstruktur und der Erschließungsanlagen. Interessant ist sie unter Steuerungsgesichtspunkten auch deswegen, weil die Bindung von Haushalten an Quartiere gestärkt wird, ohne – wie bei der Privatisierung einzelner Plattenbauwohnungen Anfang der 1990er Jahre – die Handlungsfähigkeit anderer Akteure maßgeblich in Frage zu stellen.

Nutzungsmakler und Flächenmanagementagenturen

Noch weiter als die Wohneigentumsstrategien gehen die verwandten Aktivitäten von Nutzungsmaklern. Wenngleich in zahlreichen Städten Ansätze zu einer besseren Vermarktung vor allem innerstädtischer Leerstandsobjekte angepeilt werden, sind weitergehende Aktivitäten nur unter günstigen Umständen entstanden. Teilweise verbreitet sich bei ihnen die Initiative und steht auf einer zivilgesellschaftlichen Basis.

Beispiele sind etwa in Leipzig, Chemnitz oder Gotha zu beobachten.

In Leipzig hat nicht zuletzt aufgrund der sehr vielgestaltigen Nachfrage nach urbanen Wohnformen sogar in stark stigmatisierten und abwanderungsbetroffenen Stadtteilen wie dem »Leipziger Osten« die Beratung städtischer Dienststellen zum Bau mehrerer in die weitgehend intakte kaiserzeitliche Struktur integrierter Einfamilienreihenhäuser und Baugruppenprojekte geführt, denen einen Anteil an der Stabilisierung ihrer Quartiere zukommt. Selbst dort ist aber die quantitative Bedeutung für den Stadtteil begrenzt (vgl. Stadt Leipzig 2000/2003). Ähnliche Initiativen existieren inzwischen auch anderswo, wobei die bekannteste von ihnen vielleicht »StadtWohnen Chemnitz« ist (www.stadtwohnen-chemnitz.de), die inzwischen von der oben erwähnten Stadtumbau GmbH getragen wird. Die städtische Initiative »Gotha lebt« (BMVBS/BBR 2007b, 38; www.gotha-lebt.de), die auf früheren Aktivitäten der Stadt im Zusammenhang mit der Förderung der Innenstädte durch das Land Thüringen aufbaut, vermittelt nicht mehr wie früher städtische, sondern private Immobilien. Sie bietet ausgehend von einer genauen Erfassung des Bestands eine niedrigschwellige Kontaktbörse, Beratungsangebote und Beispielenwürfe.

5. Steuerungsformen III: Nischenakteure

Das Auftreten neuer Ideen im Stadtumbau ist unter Steuerungsgesichtspunkten häufig eine Folge der unerwarteten eigenständigen Beteiligung neuer Akteure am Stadtumbauprozess. Sie entwickeln alternative Ideen für die Nachnutzung von leer stehenden Gebäuden, die »im Regelbetrieb« (noch) nicht vorgesehen sind. Voraussetzung für ihre Einmischung sind – kollektive – städtebauliche und – individuelle – zeitliche Freiräume, die aus einem Rückzug der Kontrolle und der Verwertungsmechanismen durch Eigentümer und Stadt entstehen. Mitunter werden sie kritisch beäugt, aber zunächst toleriert.

Zwischennutzungsmakler

Eine der innovativsten Steuerungsformen stellt diese Kombination aus Hausbesetzern, Hausverwaltung und Zwischennutzern dar. Der Verein HausHalten e.V. (www.haushalten-leipzig.de), der sich in

Leipzig gegründet hat, versucht durch die Übernahme von bedeutenden, aber nicht vermarktbareren Gebäuden z.B. an Straßenecken im großen kaiserzeitlichen Bestand der Stadt in eine Zwischennutzung als »Wächterhäuser« den mittelfristigen Erhalt zu sichern. Die Aktivisten entstammen teilweise dem Architekten- und Planermilieu und haben daher eine besondere Affinität zum Stadtumbau und der Suche nach kreativen Nutzungsideen für leer stehende Gebäude. Im Gegensatz zu den inzwischen weit verbreiteten konventionellen Zwischennutzern, die häufig auf Freiflächen, teilweise auch in Gebäudeteilen zu finden sind, bieten die Zwischennutzungsmakler einen wichtigen Steuerungsaspekt. Sie suchen aktiv nach Zwischennutzern und Endnutzern, bringen das Gebäude ins Gespräch, um so eine Vermarktung besser zu ermöglichen als durch die häufig auswärtigen Eigentümer, sprechen mit Eigentümern über realistische Preisvorstellungen und werten das Gebäude durch Nutzung bisweilen geringfügig auf. Erste Nachahmerorganisationen bilden sich derzeit in anderen schrumpfenden Städten.

Der Ansatz der Zwischennutzungsmakler geht also weit über den von gewöhnlichen Zwischennutzern hinaus. Sie sind zwar ebenfalls Raumpioniere, die mit ihrer Nutzung für den Erhalt und die moderate Aufwertung von Beständen sorgen, doch ist ihre Aktivität von vorneherein darauf ausgerichtet, Gebäude wieder in eine normale Nutzung zurückzubringen und die eigene Nutzung im Gebäude nicht zu verfestigen. Geradezu erstaunlich ist die Beratungsleistung für Eigentümer, welche die Zwischennutzungsmakler für das Gemeinwesen und damit als eigentlich öffentliche Aufgabe erbringen. Sie würden in ihrem Engagement allerdings an Grenzen stoßen, wenn sie über Schlüsselgebäude hinausgehen müssten. Ideen für schwierige standardisierte Plattenbaubestände in ungünstigen Lagen haben sie noch kaum entwickelt, und zu einer echten quantitativen Vermehrung der Nachfrage konnten sie ebenfalls nur wenig beitragen. Ein Einfluss auf die Abrissstrategie vor Ort kommt ihnen in gewissem Maße zu, wenn es ihnen gelingt, städtebaulich bedeutende Einzelgebäude vor dem Abriss zu bewahren und unkonventionelle Nutzungsperspektiven aufzuzeigen. Dennoch bleiben ihre Leistungen zu würdigen, insbesondere die Einbeziehung per-

spektivloser Einzeleigentümer in den Stadtumbauprozess.

Kreative Ideengeber

Insbesondere Beobachter, gerade aus dem Umfeld der Architektur- und Kunstszene, generieren durch zunächst »zweckfreie« Initiativen zusätzliche Nutzungsideen, die in die Diskussion um Nachnutzungen eingespeist werden. An erster Stelle sind hier vielleicht Ausstellung und Wettbewerb »shrinking cities« zu nennen (vgl. vor allem Oswald 2005, archplus 173). Der verwertbare Beitrag der ausgestellten Projekte zum Stadtumbaualltag dürfte allerdings als recht gering einzuschätzen sein (vgl. hierzu als Kontrast insbesondere BMVBS/BBR 2007b, 31–55).

Dennoch wird das Thema Steuerung der Schrumpfung durch kreative Ideengeber stark in die öffentliche Debatte gebracht und die Forderung aufrechterhalten, weiterhin nach alternativen Nutzungsideen zu suchen. Damit ist ein gewisser Einfluss auf die Programmdiskussion zum Stadtumbau zu vermuten. Es ist sicherlich ebenfalls den kreativen Ideengebern zu verdanken, dass Stigmatisierungen leichter veränderbar werden und auch Hinterlassenschaften des industrialisierten Wohnungsbaus als »kultig« empfunden werden können (vgl. dazu das Projekt »Hotel Neustadt«, Thalia Theater Halle 2004) – eine vielleicht noch unschätzbare Voraussetzung für eine Weiternutzbarkeit von Plattenbauten über die mit ihnen sozialisierten Bewohner hinaus, die nur noch für eine gewisse Zeit die Nachfrage bis zu einem gewissen Grad sichern können.

Ob damit auch schon »Chancen« in der Schrumpfung entdeckt werden können, darf aber weiter bezweifelt werden. Die Konflikte um den »eigentlichen« Kern des Stadtumbaus, Ort, Umfang und Zeitpunkt von Rückbaumaßnahmen, können von kreativen Ideen nur sehr mittelbar beeinflusst werden. »Performative« Strategien, die über eine »Bespielung« städtischer Räume die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt verbessern und somit das Engagement der Bürger in schrumpfenden Städten stärken wollen, haben zusätzliche Voraussetzungen: Sie müssen eine substanzielle Perspektive für dauerhafte Veränderung in sich bergen, dürfen also nicht im bloßen Spektakel verharren.

6. Schlussfolgerungen

Die Steuerung der Bestandsentwicklung in einem von Schrumpfung geprägten Umfeld ist besonders darauf angewiesen, alle verfügbaren Reserven für eine Stärkung der Bindungen und der Selbstorganisationskräfte des Gemeinwesens zu mobilisieren. Kooperative Arrangements scheinen einen Schlüssel zur Minimierung von Reibungsverlusten darzustellen. Die Ausgangsbedingungen für derart voraussetzungsvolle Steuerungsformen sind nicht eben günstig. Stellen sie schon dann eher einen Sonderfall als die Regel dar, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Beteiligten weniger prekär sind, so kann in schrumpfenden Städten damit gerechnet werden, dass zumindest einzelne Anbieter im Wohnungssektor eigennützige Strategien auf Kosten der anderen verfolgen. Da wirksame Sanktionsmechanismen für ein solches Verhalten fehlen, kann es nur darum gehen, Anreize für Kooperation zu schaffen und den Wirkungsbereich der aus dem Konsens ausbrechenden Akteure möglichst klein zu halten.

Der sich im Stadtumbau einstellende Steuerungsalltag ist von einer besonders starken Stellung der Fördermittelgeber und der Wohnungsgesellschaften geprägt. Die Rolle der Städte ist hervorzuheben, wenn sie zu aktivem strategischem Handeln in der Lage sind und hartnäckige Verhandlungsbemühungen mit den Wohnungsgesellschaften, den Betreibern der Infrastruktur und bereits vorhandenen sowie potentiellen neuen Privateigentümern unternehmen. Die hierzu erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen liegen nicht zuletzt auf Ebene der handelnden Einzelpersonen.

Die in diesem Beitrag dargestellten weitergehenden Steuerungsformen spiegeln die Schwierigkeit wider, Innovationen in der Steuerung der Bestandsentwicklung zu etablieren. Sie sind punktuell und gehen häufig auf das Vorhandensein eines urbanen Milieus mit besonderer Einsatzbereitschaft für bauliche Bestände zurück. Überwiegend wenden sie sich den Altbauquartieren zu oder widmen sich der Aufwertung von Freiflächen in Neubaugebieten. Neben einem Bekenntnis zu strategischem Handeln bringt ihre Zusammenstellung zwei wesentliche Botschaften für den Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen.

- Erstens gehen interessante Initiativen von Mitgliedern eines urbanen Milieus aus, die nicht immer im engsten Sinne mit Stadtentwicklung zu tun haben und auch nicht in der jeweiligen Stadt ansässig sein müssen. Das Wirken der kreativen Ideengeber birgt die Gefahr einer Polarisierung zwischen den »harten Rechnern« aus dem Lager der Wohnungswirtschaft und den »kreativen Köpfen« aus dem Lager der Künstler, Architekten und manchmal Planer. Der immer wieder einmal vernehmbare Vorwurf aus dem letzteren, der Stadtumbau Ost folge einem sehr schlichten betriebswirtschaftlichen Kalkül, mag berechtigt sein. Um die kreativen Ideen für die Steuerung des Stadtumbaus fruchtbar machen zu können, bedarf es handlungsfähiger »Übersetzungsinstanzen«, die aus kreativen Ideen mehr als nur effekthascherische Events oder – manchmal mit impliziten Vorwürfen an die Akteure in der Praxis aufgeladene – Modelle und Power-Point-Präsentationen nicht realisierbarer Konzepte machen. Bis heute ist dem Autor trotz seiner Begeisterung für die Idee etwa kein Beispiel eines zur Champignonzucht umgenutzten Plattenbaus bekannt. Erfolgsträchtig und stimulierend für den Stadtumbauprozess über die selbstreferentielle »Szene« der Stadtumbaukünstler hinaus erscheinen Ansätze, die neben ihrem künstlerischen Gehalt auch die manifesten Rahmenbedingungen für Kommunikation über Stadtumbau verbessern und somit zu einer engen Verkopplung der »performativen« Strategien mit den Bedürfnissen und Handlungsmöglichkeiten der Bürger vor Ort beitragen (vgl. Altröck/Huning/Peters 2006). Ihre Kultivierung als »Steuerungsform« ist in einigen Städten wie Aschersleben, Forst oder Halberstadt bereits gelungen.
- Zweitens sollten die integrativen Stadtentwicklungsansätze auf vielerlei Ebenen durch an sie andockende punktuelle Teilstrategien vertieft und realisiert werden, die auf eine differenzierte Nachfrage nach Wohnraum einzugehen versuchen. Die Suche nach neuen Eigentümern kann eine Facette solcher Strategien sein, wird aber immer nur einen kleinen Teil der Bewohner erreichen und die Bindung der Mehrheit gerade nicht erhöhen. Um der Struktur der Nachfrage auf die Spur zu kommen, sind Wohnungsgesellschaften daher bereits äußerst aktiv im Kontakt

mit ihren Mietern und erproben vielfältige neue Angebote. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine konventionelle Aufwertungsstrategie mittelfristig nicht allein selig machend ist. Vielmehr gibt es z.B. gerade für den industriellen Wohnungsbau eine nicht zu unterschätzende Nachfrage nach preiswertem Wohnraum, die gewisse Einschränkungen im Standard zu verkraften scheint.

Resümierend kann für die Steuerung des Stadtumbaus Ost derzeit festgehalten werden, dass zwangsläufig existenzbedrohte Akteure ihre Interessen durchzusetzen versuchen müssen. Eine integrative Begleitung von Schrumpfungsprozessen ist in der Kopplung von Rückbau und Aufwertung zwar angelegt, doch werden Aufwertungsmaßnahmen über ihre ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten hinaus noch zusätzlich in Frage gestellt: wenn das Geld nicht mehr reicht, wenn die ersten realisierten Projekte zu altern beginnen, oder wenn die Voraussetzungen für ihre Wirkung weg brechen¹. Ob Schrumpfungsprozesse vor diesem Hintergrund in Zukunft kreativ gestaltbar sein werden, ist noch offen. Die besten Voraussetzungen dafür scheinen Großstädte und »Doppelstädte« zu haben, die über einen starken historischen Kern und einen größeren Teil Neubaubsubstanz aus DDR-Zeiten verfügen. Für die übrigen Städte bleibt vor allem bei weiterem Bevölkerungsrückgang die Hoffnung auf aktive Steuerungsbemühungen, die wenigstens die zugegebenermaßen geringen Handlungsspielräume nutzen können.

¹ rVgl. paradigmatisch dazu: die Geschichte des aufwendigen »Filmbands«, eines Parks auf einer nicht realisierten S-Bahn-Linie im Wohnkomplex 4 in Wolfen Nord, dessen aufwertende Wirkung daher kaum noch gegeben ist, da der Wohnkomplex 4 weitgehend zurückgebaut wird.





PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Planungskultur – Notizen zu einer anhaltenden Diskussion

Einführung: Kein Ende, niemals

Wie frühere Versuche, das begriffliche Biest „Planungskultur“ in den Griff zu bekommen, so hat auch die kleine Umfrage unter Fachleuten, die PNDonline in den letzten Monaten durchgeführt hat, erwartetermaßen nicht zu einer abschließenden definitiven Klärung geführt. Unter den Befragten wie unter den Befragern scheint eine gewisse Ernüchterung darüber Platz zu greifen, ob es sich bei „Planungskultur“ überhaupt um ein fruchtbares Konzept handle - und das vor dem Hintergrund der jahrelangen Auseinandersetzung und der klangvollen Geschichte des Begriffs. Mit Planungskultur verbinden sich Hoffnungen auf eine aufgeklärte Zusammenführung scheinbar unversöhnlicher Akteure, ihrer Prägungen und ihrer Handlungsoptionen, eine höhere „Stufe“ der Planung gar, nicht allein im Selleschen Sinne, sondern vielleicht sogar auf einer Werteskala. Eine Verbreitung der Idee von Planungskultur, so die normative Hoffnung, könne einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass konfrontative Zuspitzungen der Stadtentwicklungspolitik in ein stärkeres Miteinander überführt werden könnten. Hierzu könne vielleicht an einer Stelle angesetzt werden, die sich einer instrumentellen oder auch politischen Reform entzieht, sich aber gleichwohl nicht in allgemeinen und kaum systematisch beeinflussbaren Faktoren ver-

flüchtigt, die ihren prägnantesten Ausdruck in Wiedergängern wie der Floskel „es kommt immer auf die Personen an“ finden.

Und nun allenthalben Ernüchterung schon bei dem Versuch einer begrifflichen Schärfung. Muss man sich damit zufrieden geben, dass hinter einem so vertrauten und vertrauenerweckenden Konzept wie die Formel von der Planungskultur, nur Schall und Rauch stecken soll, der Begriff für die praxisnahe Planungstheorie also zu verwerfen sei? Ich meine nein, wenngleich ich immer wieder – und so auch hier – vor normativen Umdeutungen und Instrumentalisierungen zunächst analytisch zu verstehender begrifflicher Konzepte von Governance bis Lernprozess zu warnen pflege. Dies möchte ich im Folgenden begründen und mit einem Appell an eine weitere Auseinandersetzung mit Planungskultur verbinden, die sich aber nicht damit begnügt, dem Begriff eine einfache analytische Kraft auf hoch aggregierter Ebene wie etwa dem Vergleich „nationaler Planungskulturen“ zuzuschreiben – hier muss er scheitern, aber nicht deshalb, weil er untauglich wäre, sondern weil die Idee von nationalen Planungskulturen von so vielen modulierenden Faktoren überprägt wird, dass jeder Versuch, sie zu isolieren, ob der großen Bandbreite der empirisch nachzuweisen- den Phänomene, im Sand verlaufen muss.



Prof. Dr.-Ing. Uwe Altmock,
ist Professor für Stadtumbau
und Stadterneuerung an der
Universität Kassel.
Arbeitsschwerpunkte:
Planungstheorie,
Stadterneuerung, Mega-
Cities. Herausgeber der
Buchreihe
»Planungsrundschau« und
Mitherausgeber des
Jahrbuchs Stadterneuerung.

Dies ist aber keineswegs ein Spezifikum der Planungskultur bzw. der Planungstheorie: Der Kinderarzt Remo Largo hat beispielsweise ausführlich darauf hingewiesen, dass einfache Erklärungen über kindliche Entwicklungsphasen, etwa den frühkindlichen Weg bis zum Erlernen des Gehens, nicht treffsicher sind, weil sie die große Bandbreite der auftretenden Muster verkürzt wiedergibt. Die wesentliche Erkenntnis von Largo ist dabei, dass unterschiedliche Muster gleichermaßen „normal“ sein können und sich daher gut gemeinte rigide medizinische oder erziehungsbezogene Eingriffe verbieten. Die Bandbreite der Entwicklungsmuster von Kindern einer bestimmten Gruppe ist dabei oft größer als die durchschnittlichen Unterschiede zu einer anderen Gruppe. So sind die Größendifferenzen zwischen Mädchen eines bestimmten Alters viel größer als der Unterschied des durchschnittlichen Mädchens zum durchschnittlichen Jungen. Man könnte hier ebenfalls schnell aufgeben und sagen, es lohne sich nicht, über die Größenentwicklung von Kindern zu forschen. Auf diese Idee käme Largo allerdings bestimmt nicht. Nur die von ihm gezogenen Folgerungen sind eindeutig: Hüten wir uns vor Stigmatisierungen vermeintlich abweichender – weil selten vorkommender, aber keineswegs Besorgnis erregender – Entwicklungsverläufe bei Kleinkindern.

Die Planung unserer gebauten Umwelt mag uns weniger Verantwortung abverlangen als die unserer Kleinkinder, doch kaputt machen kann man auch hier viel. Daher darf die Auseinandersetzung mit dem Begriff und dem Phänomen Planungskultur nicht einfach enden, weil er/es schwierig ist. Ich behaupte außerdem, er ist mehr als der „unerklärbare Rest“, der in Planungsverfahren auch noch mitschwingt, wenn man bereits die einfacher gesellschaftswissenschaftlich analysierbaren Phänomene beisammen und auf ihre Einflüsse hin systematisch aufbereitet hat.

Doch wie weiterkommen? Ich möchte dazu mit einem kleinen, eher assoziativen Hinweis auf die Sprachphilosophie von Kleists „Verfertigung der Gedanken beim Reden“ bis zu Wittgensteins in der Formulierung „Wovon man nicht reden kann, darüber muss man schweigen“ kulminierendem Tractatus logico-philosophicus einsteigen und die Begriffsarbeit an der Planungskultur mit einer Reflexion über das Sprechen

und Schreiben über den Begriff beginnen. Ich werde dazu zunächst versuchen, die Frage zu erörtern, wodurch eine sprachliche Annäherung an einen zwangsläufig unscharfen Begriff geprägt wird und welche Auswirkungen dies auf die Vielfalt von Definitionsansätzen hat. Darauf aufbauend werde ich aus den zusammengetragenen und – zugegebenermaßen subjektiv aufbereiteten – Ergebnissen der PNDonline-Umfrage einen verbindenden Kern der Planungskultur-Debatte herauspräparieren und schließlich darauf eingehen, wie in Zukunft die Arbeit an Begriffen und künftige Forschungsaktivitäten zum Thema Planungskultur aussehen könnten.

Schreiben über Planungskultur: Spekulationen über Motive und Hintergründe

Rufen wir uns zunächst die Ausgangssituation der PNDonline-Umfrage ins Gedächtnis zurück: Die Redaktion, eine In-Group theorieversessener und in ihrem Reflexionseifer nicht zu bremsender Planungswissenschaftler (zu der ich auch gehöre), lädt einen großen Kreis von Fachleuten, bei denen davon auszugehen ist, dass sie sich mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Hintergründen der Planung in unterschiedlichsten Weisen und Rollen, aber jeweils in aller Regel sehr intensiv und mit einem anhand der jeweiligen Reputation der Befragten indirekt ablesbaren Erfolg auseinandergesetzt haben, dazu ein, in recht knappen Worten zu charakterisieren, was für sie Planungskultur bedeutet und wie man sie ihrer Meinung nach beforschen sollte.

Alle Befragten waren sich also darüber im Klaren, dass sie eingebunden waren in ein vielstimmiges Konzert anderer Äußerungen und damit einerseits die Freiheit hatten, auf ihnen sehr wichtig erscheinende Aspekte zulasten anderer vertieft einzugehen, da sie damit rechnen konnten, dass ohnehin viele Facetten des Begriffs von den anderen Befragten erfasst werden würden und es ja auch nicht durch mannigfache Wiederholungen schablonenartiger Definitionen langweilig werden sollte. Andererseits waren sie gezwungen, mit sehr begrenztem Raum auszukommen und daher auf ausschweifende Erörterungen zu verzichten. Die Befragten gingen ganz unterschiedlich an diese Aufgabe, und zu unserer Überraschung schienen sie überdies sogar nicht nur unterschiedlich zu formulie-

ren, sondern sogar über teilweise ganz unterschiedliche Dinge zu schreiben. Wenn dies schon im Kreis von, wie von uns erhofft, Experten für eine Arbeitsdefinition von Planungskultur so ist, dann muss davon ausgegangen werden, dass ein solcher Definitionsversuch in einem größeren Rahmen erst recht zum Scheitern verurteilt ist. So zumindest im Kern die Stimmungslage nach der ersten Auswertung, die oben angedeutet wurde.

Sehen wir genauer hin, werden wir feststellen, dass die Vielschichtigkeit der Antworten ihrerseits kulturell bedingt, also gerade ein Ergebnis des kulturellen Verständnisses der Planungskultur-Szene ist: Nachdenken über Begriffe beginnt nicht – wie etwa in anderen Wissenschaften – mit einer auf trennscharf isolierbaren Beobachtungen oder deduktiven Setzungen beruhenden formalistischen Definition, sondern in einer lange anhaltenden „begleitenden“ oder gar „teilnehmenden“ Beobachtung einer komplexen Wirklichkeit, die sich in ihrer Komplexität einer simplistischen analytischen Beschreibung entzieht. Allmählich werden aus der Wirklichkeit gemeinsame oder auch nur verwandte Zusammenhänge „ausgekämmt“, die durch Überlagerung und Abgleich auf ihre Tragfähigkeit als begriffliches Gerüst und Hintergrund zum besseren Verständnis der Wirklichkeit, gewissermaßen als eine Perspektive auf die Realität, geprüft werden. Eine kulturelle Annäherung an die Schärfung von Begriffen also insofern, als sie in einem intersubjektiven, revidierbaren und ausbaufähigen Verständigungsprozess erfolgt. Begriffsbearbeitung ist hier Sedimentierung von Herausgefiltertem, dem durch den allmählich geschärften Blick Indikatorfunktion und Bedeutung zugemessen wird.

Wenden wir uns möglichen *Motiven* der Befragten zu, die sich auf die Definitionsversuche ausgewirkt haben könnten. Hier habe ich bereits auf die bewusste Aussparung von Facetten des Begriffs und die Zuspitzung vor dem Hintergrund der Befragungssituation hingewiesen. Weiter leben die Befragten in unterschiedlichen Anwendungsbereichen des Begriffsfelds, angefangen von der bereits erwähnten Leitdifferenz normativer (die nicht zuletzt Praktikern ein Herzensanliegen ist, wenn sie aus ihrem täglichen planerischen Erfahrungsschatz schöpfen) und analytischer Begriffsverwendungen (die häufig wissenschaftlichen Beob-

achten wichtig ist, die zunächst ein Phänomen in seiner komplexen Vielschichtigkeit und über den engeren Anwendungsbereich hinaus verstehen wollen, nicht etwa deshalb, weil ihnen nicht an einer Veränderung der Praxis gelegen wäre, sondern vielmehr, weil sie die Hoffnung darauf haben, dass die grundsätzlichere Auseinandersetzung mit einem Begriffsfeld erst die Grundlagen dafür legt, wirkungsvolle Veränderungen für die Praxis vorzuschlagen).

Einbettung des Definitionsversuchs in das eigene planungswissenschaftliche oder planungspraktische Umfeld: Der Herkunft der Befragten zuzuschreiben sind auch ihre unterschiedlichen Sprachen und wissenschaftlichen Abstraktionsgrade. Die Reichweite ihres Interesses und die individuell unterschiedlich ausgeprägte Neigung zur Hinterfragung von Begriffen spielt weiter eine Rolle und wirkt sich auf die Intensität der Auseinandersetzung und auf die adressierte Zielgruppe aus, für die implizit geschrieben wird. Nüchtern-analytische stehen so beispielsweise pragmatischen Schwerpunkten gegenüber. Über die Motive hinaus lassen sich auch Routine und Formulierungsgeschick in den Ergebnissen wieder finden – nicht alle Formulierungsversuche wirken gleichermaßen plausibel, auch wenn die große Mehrzahl der Befragten interessante Zugänge gewählt hat.

Interpretation der Zusammensetzung und des Teilbegriffs „Planung“: Selbstverständlich führt auch die zusammengesetzte Natur des Begriffs Planungskultur zu unterschiedlichen Ausdeutungen. Wer systematisch definieren möchte, wird zunächst auf Planung und Kultur eingehen und sich dort verheddern – zu komplex ist schon allein die Begriffsdiskussion um Planung, als dass sie sich auf kleinem Raum entfalten ließe, und, was noch schwerer wiegt, die Spannweite möglicher Verständnisse von Planung zieht notwendigerweise auch unterschiedliche schriftliche *Manifestationen* des Verständnisses von Planungskultur nach sich, die lediglich abgrenzungsbedingt sind, aber nicht zwangsläufig auf unterschiedliche *Grundverständnisse* hinweisen (ich würde sogar so weit gehen zu behaupten, dass sie das sogar in der Mehrzahl der Fälle gerade *nicht* tun). Vielmehr drücken sie aus, dass die jeweiligen Befragten andere Ausschnitte aus der planungskulturellen Wirklichkeit beschreiben, die sich überlappen, aber nicht identisch sind. Viele von ihnen,

so würde ich weiter behaupten, wären sofort bereit anzuerkennen, was ihre Kollegen formuliert haben, wenn sie sich darauf verständigten, dass Planungskultur eine breitere Wirklichkeit erfasst, als es in ihrem eigenen Definitionsversuch zum Ausdruck gekommen ist. Sie würden weiter die Versuche ihrer Kollegen als wertvolle Ergänzungen ihrer eigenen Ausführungen begreifen, die in der Zusammenschau ein reicheres Bild ergeben. Nichtsdestoweniger wäre es wertvoll, wenn für ein gemeinsames Verständnis von Planungskultur zunächst etwas klarer wäre, was mit Planung alles gemeint sein soll – hier Klarheit zu schaffen, ist ja Dauerthema des PNDonline-Initiators Klaus Selle.

Individuelle Relevanzfilterung: Zentral für das Verständnis der Unterschiedlichkeit der Aussagen der einzelnen Befragten dürfte deren Einschätzung über die Relevanz einzelner Aspekte sein. Thematische Akzente werden offensichtlich vom jeweiligen zeitlichen, räumlichen und organisatorischen Umfeld des Befragten mit geprägt. Dies schlägt sich beispielhaft nieder im Hinweis auf die Mehrdimensionalität von Baukultur (Krautzberger), ein Thema, das u.a. für Teile der Bundespolitik von hoher Bedeutung ist und offenbar einer Verkürzung eines planungskulturellen Verständnisses auf rein kommunikative Aspekte vorbeugen soll (andere Autoren und gerade Planungspraktiker hingegen haben sich in ihrer eigenen Wahrnehmung immer eher dafür eingesetzt, das Bau- und Planungsgeschehen nicht ausschließlich an Ergebnisqualität zu messen, wohl auch mit dem Erfahrungshintergrund, eine solche Haltung könne einer Umsetzung im Weg stehen – vgl. dazu auch die Ausführungen zu möglichen Forschungsthemen weiter unten). Ich behaupte in diesem Zusammenhang, dass keiner der Befragten die grundsätzliche Bedeutung von Ergebnis- und Prozessqualität in Frage stellen würde.

Die Vielfalt eines Begriffsfelds: verbindende Kernaussagen oder integrative Verzahnung zu einem komplexen Gesamtbild?

Bei einer Zusammenstellung der verschiedenen Definitionsversuche fällt auf, dass es einige eher marginalisierte Positionen gibt. Sie stellen aber nicht die Gemeinsamkeiten insgesamt in Frage. Versteht man den Begriff Planungskultur weniger als scharf abgegrenztes Phänomen denn als ein Be-

griffsfeld mit unterschiedlich hoher „Relevanz“ verschiedener Ausprägungen, lassen sich diese sogar zwanglos integrieren. Möchte man nicht so weit gehen, lassen sich vermutlich einige der marginalisierten Positionen auch mit gutem Grund auf die Betrachtung von Sondersituationen beschränken oder darauf verständigen, dass sie den Begriff letztlich doch zu stark verunklaren. So mag der Verweis darauf, dass es bei Planung nicht nur auf Prozess- sondern auch auf Ergebnisqualität ankomme (Krautzberger), guten Gewissens als ergänzende Empfehlung zur Ausgestaltung von Planungsverfahren verstanden werden, die aber nicht im engeren Sinne zur Definition beiträgt. Der dahinter liegende Kern besteht in der normativen Verständigung auf einen komplexen Kriteriensatz, auf den sich die Beteiligten verpflichten sollten, und der hier breiter gesehen wird als die gängigen Hinweise auf „Beteiligungskultur“, die immer wieder von dem einen oder der anderen Befragten eingefordert werden. Geht man davon aus, dass deren Hinweise einer individuellen Relevanzfilterung unterliegen, wie oben angedeutet, ergibt sich daraus, dass Befragte mit je unterschiedlichen Praxiserfahrungen auch die Vernachlässigung unterschiedlicher Teilaspekte befürchten und auf diese besonders hinweisen.

Bei einer Annäherung an den postulierten Kern fallen einige Schlüsselbegriffe auf. Die Befragungsergebnisse kreisen immer wieder um die gesellschaftliche Kontextualisierung von Planung. Vielfach spricht aus ihnen die Beobachtung von „Haltungen“ bzw. geteilten Selbstverständnissen der Akteure im Planungsprozess, die auf gewissen Erfahrungen oder Dispositionen aufbauen. Sie tragen zu einer Ausgestaltung der Planungsprozesse bei und sind als „weicher“ Teil von ihnen zu verstehen. Hier spielen immer wieder Koordination und Kommunikation hinein. Als Ziel wird offenbar eine aktive Steuerung und Qualitätssicherung über die formalen Institutionen hinaus verstanden.

Diese Schlüsselbegriffe scheinen nur lose miteinander verbunden – gleichwohl verknüpfen sie sich zu einigen wenigen zentralen Ideen, die den Kern der Verständnisse von Planungskultur auszumachen scheinen. In normativer Hinsicht ist dies die Idee der „Absicherung“ – Planungskultur besteht darin, es sich in der Planung

nicht leicht zu machen, immer auf sorgfältige und integrative Einbeziehung aller möglichen Akteure zu achten und dabei zu berücksichtigen, dass diese für sich selbst sprechen sollten. In analytischer Hinsicht ist es die Idee des einzelfallübergreifenden Prozessesstils, der – häufig jenseits formeller Vorgaben – die Planung prägt. Daraus ergeben sich die folgenden Bausteine von Planungskultur.

Planungskultur als intersubjektiver Verständigungsprozess: Dieser erste Baustein des normativen Absicherungsgedankens geht davon aus, dass bei einem Vorhandensein kontrastierender Rationalitäten und Referenzsysteme Kommunizieren, Kooperieren und Agieren als Kern von Kultur zu verstehen ist, um Verständigungsprobleme zu überwinden (Betker). Im Grunde wird hier Beteiligungsqualität (Prigge) gefordert.

Planungskultur als professionelle Selbstreflexion: Dieser Gesichtspunkt schließt sich direkt an. Über eine Selbstreflexion des Stellenwerts von Planung (Prigge) und mit einem Blick auf Kultur als reflektierendes Verfahren (Albers, Dollinger, Fehl, Kegel) sollen professionelle Routinen verbessert werden. Evaluierung wird so zu einem wichtigen Teil von Planungskultur (Krau), die Voraussetzung für die Einhaltung der geforderten Qualitätsstandards ist.

Planungskultur als abstrahierter Prozessesstil: Hier werden Planungskulturen als „Haltungen“ verstanden (Davy, Eisinger, Fritz-Haendeler, Pätz), Selbstverständnisse in Prozessen beschrieben, die durch Institutionen geprägt sind (Diller, Mitschang), und auf der „Disposition eines Netzwerks von Akteuren“ aufbauen. Sie sind hegemonielle, relativ stabile, informelle, aber lokal jeweils neu verhandelte Interaktionsformen (Dimmer, Eisinger, Fehl, Krau, Kunzmann). Insgesamt bilden sie eine „professionelle Teilkultur“ (Ibert, Kegel, Keller). Allerdings wird darauf hingewiesen, dass es eigentlich erst dann sinnvoll ist, von Planungskultur zu sprechen, wenn die Art und Weise der Ausgestaltung des Entscheidungsprozesses sich verfestigt (Krämer). Interessant ist die mehrfach geäußerte Wechselwirkung in die andere Richtung – Planungskultur könne auch Hintergrund der Genese von formalen Institutionen sein (Fehl, Ibert, Mitschang, Nuissl). Versteht man Kultur als Ergebnis intersubjektiver Auseinandersetzungen, wird eine individu-

elle „Haltung“ wie beschrieben, nur dann fruchtbarer Gegenstand der Untersuchung von Planungskultur, wenn man sie in Relation zu ihren Wurzeln oder Auswirkungen auf solche Auseinandersetzungen setzt.

Planungskultur als Stabilisierung durch informell-formelle Interaktion: Sehr viel nüchterner und abstrakter wird hier Planungskultur eng mit dem institutionellen System in einem soziologischen Sinn verknüpft. Die Befragten sprechen hier von Institutionen der Koordination von räumlicher Steuerung (Beutl) sowie von der Art der Kombination formeller und informeller Institutionen (Damsgaard, Doring, Ehrbeck, Fehl, Friedmann, Ibert, Keller, Krau, Mitschang, Nuissl). Die große Verbreitung dieses Gedankens macht zunächst einmal deutlich, wie die komplementäre Seite der formalrechtlich niedergelegten Standards von Verfahren und Instrumenten als bedeutsames, für Planungsprozesse prägendes Element gesehen wird. Doch erst die Art und Weise der Verbindung, die formale und informelle Institutionen eingehen, wird in der Regel mit Planungskultur bezeichnet. Angesichts der hier nicht normativ verwendeten Begrifflichkeit wäre es nicht angemessen zu formulieren, je stabiler die Verbindung sei, desto mehr Planungskultur wäre vorhanden. Man wird jedoch sinngemäß sagen dürfen, eine stabile Verbindung sei der Ausdruck einer besonders einflussreichen und wirkmächtigen Planungskultur.

Wenngleich also an dieser Stelle die Leitdifferenz normativ-analytisch nicht aufgelöst werden kann, konnten doch recht deutlich einige Bausteine eines geteilten Verständnisses von Planungskultur herausgearbeitet werden. Ob diese für eine Operationalisierung taugen, das soll unten angerissen werden. Zunächst jedoch ein Ausblick auf die weitere Arbeit an Begriffen.

Schlussfolgerungen für die künftige Arbeit an Begriffen

Mein persönliches – vorläufiges – Fazit der Planungskultur-Umfrage im Hinblick auf die Arbeit an Begriffen ist keineswegs pessimistisch. Die Umfrage war gerade dahingehend wertvoll, die Vielschichtigkeit offen zu legen, die sich in der Diskussion um Planungskultur verbirgt, und darauf hinzuweisen, dass Definitionsversuche am grünen Tisch nicht abschließend sein kön-

nen, wenn sie sehr komplexe Phänomene erfassen wollen. Man könnte es sich nun recht einfach machen und sich darauf einigen, dass jemand in einem Handbuch der Planungsbegriffe mit der Formulierung einer verbindlichen Planungskultur-Definition beauftragt wird und sich dazu die obigen Bausteine vornimmt, und das ist es dann. Eine solche Definition wird allerdings, abgesehen davon, dass der Überbegriffsexperte, der einen hervorragenden Überblick über das Geschehen besitzt, vermutlich etwas reiferen Alters ist und so nicht zwangsläufig vielfältige neue Tendenzen „an der Basis“ im Blick hat, nicht die Verbindlichkeit erlangen, die man ihr abverlangt, und auf die man sich im mathematisch-formalen Sinn verständigen könnte. Wenn Begriffe mit der Praxis „leben“, dann ist es nur begrenzt fruchtbar, sie deduktiv einer Auseinandersetzung mit der Praxis „voranzustellen“. Vielmehr wird es darum gehen, aus einer Beforschung der Praxis gewissermaßen ex post den Begriff zu schärfen. Hier kann natürlich auf einige Vorarbeiten zurückgegriffen werden. Deshalb im Schluss dieses Kapitels mehr zu möglichen Versuchen, auch vor dem Hintergrund des derzeitigen Forschungsstands bereits eine Definition zu geben.

Ungeachtet der Tatsache, dass ich also im Rahmen konkreter Forschung zu Planungskultur eine Schärfung des Begriffs durchaus für fruchtbar halte – wenn es irgendwie zu einer solchen intensivierten Forschung kommen sollte, was ja keineswegs garantiert werden kann –, könnte aber sogar aufbauend auf den Befragungsergebnissen bereits auch beim jetzigen Stand eine Diskussion über Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Definitionsversuchen beginnen. Das mag vielleicht praktisch nicht gehen, da eine dazu erforderliche Kultur (!) der fortgesetzten Debatte lediglich über einen Begriff anstrengend und ermüdend ist und sich kaum jemand darauf einlassen wird. Nichtsdestoweniger wäre sie für sich einmal interessant und könnte Aufschluss darüber geben, ob die von mir formulierte These, die Definitionen seien gar nicht so unterschiedlich, sondern würden es nur durch die Vielfalt der Art, definitorisch zu formulieren und zu schreiben, sich halten lässt.

Die von mir hier aufgemachten Ansätze, über einen intersubjektiven Verständigungsprozess zu einem gemeinsamen Bild

von Planungskultur zu kommen, das überdies so umfassend ist, dass sich weitere Debatten darauf beziehen könnten, mag etwas theoretisch wirken: Letztlich habe ich lediglich postuliert und an einigen Beobachtungen zu belegen versucht, dass implizit ein gemeinsam getragenes Verständnis existiere, das es nur aus den Tiefen der Debatte zu „heben“ gelte. Würde man mich allerdings zu einem expliziteren Bekenntnis zwingen, was der gemeinsame Kern der Umfrage hervorgebracht habe, und ob dieser denn irgendwie auf den Punkt gebracht werden könnte, würde ich entgegenn, dass die Definition von John Friedmann in ihrer knappen Eleganz doch einiges für sich hat, und die ich hier noch einmal gesondert herausstellen möchte:

„In my essay, ‘Globalization and the Emerging Culture of Planning’ (Progress in Planning, 64:3, 2005), I define planning cultures as ‘the ways, both formal and informal, that spatial planning in a given multinational region, country or city is conceived, institutionalized, and enacted.’“

Zugegebenermaßen enthält sie nicht explizit die normative Variante des Begriffs. Ich meine jedoch, dass die Tatsache, dass Planer und Planungswissenschaftler normativ Planungskultur einfordern, als Teil der Definition aufgefasst werden könnte, nämlich als Ergebnis einer individuellen oder auch gemeinschaftlichen Reflexion über das Verständnis von Planung und Überlegungen zu Institutionalisierung und Umsetzung.

Fragt man genauer nach, was sich hinter den Begriffen *conceived*, *institutionalized*, and *enacted* verbergen könnte und ob damit die Planungskulturdefinition fruchtbar gemacht werden könnte, bin ich nach Studium der Umfrageergebnisse bei Henning Nuissl, der den Kern hiervon auf die folgende recht überschaubare Formel bringt:

„In erster Näherung würde ich folgende Dimensionen von Planungskultur unterscheiden:

- Institutionengefüge (formelle Institutionen, insbes. planungsrechtliche Regelwerke)
- Akteurskonstellation

- (Professionelles) Handlungsleitendes Wissen (insbes. Planungstheorie)
- (Professionelle) Sprache (Gestaltung von Plänen, Fachtermini etc.)
- Werte (-kanon) (Gerechtigkeit, Wettbewerb, technischer Fortschritt etc.)
- Interaktionsregeln (Kulturspezifische Regeln des ‚guten Umgangs‘)

Angesichts meiner optimistischen Einschätzung der Bereitschaft, sich auf Formulierungen von Kollegen einzulassen, würde ich daher für den Fall, dass eine relativ präzise Definition erforderlich wird, auf die beiden genannten Formulierungen verweisen wollen, allerdings immerhin ergänzt um den etwas expliziteren Hinweis darauf, wie die normative Begriffsverwendung an sie anknüpft. Interessant ist übrigens dabei, dass die beiden Definitionsansätze nicht darauf bestehen, dass Planungskultur etwas fest Gefügtes sei, das beispielsweise die Planung in einem bestimmten Staat tief durchwirkt. Vielmehr lässt sich aus den beiden Formulierungen ableiten, dass Art und Umfang des einzelfallübergreifenden Einflusses auf Planungsprozesse notwendigerweise empirischen Untersuchungen vorbehalten bleiben muss – womit ich bei der Frage nach der Beforschung von Planungskultur bin.

Schlussfolgerungen für die künftige Planungskultur-Debatte und planungskulturelle Forschung

Ähnlich wie in den Ausführungen zum Begriff finden sich auch bei den als viel versprechend angesehenen Forschungsthemen gewisse Cluster, die von einer breit gestreuten Vielfalt von Sonderthemen gerahmt werden und die hier nicht alle im Einzelnen aufgeführt werden sollen. Ihre Vielfalt scheint sich auf unterschiedliche „Verwertungsinteressen“ der Befragten, auf unterschiedliche Forschungsstrategien und Forschungstraditionen, denen sie zuzurechnen sind, und auf eine unterschiedliche (politische) Bewertung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Trends und ihrer Reichweiten zurückführen zu lassen.

Immer wieder genannt wird das oben bereits erwähnte Ziel eines besseren Verständnisses für die beteiligten Akteure und deren besseres Verständnis untereinander

(Beutl, Diller, Ehrbeck, Fehl, Krämer, Nussl), für das unterschiedliche Kulturen in verschiedenen Kontexten erfasst und typisiert werden müssten. Dass dabei herrschende Diskurse unter Planern, die leitbildartig oder gar hegemoniell wirken, sowie deren Ursachen (Damsgaard, Keller) eine bestimmte Rolle spielen, erscheint nahe liegend.

Ein weiterer großer Bereich, in den offenbar Hoffnungen gesetzt werden, ist der einer Beforschung der Wirkungen von Planungskulturen (Damsgaard, Davy, Diller, Kegel, Krämer, Krau, Mitschang). Hinter den in diesem Zusammenhang verwendeten Begriffen der „Problemlösungsfähigkeit“ und der „Planungsvernunft“ steckt vermutlich der Gedanke, dass bestimmte Planungskulturen erfolgreicher als andere sein könnten und sich diese unter der Voraussetzung einer Steuerbarkeit von Planungskultur im Verbund mit Instrumenten und anderen Eckpunkten der Gestaltung von Planungsverfahren im Hinblick auf Effektivitäts-, Effizienz-, Integrations- oder andere Kriterien hin optimieren ließen. Ob die dafür erforderlichen Voraussetzungen überhaupt gegeben sind, muss hier offen bleiben, auch, ob sich eine derartige Forschung operationalisieren ließe. Doch das ist für den Planungskulturbegriff selbst noch nicht einmal so entscheidend. Bedeutender ist die Tatsache, dass ein solcher Zusammenhang postuliert, also der Planungskultur ein messbarer Einfluss auf den Verlauf von Planungsverfahren zugeschrieben wird. Damit kommt ihr, wenn sich ein solcher Zugang fruchtbar machen lässt, ein komplementärer Erklärungsbeitrag zu, der im Zusammenhang mit den Wirkungen politökonomischer Rahmenbedingungen einerseits und fallbezogener Konstellationen andererseits (Standortbedingungen, beteiligte Akteure usw.) zu sehen ist.

Ist mein Anfangsvergleich mit Remo Largo und der Kleinkindforschung auch nur halbwegs zutreffend, wird man sich allerdings von der Hoffnung auf eine scharfe Zuschreibung bestimmter Kultur-Typen zu bestimmten klar definierten Umfeldern (etwa: nationale Planungskulturen) verabschieden müssen. Dies lässt sich aber mit den Vorschlägen der Befragten relativ zwanglos vereinbaren. Vielmehr wird es darum gehen, die Voraussetzungen und Wirkungsbedingungen bestimmter kultu-

reller Einflüsse in Planungsverfahren zu analysieren, ohne hier an die Formulierbarkeit einer Weltformel glauben zu müssen, wie verschiedene Befragte auch andeuten (Altrock, Eisinger, Prigge). Nur ein wenig anders formuliert scheint die Hoffnung nach einer Stärkung einer Kultur der Nachdenklichkeit in der Planung über eine Reflexion der Schichten von Wirklichkeit (Ipsen). Geht man auch hier von der Wirkung unterschiedlicher Relevanzfilter der Befragten aus, lassen sich auch die Fragen nach dem Stellenwert von Baukultur in der Gesellschaft (Krautzberger), der sozioökonomischen „Tiefenstruktur“ einer Stadt (Fritz-Haendeler) oder generell nach dem gesellschaftlichen Stellenwert von Planung (Kunzmann, Mitschang, Nuissl) aufwerfen. Es sei der Hinweis darauf erlaubt, dass eine genauere Betrachtung dieses Stellenwerts einen breiteren Zugang erfordern würde, so dass hier Planungskulturforschung zum Teil einer breiter verstandenen Planungstheorie wird – aber genau dies war ja auch einer der Ausgangspunkte der Redaktion, als sie die Umfrage konzipierte. Die Beforschung von Planungskultur kann wichtige Hinweise auf den gesellschaftlichen Stellenwert von Planung geben, ohne ihn gleich komplett zu beschreiben. In diesem Sinne sei ihr eine fruchtbare Zukunft gewünscht.



PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

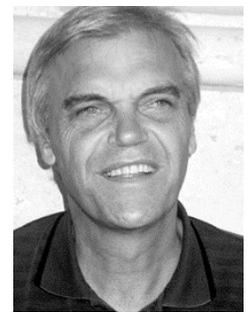
Das Metropolitan Policy Program, der akademische Wahlkampf und der neue Präsident

Verspäteter Bericht aus dem Ballsaal

Wer erfahren will, was sich die Demokratische Partei in den USA für die zukünftige Politik zur Stadt- und Regionalentwicklung vorgenommen hat, dem sei ein Blick in das *Metropolitan Policy Program* empfohlen. Das Politikprogramm wurde in den letzten Jahren von der Brookings Institution in einer eigenen Abteilung entwickelt (www.brookings.edu/metro). Große Teile davon wurden in das Wahlprogramm von Barack Obama übernommen (http://origin.barackobama.com/issues/urban_policy). Begründet und geleitet wurde das Programm von Bruce Katz, dem Vizepräsidenten des Instituts, der es zum *Blueprint for American Prosperity* kondensiert zusammen mit seinen Mitarbeitern in den letzten Monaten auf Konferenzen und anderen öffentlichen Veranstaltungen mit großer Verve propagierte. Die Brookings Institution ist eine der zahlreichen *think tanks* in Washington DC, privat organisierten, überwiegend von Stiftungen und wohlhabenden Privatleuten finanzierten Forschungseinrichtungen. Brookings ist überparteilich, gilt vielen aber als eher der Demokratischen Partei nahe stehend. Es hat einen ausgezeichneten Ruf als hochkarätige Instanz wissenschaftlicher Politikberatung, die immer wieder durch gründliche, wissenschaftlich fundierte Analysen, für die sie anerkannte Wissenschaftler auch außerhalb ihres Instituts gewinnen kann, Aufmerksamkeit weckt und Einfluss auf öffentliche Debatten ausübt. Die Studien von Brookings sind im Übrigen über das Internet allgemein zugänglich.

Das *Blueprint for American Prosperity – Unleashing the Potential of A Metropolitan Nation* wurde im Vorfeld des Wahlkampfes auf dem so genannten *Summit for American Prosperity: Washington and Metro Areas Working Together* am 11./12. Juni in Washington D.C vorgestellt. Brookings hatte zu einer zweitägigen Veranstaltung in das Washington Hilton geladen und fast 900 „Multiplikatoren und -innen“ aus ganz USA kamen: Bürgermeister, Spitzenvertreter von Verbänden, Vereinen und

Stiftungen, hochrangige Verwaltungsfachleute aus Kommunen, Staatsbehörden und Bundesministerien, Wissenschaftler aus Universitäten und Forschungsinstituten. Sie alle sollten möglichst die frohe Botschaft des *Blueprint for American Prosperity* vom International Ballroom des Hotels wenn nicht in die Welt, so doch an ihre Wirkungsstätten tragen. Schon den Auftakt, einen Abendempfang mit Dinner unter gewaltigen Kristalllüstern, hatte sich Brookings Einiges kosten lassen. Erstklassige



Prof. Dr. Johann Jessen ist Hochschullehrer für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. Von Mai - August 2008 Visiting Professor an der Virginia Tech., Urban Affairs and Planning Program, Alexandria, VA (USA).

Für hilfreiche Hinweise und Kommentare seien Katrin Anacker und Heike Mayer, Metropolitan Institute der Virginia Tech, Alexandria, herzlich gedankt.

Redner am Pult, erstklassiges Essen und erstklassige Weine an den mit weißem Tuch eingedeckten achtzig Tischen – alles teilnehmergebührenfrei und satt. „Akademischer Wahlkampf“ meinte eine Kollegin aus dem Metropolitan Institute der Virginia Tech. Während livrierte Kellner dafür sorgten, dass die Gläser nicht lange leer blieben, eröffnete The Honorable Henry Cisneros, in der Clinton-Regierung Minister für Wohnen und Stadtentwicklung, die Veranstaltung. Den Fachvortrag zum Abendempfang hielt Prof. Michael E. Porter von Harvard University, der „Cluster“-Papst der amerikanischen Nationalökonomie, der mit seinem Vortrag schon mitten ins Thema zielte, insofern er luzide volkswirtschaftliche Begründungen für eine nationale Politik der Metropolen lieferte. Die eigentliche Präsentation des Programms blieb Bruce Katz am nächsten Morgen vorbehalten. Er bot die populäre Kurzversion. Es handelt sich dabei um ein ausdifferenziertes, teilweise ins Detail gehendes Konzept für eine zukünftige raumbezogene Politik auf nationaler Ebene, das sich auf drei wesentliche Punkte reduzieren lässt:

(1) Die USA ist ein Land der Metropolen; dort konzentriert sich das Bevölkerungswachstum, dort entstehen die neuen Arbeitsplätze, dort wird das wirtschaftliche Wachstum generiert, dort entsteht Innovation: Die wirtschaftliche und soziale Zukunft der USA entscheide sich in den Metropolen. Dies wird mit den üblichen Indikatoren untermauert, die wir auch bei uns kennen. Diese Botschaft ist in doppelter Hinsicht nicht trivial; sie steht zum einen im deutlichen Gegensatz zum bis auf Jefferson zurückgehenden, idealisierten Selbstbild vieler Nordamerikaner, ein Land der Pioniere, Siedler und Kleinstädte zu sein. Wie stark dieser anti-urbane Affekt in breiten Schichten, und im Übrigen keineswegs nur bei der konservativen Rechten, lebendig ist, konnte während des Wahlkampfes dort beobachtet werden, wo mit einigem Erfolg Wassila, Alaska, als Repräsentanz für das vermeintlich wahre Amerika vermittelt werden konnte. Zum anderen ist mit der Betonung der Metropolen die Botschaft enthalten, dass die Verhältnisse in den Großstädten und dem zugehörigen Umland nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Es will vermitteln, dass etwa Strategien zum Ausbau und zur Aufwertung des Öffentlichen Nahverkehrs keineswegs nur den Kernstadtbewohnern zu Gute kommen, sondern genau so den Bewohnern in den immer weiter ins Land ausgreifenden Suburbs, in Zeiten steigender Benzinpreise umso mehr.

Die Hinwendung von der *Urban Policy* zur *Metro Policy* reflektiert damit, dass es nicht nur Interessenskonflikte zwischen Kernstadt und Umland gibt, sondern ebenso gemeinsame Interessenlagen und dass frühere Gleichungen (Kernstadt gleich arme und schwarze Bevölkerung; Suburbs gleich weiße Mittelschicht) in Zeiten fortschreitender Reurbanisierung der nordamerikanischen Downtowns und dem Verfall und der Verarmung ganzer Suburbs der ersten und zweiten Generation ihre Basis zu verlieren beginnen.

(2) Die Metropolen in den USA müssen bevorzugt gestärkt werden, damit sie sich im globalen Wettbewerb behaupten können: Der Erfolg hänge entscheidend von der Qualität der Infrastruktur ab. Hier habe die USA den früheren Vorsprung leichtfertig verspielt, zehre seit Jahrzehnten von der Substanz und gerate gegenüber den Metropolen in Europa und Ost- und Südostasien ins Hintertreffen; dies gelte für jede Form der Transportinfrastruktur: Flughäfen, Seehäfen, Autobahnnetz, Bahnverkehr und Öffentlicher Nahverkehr. Der Kollaps der Interstate 35W Brücke über den Mississippi, Teil einer der wichtigsten Verkehrsadern in Minneapolis, im August 2007 gilt hier als das Menetekel für den inzwischen beunruhigenden und teils bedrohlichen Zustand städtischer Infrastruktur. Auch bezüglich der Energieversorgung gäbe es einen dramatischen Rückstand gegenüber dem Rest der entwickelten Welt, etwa bei den Technologien zur alternativen Energiegewinnung und Energieeinsparung.

(3) Die amerikanische Bundespolitik muss durch umfassende Förderprogramme eine aktive Infrastrukturpolitik zugunsten der Metropolen betreiben: Die Kommunen und Bundesstaaten seien überfordert und hätten nicht genügend Mittel. Die gravierenden Defizite und Engpässe in den Metropolen könnten aber nur mit gezielten Förderprogrammen der zentralen Regierung beseitigt werden. Es sei eine nationale Aufgabe im Interesse der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft des ganzen Landes. Geld allein reiche nicht, es verlange gezielte, auflagenbewehrte Programme und neue Formen der Kooperationen innerhalb der Metropolregionen sowie zwischen den verschiedenen Politikebenen (Kommune, Bundesstaaten und nationale Regierung). In den vergangenen Jahrzehnten hatte sich die Bundespolitik nach und nach, beschleunigt noch in der Bush-Ära, fast gänzlich aus der raumbezogenen Politik (Wohnungsbau, Verkehr etc.) zurückgezogen. Es

wird auf frühere folgenreiche Interventionen der zentralen Regierung Bezug genommen, insbesondere auf das Programm der Regierung Eisenhower in den 1950er und 60er Jahren, mit dem das Interstate Highway Netz nach dem Vorbild der deutschen Autobahnen mit massiven Mittelleinsatz ausgebaut wurde. Damit sei damals ein enormer Beitrag zur räumlichen Integration des Landes geleistet worden. Aber auch die Forderung des Programms nach mehr *Federal Money* für die Kommunen und einer nationalen Metropolenpolitik ist zunächst alles andere als populär und die Überzeugungsarbeit, Ziel dieser Veranstaltung, ist dringend erforderlich. Denn die meisten Interventionen und Programme der Washingtoner Regierung in den letzten Jahrzehnten sind umstritten. Der „Federal Bulldozer“ (auf einen erfolgreichen Buchtitel zurückgehende Redewendung für die nationalen *slum clearance*-Programme der 1940-er bis 60er Jahre) ist noch in schlechter Erinnerung ebenso wie das Scheitern von Lyndon B. Johnsons „War on Poverty“. Auch hier muss gegen die verbreitete Auffassung gekämpft werden, von „Washington“ könne nichts Gutes kommen, dort würden Steuergelder nur verschleudert. Wie schwer dies ist, zeigte auch der Wahlkampf des republikanischen Kandidaten und seiner running mate, die vor allem mit ihrer Selbstbeschreibung als „Mavericks“ und der betonten Distanz zum „etablierten Washington“ warben.

Diese drei Botschaften stehen im Mittelpunkt des *Blueprint for American Prosperity*, dort werden sie herunter gebrochen zu sektoralen Programmen verbunden mit Vorschlägen für das weitere Vorgehen. Anregungen, so Bruce Katz, auf der Tagung, solle man sich vor allem aus dem europäischen Ausland holen und sich die besten Elemente der britischen Stadtpolitik, der französischen Infrastrukturpolitik und der deutschen Energiepolitik zu eigen machen. Untermauert wird die Dringlichkeit, über den Atlantik zu schauen, von amerikanischen Kollegen gern mit rhetorischen Fragen wie diesen: Wie könne es sein, dass ein Land wie Spanien zügig sein Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn ausbaue und in den USA immer noch Museumszüge durch die Prärie zuckelten? Wie könne es sein, dass ein Land wie Deutschland weltweit führend in der Solartechnologie sei, obwohl dort die Sonne so häufig scheine wie im Nordwesten der USA, dem notorischen „Regenloch“?

Diese Thesen des Programms, die Bruce Katz mit großer Eloquenz dem Publikum näher

brachte, wurden paraphrasiert von weiteren Rednern, besonders eindrucksvoll und glaubwürdig von Greg Nickels, dem Bürgermeister von Seattle. Als Reaktion auf die Weigerung der Bush-Regierung, das Kyoto Protokoll zu unterschreiben, ging 2005 von ihm der Aufruf an seine Bürgermeisterkollegen aus, die Kyoto-Ziele zur Verringerung der globalen Erwärmung zur Grundlage der Politik in ihren Städten zu machen. Mit großem Erfolg, 800 Bürgermeister, die mehr als 78 Millionen Amerikaner repräsentierten, schlossen sich ihm inzwischen an und sind als die „cool mayors“ landesweit bekannt geworden. Die Themen der Arbeitsgruppen, die am Nachmittag des „Summit“ tagten, zeigen recht gut die Schwerpunkte und Zielrichtungen einer zukünftigen Metropolenpolitik: (1) *Driving Competitiveness: Transportation Policy for the 21st Century*; (2) *Boosting Innovation: New Approaches to Innovation & Industry Clusters*; (3) *Promoting Inclusive Growth: Building Skills and Enhancing Income* und (4) *Creating Quality Places: Making Housing Part of the Sustainability Solution*.

Den Hintergrund der Vorträge und Tischgespräche bildeten zum Zeitpunkt der Tagung die so genannte *subprime crisis*, also die Immobilienkrise, und die steigenden Benzinpreise, die damals auf einem bisher in den USA nicht vorstellbaren Höchststand waren (wenngleich sie immer noch nur 50% der deutschen Benzinpreise ausmachten); beides Phänomene, die je auf ihre Weise die Notwendigkeit einer Wende in der nationalen Metropolenpolitik nur unterstrichen. Auch war man in den Gesprächen bei Tisch damals übereinstimmend der Meinung, dass jede gewählte Regierung, auch die eines republikanischen Präsidenten, um eine neue Energie-, Umwelt- und Infrastrukturpolitik nicht herumkäme, man sich also in diesen Fragen an einem Wendepunkt befände, an dem sich die Zukunft der amerikanischen Städte entscheiden würde. Von der Finanzmarktkrise war noch nicht die Rede, und damit auch nicht davon, ob dieses ehrgeizige Investitionsprogramm des Federal State überhaupt finanzierbar ist. Hier haben sich seit Juni die Koordinaten nicht nur für eine zukünftige Metropolenpolitik dramatisch verändert, und zwar wohl zum Schlechten.

Gleichwohl kann man ein offenes Ohr für die Chancen und Probleme von Metropolen bei dem neuen Präsidenten erwarten. Wenn man dem Artikel des Journalisten Alec MacGillis „*The High Rise of the First Metropolitan Candidate*“ in der Washington Post vom 26. Oktober

2008 glauben darf, ist am 4. November mit Barack Obama nicht nur der erste farbige Präsident der USA, sondern der erste „metropolitane“ Präsident seit langem gewählt worden. Man müsse, so MacGillis, bis Grover Cleveland zurückgehen, der sich 1885 als Bürgermeister von Buffalo zum Präsidenten der USA wählen ließ, um auf einen Präsidentschaftskandidaten zu stoßen, der einen ähnlich ausgeprägt großstädtischen Hintergrund habe wie Barack Obama. Der *president elect* Obama wuchs in Honolulu und Djarkata auf, besuchte in Los Angeles und New York das College, studierte in Boston, lebt seit 20 Jahren in Chicago, arbeitete längere Zeit in der Southside, ist verheiratet mit einer gebürtigen Chicagoerin und wohnt mit seiner Familie in Hyde Park, dem städtischen Universitätsviertel von Chicago.

Aber ob die neue Metropolenpolitik tatsächlich umgesetzt werden kann, bleibt angesichts der weltwirtschaftlichen Verwerfungen und der gigantischen staatlichen Stützungsprogramme abzuwarten. Wie die aktuelle Einschätzung des *Metropolitan Policy Program* durch die neue Regierung ausfällt, wird sich auch darin zeigen, ob Verantwortliche für das Programm, wie man schon an den Tischen im Washington Hilton für den Fall eines demokratischen Wahlsiegs munkelte, in der neuen Barack-Administration eine führende Rolle übernehmen werden, entweder im zuständigen Ministerium für Wohnen und Stadtentwicklung HUD oder in dem von Obama angekündigten neu zu schaffenden White House Office on Urban Policy.



PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Lesetipps

Markt und Stadt (II)

Kiese und Schätzl: „Cluster und Regionalentwicklung“

Detlef Hartmann und Gerald Geppert

Das regionale Umfeld einer Stadt ist wichtig für die Stadtentwicklung. Auch in den heutigen Zeiten der Globalisierung gilt das für die regionalen Wirtschaftsbeziehungen. Dabei wird eine altbekannte Tatsache zunehmend auf eine neue Begrifflichkeit gebracht: „Cluster“ ist der Schlüsselbegriff für Kooperationsbeziehungen zwischen gleichen oder auch ungleichen Partnern innerhalb einer Region – zum Nutzen aller Beteiligten und der Stadt als deren soziales und räumliches Umfeld. Geradezu musterbeispielhaft soll der Cluster-Gedanke in der neuen Hochschulerweiterung der RWTH Aachen auf dem Gelände des Westbahnhofs und des Campus-Geländes Melaten/Seffent realisiert werden, wenn dort Global Player mit Hochschulinstituten hautnah kooperieren. Relativ neu und unverbraucht ist dabei die Idee, bereits mittels städtebaulicher Planung, vorzeitig ideale räumliche Voraussetzungen für das im wissensökonomischen Sinne optimale Gedeihen der Kooperation und für das Entstehen eines hochproduktiven Wachstumspols zu schaffen. Andere Städte würden Aachen um das Problem beneiden, die neue Nachfrage und das Wach-

stum der Bevölkerung zu organisieren. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Cluster-Modell sich ähnlich beispielhaft entwickelt wie etwa das der Region Wolfsburg (VW) oder der Biotech-Region im Umfeld der LMU München.

Fachliteratur, die vor allem die räumlichen und sozialen Bedingungen für erfolgreiche Cluster, oder umgekehrt: räumliche und soziale Folgen erfolgreicher Cluster thematisiert, ist noch spärlich. Einstweilen kann auf den gerade erschienen Band von Kiese und Schätzl über „Cluster und Regionalentwicklung“ zurückgegriffen werden. In geradezu bissiger, scharf kapitalismuskritischer Weise wird das Thema Cluster in dem Band von Detlef Hartmann und Gerald Geppert als „neue Etappe des Kapitalismus“ thematisiert. Soziale Folgen stehen hier im Zentrum. (fb)

Irrungen moderner Baukunst

Gerhard Matzig: Vom König lernen. In: Süddeutsche Zeitung, 2008-08-04, S. 9 (Download unter <http://www.sueddeutsche.de/immobilien/840/304813/text/>)

Wie kommt es zu der heute derart disharmonisch gearteten Architektur? Gerhard Matzig sucht nach Gründen für die architektonischen „Unfälle“, die Bürgern allerorts zugemutet werden. Neben der allgemein bekannten be-

ruflichen Identifikationskrise der Architekten weist er auf die bisher kaum wahrgenommene aber folgenschwere Professionsmisere der Bauherren. Anhand von Beispielen für mißlungene Fälle in der Baukulturproduktion bemängelt er die unzulängliche Baukunst-Bildung und das wenig fundierte Wissen der Entscheider. Aber worauf sind wiederum diese Kenntnismängel zurückzuführen? (mw)

Anmerkung zu rosafarbenen Einkaufszentrum oder: Ist die Verursachung von Hässlichkeit strafbar?

Harald Martenstein steht vor einem Einkaufszentrum und wünscht sich den starken Staat.

Harald Martenstein: Hässlichkeit ist nicht subjektiv! In: ZEITMagazin Nr. 38, 11.09.2008, 6 (Download unter <http://www.zeit.de/2008/38/Martenstein-38>)

Im Blickpunkt steht ein rosafarbenes Einkaufszentrum auf dem Berliner Alexanderplatz. Selbst der Bürgermeister ist überrascht, dass in „seiner“ Stadt derart hässliche Bauten entstehen können... Nicht nur die Hässlichkeit des Gebäudes, sondern auch die offene Frage, wer an diesem Desaster denn nun die Schuld trüge, veranlasst Martenstein in seiner ZEIT-Kolumne einen neuen Straftatbestand für die Gesetzbücher einzufordern: Es geht um den Tatbestand „Architekturverbrechen“, der seiner Meinung nach wie folgt zu erfassen sei: „Personen, die an der Planung, Finanzierung und Errichtung von Bauwerken oder an der Bewilligung von Bauwerken mitwirken, die das ästhetische Gemeinwohl mehr, als nach Abwägung aller Umstände erforderlich, beeinträchtigen oder das Stadtbild schädigen oder die Lebensfreude der Bürger der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft in Mitleidenschaft ziehen, werden mit Gefängnis nicht unter zwei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.“ Nur das Problem der Messbarkeit von Hässlichkeit wäre da noch zu lösen... (mk)

Das Ende der "Architektur mit dem Wow!-Faktor"

Gerhard Matzig: Das Ende der "Architektur mit dem Wow!-Faktor", In: Süddeutsche Zeitung, SZ 2008-11-06, S.9 (Download unter <http://www.sueddeutsche.de/immobilien/977/316857/text/>)

Welche Auswirkungen hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auf die „Corporate-Architecture“? Gerhard Matzig sieht Großkonzerne (zunächst die der Automobilbran-

che) – und auch manche Städte – ihrer architektonischen Statussymbole beraubt: angesichts des Renditeverfalls und der Krisenstimmung können sie sich der Identitätsstiftenden „ikonischen Bauten“ nicht mehr bedienen...

... und schon wird das erste Projekt eingefroren: „Der Moskauer Gazprom-Tower soll doch nicht gebaut werden“ ... (SZ 2008-11-12, S.13) (mw)



PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

Literaturverzeichnis

Lobeck, Müller, Stegbauer, Wiegandt

Literatur

Afemann, Uwe, Die Dritte Welt und das Internet (Beitrag für e.velop) 2004. http://www.home.uni-osnabrueck.de/uafemann/Internet_Und_Dritte_Welt/Bundespresseamt.pdf (25.06.2008)

Ahrens, Daniela, Internet, Nicht-Orte und die Mikrophysik des Ortes. S. 163-177, in: Alexandra Budke, Detlef Kanwischer, Andreas Pott (Hg.), Internetgeographien. Beobachtungen zum Verhältnis von Internet, Raum und Gesellschaft. Stuttgart, 2004.

BMWI (2008): Pressemitteilung vom 16.7.2008. Online: <http://www.zukunftsbreitband.de/BBA/Navigation/Service/presse,did=257214.html>, zuletzt geprüft am 18.11.2008.

BOYD, D.M. und B.N. Ellison (2007): Social network sites: Definition, history, and scholarship. In: Journal of Computer-Mediated Communication, 13(1): article 11. Online verfügbar unter <http://jcmc.indiana.edu/vol13/issue1/boyd.ellis.html>, zuletzt geprüft am 18.11.2008.

GALTUNG, J. (1975): Gewalt, Frieden und Friedensforschung. In: Galtung, J. (Hrsg.):

Strukturelle Gewalt: Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Rowohlt. Reinbek.

Giddens, Anthony, Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt, 1988. (Zuerst: The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration", Cambridge, 1984).

Giddens, Anthony, Die Konsequenzen der Moderne. Frankfurt, 1995. (Zuerst: The Consequences of Modernity, 1990)

GRAHAM, S. und S. MARVIN (2001): Splintering Urbanism: Networked Infrastructures, Technological Mobilities and the Urban Condition. Routledge. New York.

HANEKOP, H., WITTKE, V. (2006): Die Entwicklung neuer Formen mobiler Kommunikation und Mediennutzung. In: Hagenhoff, Svenja (Hrsg.): Internetökonomie in der Medienbranche, S. 109-137. Universitätsverlag Göttingen. Göttingen.

HÄUßERMANN, H., LÄPPLE, D. und W. SIEBEL (2008): Stadtpolitik. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Helland, Christopher, Diaspora on the Electronic Frontier: Developing Virtual Connections with Sacred Homelands. Journal of Com-

- puter-Mediated Communication (2007) 12 (3), 956–976.
- HESSE, M. und H. NUHN: Verkehrsgeographie: Grundriss, Allgemeine, Geographie. Paderborn 2006
- Hiller, Harry H./ Franz, Tara M., New ties, old ties and lost ties: the use of the internet in diaspora. *New Media & Society* (2004) 6, 6: 731–752.
- KISSAU, K. (2008): Internetnutzung von Migranten – ein Weg zur Integration? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 29 – 40. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- KOOPTECH (2008): <http://blog.kooptech.de/2008/11/social-media-social-computing-web-20-social-web-oder-kooperative-technologien/> zuletzt geprüft am 18.11.2008
- KOTKIN, J. (2000): *The New Geography – How the Digital Revolution is Reshaping the American Landscape*. Random House. New York
- Liebes, Tamar; Katz, Elihu Katz, *The Export of Meaning. Cross-Cultural Readings of Dallas*, New York, 1990.
- LÖW, M., STEETS, S. und S. STOETZER (2007): *Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie*. Budrich. Opladen u. a.
- LÄPPLE, D. (2004): Das Internet und die Stadt – Virtualisierung oder Revitalisierung städtischer Arbeits- und Lebensverhältnisse. In: Siebel, Walter (Hg.), *Die Europäische Stadt*, Frankfurt am Main, S. 406–21
- MECKEL, M. (2008): Wie Web 2.0 unsere Kommunikation verändert. IN: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 17–23. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Merton, Robert K., *Patterns of Influence: Local and Cosmopolitan Influentials*. S. 441–474, in: Robert K. Merton, *Social Theory and Social Structure*. New York, 1968.
- Mesch, Gustavo S./ Talmud, Ilan, Similarity and the Quality of Online and Offline Social Relationships Among Adolescents in Israel. *Journal of Research on Adolescence* 17 (2007) (4): 813–817.
- MITCHELL, W. J.: *E-topia (1999): "Urban life, Jim-but not as we know it"*. The MIT Press. Cambridge.
- MOSS, M. L. und A. M. TOWNSEND (2000): *The Internet backbone and the American metropolis*. IN: *The Information Society Journal*. 16(1):35–47. Routledge. New York.
- MÜLLER-HEIDELBERG, T. et al (Hrsg.) (2008): *Grundrechte-Report 2008*. Fischer Verlag. Frankfurt am Main.
- (N)onliner-Atlas, Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, 2008, http://www.initiatives21.de/fileadmin/files/08_NOA/NONLINER2008.pdf (25.06.2008).
- Paul, Gerd/ Stegbauer, Christian, Is the digital divide between young and elderly people increasing? *First Monday*, Oktober 2005 (mit Gerd Paul). <http://www.uic.edu/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/1286> (26.06.2008).
- Rheingold, Howard, *Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers* [amerik.1993]. Bonn u.a., 1994.
- ROSENFELDER, A.(2008): *Digitale Paradiese – Von der schrecklichen Schönheit der Computerspiele*. Kiepenheuer und Witsch Verlag. Köln.
- Simmel, Georg, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Gesamtausgabe Band 11. Frankfurt, 1992 (zuerst 1908).
- Spiegel Special: „Wir sind das Netz – Wie das neue Internet die Gesellschaft verändert“ <http://www.spiegel.de/spiegelspecial/0,1518,ausg-4156,00.html>
- Stegbauer, Christian, *E-Mail und Organisation: Partizipation, Mikropolitik und soziale Integration von Kommunikationsmedien*. Göttingen, 1995.
- STEGBAUER, C. (2008): *Raumzeitliche Struktur im Internet*. IN: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 3–9. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Stichweh, Rudolf, *Raum, Region und Stadt in der Systemtheorie*. *Soziale Systeme* (1998) 4, 2: 341–358.

Von Wiese, Leopold, System der Allgemeinen Soziologie als Lehre von den sozialen Gebilden der Menschen (Beziehungslehre). Berlin, 1968 (4. Überarbeitete Auflage, Original von 1924).

WHEELER, J.O., WARF, B., AOYAMA, Y.(Hrsg.) (2000): Cities in the Telecommunications Age:The Fracturing. Routledge. New York.

ZURAWSKI, N. (2007): Surveillance Studies. Budrich. Opladen.